# INTERIM



Wöchentliches Berlin-Info
2 DM




Nr. 112
2. August 1990

## VORWORT (oder schon mehr 'n redaktioneller Beitrag)

Für alle, die unsere wunderbare Titelbildmontage nicht erkannt haben: es handelt sich um den Potsdamer Platz, der jetzt zum Brückenkopf für den Daimler-Benz-Konzern werden soll, um von da aus den Osten ökonomisch plattzuwalzen:

"Der dritte Überfall, den das deutsche Kapital in diesem jahrhundert auf die Völker Europas führt, wird nicht mit militärischen Mitteln, sondern mit den Mitteln der Wirtschaft und Politik geführt. Die Unterwerfung von Millionen Menschen unter die Prinzipien von Markt, Profit und Warenstruktur bringt neues Leid und Elend für die Völker. Es werden diesmal nicht Millionen Tote und ausgelöschte Dörfer sein, sondern Millionen entwürdigte und unterdrückte Menschen, die an der Zerstörung ihrer Lebensstrukturen und menschlichen Beziehungen verzweifeln und innerlich - in ihrer Seele - zugrundegehen."
Dies ist ein Zitat aus der Erklärung der RAF zum Anschlag auf den Aufstandbekämpfungsexperten Neusel, deren vollständigen Wortlaut ihr inzwischen wahrscheinlich in der Zeitung gelesen habt. Wir haben uns deshalb erspart, den Text hier nochmal abzudrucken, was keinesfalls so verstanden werden sollte, daß wir ihn nicht so wichtig finden.
Im Gegenteil:Bei dem Bild, das wir von der RAF im Kopf hatten - arrogantes Übergehen jeder Kritik und jedes breiteren Diskussionsversuches - haben wir uns die Augen gerieben. In einer Zeit allgemeiner Schwäche und Verwirrung schaffen sie es, nicht nur selbst den Mut und die Orientierung gegen die ideologischen Totschlagsversuche von Staat und Medien zu behaupten, sondern sie versuchen auch uns neuen Mut zu machen:

"Gegenüber der internationalen Entwicklung, aber grade auch gegenüber dem faschistischen Durchmarsch und Aufschwingen der BRD zur neuen großdeutschen Weltmacht, sagen viele Genossen und andere Menschen, die gegen dieses System der Unterdrückung und Unmenschlichkeit aufgestanden sind, daß wir keine Chance haben durchzukommen, weil der Feind übermächtig sei und die Kräfte für die Umwälzung schwach.
Und das ist die andere Seite: Diese Resignation und zum Teil auch Lähmung verhindert viele Initiativen, die Schritte im Neuaufbau einer starken revolutionären Bewegung sein könnten.
Die Entscheidung gegen das imperialistische System und für eine Welt, in der die Menschen selbstbestimmt und frei leben können, zu kämpfen, kann nicht davon abhängig sein, ob die eigene Seite oder der Feind in einer bestimmten Phase stark ist, also ob der Sieg in greifbarer Nähe liegt oder in einem langen Kampf durchgefochten werden muß.
Die Entscheidung für den revolutionären Kampf kann nur aus der eigenen Erfahrung **im** System und seiner Brutalität und Zerstörung kommen und aus den eigenen Zielen und Vorstellungen - eben wie man leben will."

Auch für die Strategiedebatte zwischen Metropolen-Guerilla und autonomer Bewegung ist mit der Erklärung neuer Raum geschaffen, wenn die RAF zum ersten Mal (seit ihrer Gründungszeit!) die Bedeutung und gegenseitige Abhängigkeit von bewaffnetem Kampf und sozialrevolutionären Bewegungen herausstelllt: "Da wo sich Menschen selbstbestimmte Räume erkämpft haben, sind neue Möglichkeiten und Bezugspunkte für die Herausbildung einer revolutionären Bewegung entstanden."
Der Anschlag auf Neusel versteht sich ausdrücklich in diesem Zusammenhang.
ER sollte den"politischen Raum"dafür aufmachen, jetzt in einem neuen Anlauf die Zusammenlegungsforderung - in Spanien wie hier - durchzusetzen.

"Wir denken, daß es jetzt möglich ist und ein erster gemeinsamer Schritt im Neuaufbau einer starken revolutionären Bewegung sein kann, daß wir uns über die Brennpunkte in der Konfrontation Imperialismus/Befreiung verständigen, um daran zur gemeinsamen Intervention zu kommen."

Wir denken zwar nicht, daß diese Auseinandersetzung jetzt erst möglich geworden ist. Aber vielleicht hat sie tatsächlich jetzt eine größere Chance, zu gemeinsamen Interventionen zu führen. Stellungnahmen zu der Erklärung gibt es hoffentlich demnächst in dieser Zeitung.

In diesem Heft ist das erste Vorbereitungspapier der "Radikalen Linken" zu einer eventuellen Demo am 9. November "gegen die nationale Euphorie". Wir denken, es sollte eine Diskussion über die geplante Demo geben. Für uns stellt sich die Frage, ob es überhaupt möglich ist, mit dem ausdrücklichen Bezug auf die "Reichskristallnacht" einen eindeutigen antifaschistischen Akzent gegen die zu erwartende Deutschtümelei an diesem Tag zu setzen, ohne sich nicht auch irgendwie mit der Bedeutung des jahrestages der Maueröffnung auseinanderzusetzen. Das könnte aber nur heißen, der Freude der Menschen aus der DDR über das errungene "bürgerliche Grundrecht" der Reisefreiheit den Anspruch vieler Millionen Menschen aus den ausgebeuteten Ländern

nach ebensolcher Reisefreiheit in die BRD entgegenzustellen.
Die Demo könnte, wenn wir uns deutlich auch auf die aktuelle Situation beziehen, auch zu einem ungeahnten Erfolg werden, wenn nämlich die Stimmung in der DDR von Nationalismus und Konsum-Euphorie in ein Erschrecken über die wahren Verhältnisse im Kapitalismus gekippt ist. Dafür wäre es wichtig, daß die Demo von vern herein auch so geplant wird, daß sie sich auf die realen gegenwärtigen Verhältnisse in der DDR bezieht.
Was wir uns allerdings nicht vorstellen können, das sollte auch von vorn herein deutlich gesagt werden, ist, uns mit der Demo für eine gigantische Wahlkampfveranstaltung der PDS einspannen zu lassen. Wenn sich in der Vorbereitung eine solche Entwicklung abzeichnet, werden wir überlegen müssen, wie wir das Datum ganz autonom nutzen können.

Eine ERgänzung zu dem Flugblatt über die Situation von Andreas Semisch: Andreas hat sich inzwischen dem Druck, doch wieder einzufahren, durch Abtauchen entzogen. Das wurde auf einer Veranstaltung in Frankfurt mitgeteilt, wo er als Beginn einer Kampagne gegen seine erneute Verhaftung etwas erzählen sollte. Offenbar hatte Andreas die Einschätzung, daß die Kampagne nicht genügend Kräfte mobilisieren kann, um ihn zu schützen. Die kampgane ist aber damit nicht weniger wichtig geworden. Schließlich geht es ganz allgemein darum, wie zur Bewährung ausgesetzte Haftstrafen zur Einschüchterung und Knebelung eingesetzt werden.

Ein paar Worte an Peter Rabbit: wir wollen deinen Beitrag "Männer sind nicht nur potentielle Vergewaltiger" so nicht drucken. Es ist ja ganz gut und schön, daß du mit dem Dreck in deinem Kopf aufrichtig umzugehen versuchst, aber deshalb müssen wir (Frauen) uns das doch nicht reintun! Und die Interim ist nun mal eine Zeitung für Männer und Frauen, auch wenn du ausdrücklich nur eine Diskussion unter Männern mit dem Papier wolltest. Wenn du also deine Ergüsse so unverarbeitet stehenlassen und veröffentlichen willst, dann such dir ein anderes Medium. Wenn du aber ernsthaft was zu der (für Männer und Frauen offenen) Antipatriarchatsdiskussion in diesem Heft beitragen willst, dann müssen wir dich bitten, deine weinerliche Lebensbeichte zu einem politischen Standpunkt zu verarbeiten.

Wenn alles klappt, erscheint am Donnerstag (2.August) die erste Nullnummer der BesetzerInnen-Zeitung (BZ) aus Ostberlin. Findn wa juut, wa!

Sicher sind es nicht die ersten Verbindungen zu oppositionellen Basisgruppen in Osteuropa, und doch ist es etwas neues, wenn in diesem Heft von polnischen AntifaschistInnen zu einer gemeinsamen Demo und Blockade gegen den Auschwitzbesuch des französischen Faschisten LePen aufgerufen wird. Den Aufruf findet ihr im Heft-
Ein Stadtplan von Wunsiedel zur Demo am 18. August ist im Ordner zu finden.
Ebenfalls im Ordner landete "Boykottiert Phillip Morris".

Zum Schluß wollen wir noch mal an unsere Sommerplanung erinnern: Die Interim erscheint im Moment nur 14-tägig, also am 16.8., 30.8., und 13.9. Bedenkt das bitte besonders bei euren Terminen, daß wir die rechtzeitig genug kriegen!

**Inhalt:**






**IMPRESSUM**

**Herausgeberin:**
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

**Redaktionsanschrift:** s. o.

**V.i.S.d.P.:** Charlotte Schulz

**Gesamtherstellung:**
Eigendruck im Selbstverlag

# Wir werden Le Pen nicht durchlassen!

Am 15. August soll Jean Marie Le Pen in das ehemalige KZ- Lager Auschwitz kommen. Der Führer der französischen NATIONALEN FRONT hat die Absicht, dort einem Gottesdienst des schismatischen (= Nichtanerkennung des 2. vatikanischen Councils, radikale nationalistische Abspaltung der kath. Kirche, d. Sätz.) Bischoffs Lefebvre beizuwohnen.

Die NATIONALE FRONT ist eine eindeutig faschistische Partei.
Le Pen ist seit vielen Jahren ein Aktivist rechtsradikaler und faschistischer Organisationen. Als Soldat nahm er während des Krieges an Repressalien in Indochina und Algerien teil. Er hat persönlich politisch Gefangene gefoltert.
In der Führung der NATIONALEN FRONT nehmen neben Faschisten, früheren SS- Männer und Kollaborateure platz.
Das Parteimitglied Professor Faurisson ist Autor einer "wissenschaftlichen" Arbeit, welche beweisen soll, daß es keine Gaskammern gegeben hat und Le Pen stellte fest, daß die millionenfache Vernichtung von Juden "nur eine kleine Episode" des zweiten Weltkrieges darstellt.

In Frankreich führt die NATIONALE FRONT eine rassistische Haßkampagne gegen Emigranten durch. Sie macht die Gastarbeiter, auch Polen, schuldig für die Probleme des gegen die gesellschaftlichen Interessen gerichteten Staatssystems.
Dem Wählerdruck nachgebend, haben sie sich für die Verschärfung rassendiskriminierender Gesetze eingesetzt.
Die NATIONALE FRONT bedroht unmittelbar alle persönlichen, politischen, gewerkschaftlichen und anderen Freiheitsrechte. Die Stellung der Frau will sie zur Mutter- und Köchinnenrolle reduzieren. Sie will das Recht auf Schwangerschaftsunterbrechung verbieten, fordert aber gleichzeitig die breite Anwendung der Todesstrafe.
Die NATIONALE FRONT ist entschieden militaristisch, unter dem Vorwand großer Kriminalität will sie den Polizei- und Überwachungsapperat verstärken.
Mit gefählicher Demagogie treibt sie zur Einführung des totalitären, faschistischen Systems.

Der Erfolg Le Pens in Frankreich symbolisiert eine in Europa zunehmende Faschismuswelle, die aufgrund der Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche und Konflikte wächst.
Auch in Polen propagieren nationalistische und faschistische Gruppierungen falsche, gefährliche Lösungen und Slogans, welche in der Vergangenheitzur Vernichtung von millionen unschuldiger Menschen geführt haben.
Schon heute lenken faschistische Organisationen brutale Schlägertrupps, die rassistischen Terror auf polnischen Straßen ausüben.

Der Besuch Le Pens in Auschwitz und das Lesen einer Messe, ist eine weitere antisemitische Provokation. Auch will er den Streit um das Kloster in Auschwitz neu hochputschen (dieser Steit brach aus, als Mitte der 80iger Jahre in Auschwitz begonnen wurde ein katholisches Kloster zu bauen - in der jüdischen Tradition schändet ein Bet- bzw. Bitthaus an einem Ort wo Tote ruhen das Judentum - d. Sätz.).
Le Pen will auf Kosten Polens seine Popularität in Frankreich vergrößern. Le Pen hält sich für einen Demokraten, einen geschätzten Politiker im korrekten Anzug. Aber eben solche "Demokraten" waren auch seine Vorgänger Mussolini und Hitler, die nach demokratischen Wahlen in wenigen Monaten faschistische Diktaturen aufgeworfen haben.
Sowohl Le Pen als auch polnische Faschisten benutzen Demagogie und körperliche Gewalt. Sie wollen die Demokratie gegen sie selbst ausnutzen.

Faschismus, Rassismus und Antisemitismus sind keine politischen Weltanschauungen, es sind Verbrechen.
***Mit den Faschisten redet man nicht, die Faschisten verbietet man!***
Die Anwesenheit des Faschisten im ehemalig nationalsozialistischen Vernichtungslager in Auschwitz, wäre eine unglaubliche Prophanierung. Wenn die staatliche Macht sich dem nicht widersetzt, glauben wir, daß die Gesellschaft einen entschiedenen Widerstand leisten wird.

**In dem Falle, daß Le Pen nach Polen kommen wird, rufen wir, am Tage des Besuchs, zu einer radikalen Blockade des französischen Faschistenführers auf!**

*NIEDER MIT DEM FASCHISMUS !*
*NO PASARAN !*

Gruppe
Antifaschistische Aktion, Polen

**Wir solidarisieren uns mit den polnischen AntifaschistInnen,**

**KOMMT AM 15. AUGUST ZUR BLOCKADE NACH AUSCHWITZ!!!**
**INFORMIERT EUCH!**
***aktuelle Informationen zur Organisation ab 13. August unter der Nummer des ANTIFA-Kontakttelefons***

**INITIATIVE LIBERTÄRES ZENTRUM- Berlin**
**AUTONOME ANTIFA- Berlin/Ost**

Kontakte zur Organisation und Vorbereitung:
*schriftlich an:
PO BOX 67
81806 SOPOT 6
Polen

*INFOTELEPHON
Piotr
tel.: (98) -22/ 915395
täglich ab 17.00 Uhr
(Warszawa)

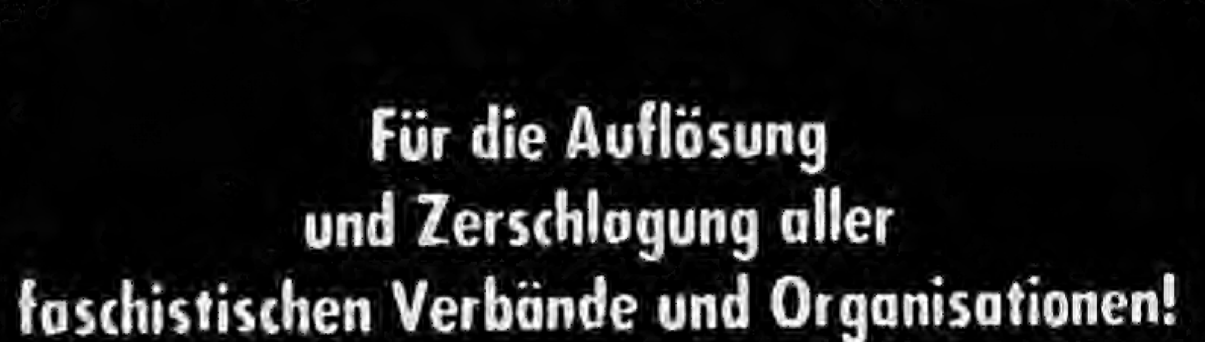
ANTIFA- Telefon
Berlin- Ost
2292912
DI 18- 20.00
Sa 16- 19.00

INFOLADEN
>Bandito Rosso<
Lotumstr. 10.a)
Berlin 1054

# AUFRUF ZUR ANTIFA - DEMO IN WUNSIEDEL

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

**WIR RUFEN ALLE "LINKEN, KOMMUNISTEN UND PUNKER DER ÜBELSTEN ART"** (Orginalzitat aus der Faschozeitung "Wehr Dich") **ZU EINER KÄMPFERISCHEN, PHANTASIEVOLLEN ANTIFA-DEMO AM 18.8.90 IN WUNSIEDEL AUF!!**




Überall, ob in großen Städten oder auch auf kleinen Dörfern, nehmen Überfälle, Schmierereien, schwerste Körperverletzung, Brand-Bombenanschläge bis hin zu Mord durch Faschos immer mehr zu. In einigen Gebieten (Berlin, Dresden usw.) sind sie zur täglichen Praxis von Faschos geworden. Sie begnügen sich also nicht mehr nur damit, zu agitieren und das Land mit ihrem Schriftum zu verseuchen. Gewalt gehört nun auch offen zum Programm. Hier greift die jahrelange Verharmlosung (Faschoschläger werden in der Presse als "randalierende Jugendliche" abgetan, Organisationen als "ewig Gestrige"; ihre Terrorakte sind laut BRD-Justiz nur Aktionen von Einzeltätern usw.) oder das Besetzen von faschistischer Argumentation durch die staatstragenden und **herrschenden** Parteien von CDU/CSU über SPD bis hin ins reformistische "linke"(?) Lager. Während die Hardcore-Faschos z.B. ihre "Ausländer raus"-Hetze offen betreiben, äußert sich der alltägliche Rassismus der **Herrschenden** im neuen AusländerInnengesetz.

**WARUM EINE ANTIFA-DEMO IN WUNSIEDEL?**

Am 17.8. jährt sich der Todestag des ehemaligen Hitlerstellvertreters **Rudolf Hess**, dessen Gebeine in Wunsiedel entsorgt sind, zum 3.Mal. Deshalb hat sich Wunsiedel zu dem Wallfahrtsort von sämtlichen gewalttätigen-faschistischen Gruppen aus ganz Europa entwickelt. Aus diesem Grund werden die Faschos am **18.8.; 16.30 Uhr** in Wunsiedel einen "Bekenntnismarsch" veranstalten. Welche zentrale Bedeutung der Todestag von Hess für sie hat, läßt sich daran erkennen, daß schon für die nächsten 5 Jahre Veranstaltungen angemeldet worden sind, aber auch an der massiven Mobilisierung aller rechten Kräfte.
Aufgrund der veränderten Situation (Anexion der DDR) werden ca. 1000 Faschisten aus BRD und DDR erwartet.
Die "Prominenz" von FAP,NF, Altnazis, Faschoskins-und Hooligans, Wiking-Jugend, Deutsche Frauenfront usw. gibt sich am 18.8. dort die Hand und begräbt zu diesem Anlaß alle Streitigkeiten. Mit Sprüchen wie "Rudolf Hess lebt" oder "Rudolf Hess-Märtyrer für Deutschland" wollen sie in trauter Einigkeit ihr "großes Vorbild" feiern.

Wir werden ihnen einen Schlußstrich durch die Rechnung machen!
Denn sollte es ihnen gelingen, in großer Anzahl und **ungestört** in Wunsiedel zu maschieren, werden sie dies mit Sicherheit überall und jederzeit wiederholen (z.B. am 20.4.; Sonnenwendfeiern, an anderen markanten Orten und Daten)

Dies bedeutet u.a.:

- weitere Organisierung und Zunahme gewaltätiger Angriffe auf "Nichtdeutsche" und "Andersdenkende"
- weitere Gewöhnung der Gesellschaft an faschistisches Gedankengut, Kriegsverherrlichung, Leugnen der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands und der Massenmorde
- der Faschismus wird wieder "hoffähig", auch für Kapital und Wissenschaft (Rassendenken, "biologische" Begründungen, Eugenik, Genomanalyse usw.)
- Stärkung der sog. "Lebenschützer", deren Urheber aus faschistischen Kreisen kommen. Dies bedeutet einen weiteren Angriff auf die Rechte der Frauen (zB § 218)

## ZUSAMMENFASSENDES PROTOKOLL ZUM I. ÜBERREGIONALEN VORBEREITUNGSTREFFEN FÜR WUNSIEDEL VOM 30.6.90

**Vorstellungsrunde**

Anwesend waren Menschen aus Berlin (west/ost), Köln, Ingolstadt, Wunsiedel, Coburg, München, Stuttgard, Rosenheim, Würzburg, Heilbronn, Nürnberg...

**Neue Infos zu Wunsiedel**

- Mögliches Verbot der Antifa-Demo! Begründung: Überregionale Mobilisierung, Ankündigung einer Platzbesetzung (Landratsamt hat letztes Infoblatt in dem "dummerweise" etwas von einer Platzbesetzung stand)
-- Laut Spiegel (26/90) soll der "Ehrenretter des Nationalsozialismus"-**David Irving** auf der "größten Veranstaltung der radikalen Rechten"( so-Kühnen) in Wunsiedel sprechen.

**Beschlüsse zur Demo**

- Demo soll friedlich verlaufen (keine Provokation unsererseits), aber entschlossen (Ketten), möglichst nicht auf Provokationen seitens der Faschos und/oder der Bullen eingehen (bleibt aber letztlich jeder/jedem selbst überlassen.

- Nach der Demo (ca. 15.30) wollen wir wie letztes Jahr in der Stadt bleiben
- Konkrete Vorgehensweisen sollen nach der Abschlußkundgebung von Städtedeligierten diskutiert und beschloßen werden (je nach Stärke, Bullenaufgebot usw). Dies klingt vielleicht hierarchisch, ist aber wohl nicht anders zu machen. Also macht euch schon mal Gedanken, was getan werden kann. Phantasie ist gefragt!
- Es soll einen revolutionären Block geben.

**Aufrufe und Mobilisierung**

- Es gibt einen überregionalen Aufruf und ein Plakat, jede Stadt kann aber einen eigenen Aufruf schreiben, der, wenn möglich, über das Vorbereitungsteam in Nürnberg weiter verschickt werden soll.
- Für den 18.8. soll möglichst breit mobilisiert werden (breites Spektrum von radikal links bis Grüne usw), die Mobilisierung der "Bürgerlichen" soll jedoch jede Stadt/Region selber je nach Einschätzung und Zusammenheit übernehmen. (VBT mobilisiert nur "radikal links")

**Organisatorisches**

- Mit Pennplätzen schaut´s in Wunsiedel schlecht aus (JuZ hat zu). Das KOMM in Nürnberg (Königsstr. 93) soll ab 17.8. als Anlaufstelle dienen (hier auch letztes Plenum am 17.8.), hier soll es auch eine Pennplatzbörse geben.
- Sanis:
  Da es durchaus zu Über-und Angriffe seitens der Faschos und Bullen kommen kann, brauchen wir möglichst viele Sanis. Da dies nicht alleine vom VBT laufen kann, ist es wichtig, daß ihr euch auch darum kümmert. (es gibt in Wunsiedel keine verlässliche Arztpraxis, hinsichtlich einer Infoweitergabe an Bullen)
- Verkehresausschuß (VA):
  Um über Straßensperren, Kontrollen und Faschoansammlungen zB an Rastplätzen informiert zu sein, brauchen wir einen VA. Hier benötigen wir erfahrene MotoradfahrerInnen, die diesbezügliche Infos weitergeben können. Hier auch die Bitte, in euren Zusammenhängen mögliche Leute zu fragen, ob sie diese Aufgabe übernehmen können (Ist nicht ungefährlich!)
  Sanis und VA-Leute sollen zum nächsten überr. Treffen kommen, um sich untereinander abzusprechen (Material, konkrete Organisation)
- Ermittlungsausschuß:
  Der EA steht, jedoch nur ein Anwalt in Wunsiedel. Zusätzliche Anwältin/Anwalt soll noch aufgebaut werden (Idee: zusätzlich eigenen EA in den jeweiligen Städten)
- Anreise:
  Ist noch unklar, eventuell Busse über Nürnberg (Vor-und Nachteile)
- Lautsprecherwagen:
  Bisher ist einer genehmigt, es soll noch einen Zweiten geben, wenn erlaubt (Revo-Block)
- Rückmeldung, Kohle, Cash...
  Um unsere Stärke einschätzen zu können (Wenn wir nach der Demo in der Stadt bleiben wollen, müssen wir viele sein), wären Rückmeldungen wichtig! Entweder briefmäßig:

  **PLK Nr. 050259 D**
  **8500 Nürnberg 1**

  oder telefonisch:

  **Mi., 17.00 - 21.00 Uhr**
  **Tel: 0911/22 65 98**

falls eine/r zufällig etwas Geld gesehen hat:
**Steffen Luther**
**Schmidt-Bank Nbg.**
**Kt.Nr. 010832718**
**BLZ 26030070**

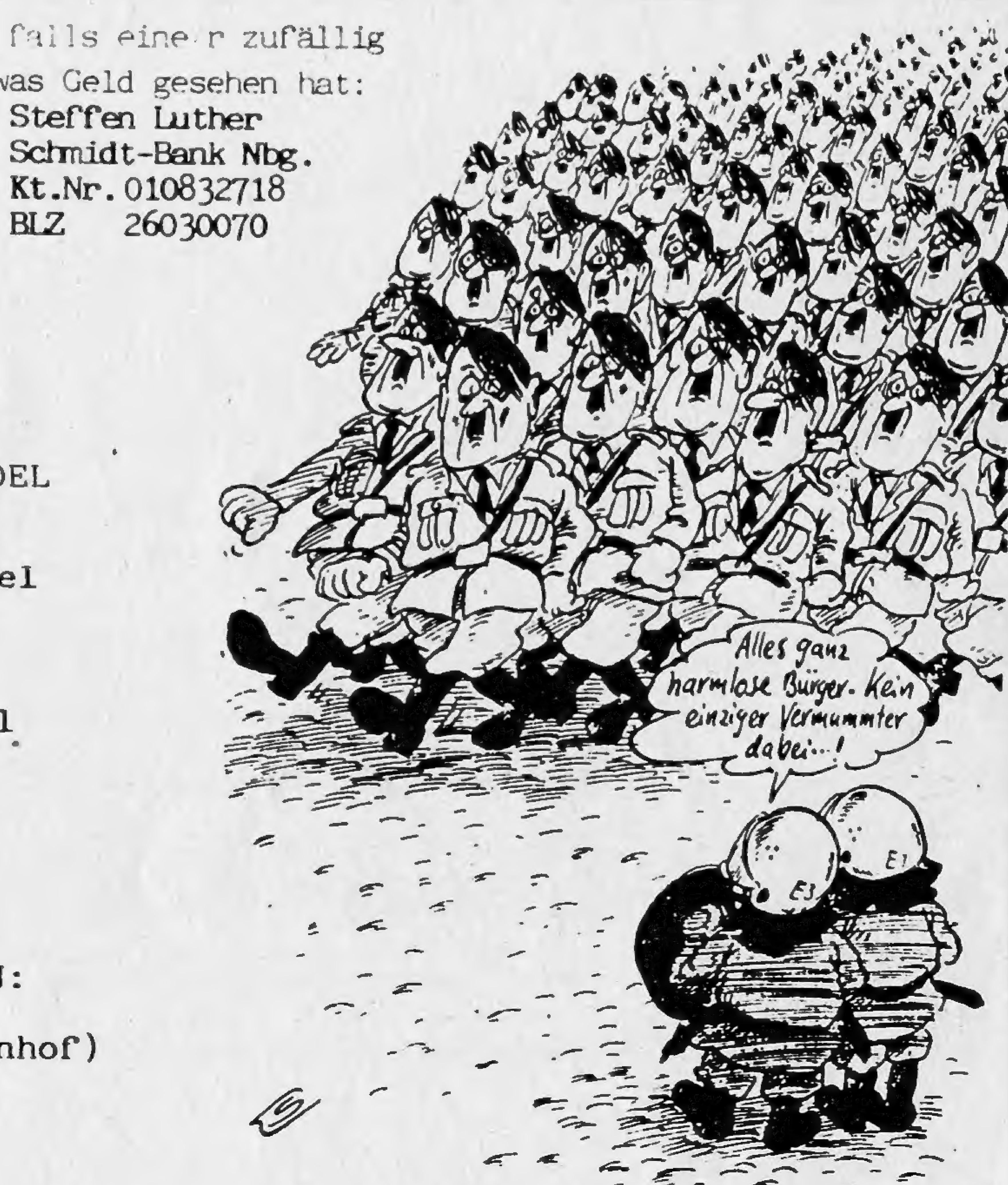
Grüße vom Vorbereitungsteam

**Zu guter letzt noch Dates:**

Antifa-Demo
"KAMPF DEM FASCHOAUFMARSCH IN WUNSIEDEL
18.8.90
Treffpunkt und Auftaktkundgebung:
13.30 Uhr; Bürgermühlweiher, Wunsiedel
********

Faschoaufmarsch:
18.8.; 16.30 Uhr; Bürgermühlweiher, Wunsiedel

********






NÄCHSTES ÜBERREGIONALES VORBEREITUNGSTREFFEN:
*** 28.7.90 ***
12.00 Uhr; KOMM, Königstr.93 (gegenüb. Hauptbahnhof)
NÜRNBERG

********

# Neues aus Wunsiedel

Da es im Vorfeld der Wunsiedeldemo eine Menge unterschiedlicher Einschätzungen gab und gibt, waren wir zum überregionalen Treffen in Nürnberg am 27.7 gefahren. Schade fanden wir es, daß wir fast die einzigen aus Berlin waren und auch aus Hamburg, Hannover, Göttingen keine/r da waren. Der Süddeutsche Raum dagegen war ganz gut vertreten. Auch die Mobilisierung im Süden ist echt gut. Verschiedene Antifa-Gruppen aus der DDR haben auch ihr Interesse an der Demo bekundet und sie wollen auch dafür mobilisieren .

Wieviel Menschen zur Demo kommen werden.kann frau/man nicht einschätzen, daß hängt daran ab inwieweit die Mobilisierung greift oder nicht.Die Faschos haben da leider ne bessere Struktur und Motivation(O-Ton ihrer Einladung: "Wir wollen den Roten Pack zeigen was Ordnung ist)

<u>Nun zur Demo selber</u>

Wunsiedel ist ein kleines Kaff nahe der tschechischen Grenze. Der Stadtkern um den die Demoroute verläuft, ist ziemlich klein. Im Kern gibt es fast nur kleine enge Gassen. Die Demoroute läuft nur in den größeren Straßen, wobei hier in eine geschlossene Reihe 6-8 Personen platz hat. Die Demoroute selber ist ca. 2 km lang. Die Faschos werden dieselbe Route entlanggehen. Ausgangspunkt der Demo für uns ist 13.30Uhr für die Faschos um 16.30 "AM Bürgermühlweiher".

Die Wunsiedelbevölkerung sieht diesen Tag als Spektakel an (endlich ist mal was los), wobei anzumerken ist, daß Kneipen, Läden etc. vermutlich dicht sein werden. Darüber hinaus werden führende Faschisten dort erwartet wie z.B., Gerry Lowe(?) ,USA von der NSDAP/AO.

Wir finden es wichtig, daß die Faschisten an diesem Tag, daß feiern vergehen wird.Unsere Demo soll lautstark, kämpferisch und geschlossen bis zur Abschlußkundgebung durchgezogen werden. Beim überregionalem Treffen wurde klar, daß wir uns nicht von einzelnen Faschos bei der Demo provozieren lassen wollen, sondern unsere Kräfte für später aufzuheben! Geplant ist auch für die Demo ein Frauenblock. Sollte dieser nicht zustande kommen werden auf jedenfall Frauenketten gebildet.

Da ein massives Aufgebot von Bullen, Vorkontrollen und Angriffen von Faschos vor, während und nach der Demo zu erwarten ist, sollten von unsererseite phantasievolle Gegenaktionen und mobilität entgegengesetzt werden. Auf die (Ver)-kleidung sollte viel wert gelegt werden (z.B rote Pappnasen, Brillen etc) um sich gegen Videoterror und Kamerablitzen zu schützen. Bringen wir Chaos insSpiel !!

Für Diejenigen die es wichtig halten und die politische Brisanz erkennen, wäre es gut eine Woche vorher für Berlin ein Vorbereitungstreffen zu machen. Es wird weiterhin empfohlen am 17.8. nach Nürnberg ins Kommzentrum zu fahren, da um 2o.00Uhr eine VV stattfindet wegen aktuelle Infos, Vorgehensweise etc, etc etc. Pennplätze im Cafe Molotow in Komm erfragen.

VERHINDERN WIR GEMEINSAM DEN NAZI AUFMARSCH IN WUNSIEDEL

KEIN MYKRO-METER DEN FASCHISTEN. VERSALZEN WIR IHRE FEIER!!!

Reiselustige BerlinerINNen AntifaschistInnen

Auf nach Wunsiedel 18.8.1990

Treff: 13<u>30</u> Uhr „Am Bürgermühlweiher"

# **Diskussionspapier** zu einem unabhängigen Antifa-Plenum

wir schreiben dieses papier nicht, damit es gelesen und danach weggelegt wird, sondern um eine diskussion anzuregen!
zur jetzigen situation:
die bündnispolitik einiger antifa-gruppen ist zumindest in westberlin gescheitert. nachdem anfangs im bündnis gegen rassismus, faschismus und sexismus (jetzt antifa-forum gegen nationalismus, faschismus und sexismus) sich die dort vertretenen unabhängigen antifa-gruppen einigermaßen durchsetzen konnten, ist das bündnis seit dem wahlkampf zum berliner abgeordnetenhaus von den reformistischen gruppen stärker beeinflußt (dominiert) worden. wie mensch an vielen beispielen belegen könnte (zb. demo gegen rep-parteitag in den schultheiß-festsäalen), kommt es den reformerInnen nicht darauf an, eine gemeinsame antifa-politik zu machen.sie benutzten das bündnis dazu,um auf die antifa-bewegung einfluß zu nehmen und sie benutzten das thema antifaschismus dazu, um sich innerhalb der linken zu etablieren. so gebrauchen sie die unabhängigen antifas als mobilisierungsmasse, um ihre reformistische politik durchzusetzen.
aber abgesehen davon, daß sich etliche unabhängige antifa-gruppen durch das bündnis nicht angesprochen fühlten, weil sie eine zusammenarbeit mit zumindest dem spd-/al-spektrum ablehnten, war es erstmal das einzige offene und größere treffen von antifa-gruppen in westberlin.
zur zeit findet kein austausch (bzw. koordination) -geschweige denn diskusion- zwischen den einzelnen unabhängigen gruppen statt. wir halten es trotz der letzten auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen fraktionen innerhalb des unabhängigen antifa-spektrums für wichtig, diesen zustand zu überwinden.
das problem ist, daß wir die kämpfe untereinander führen, während wir keinen blick nach"draußen"werfen. die situation hat sich spätestens seit dem 9. november zugespitzt. der nationalismus, rassismus und sexismus sind bis in weite teile der bevölkerung verbreitet und kommen immer offener zum ausdruck. beim fußball wird immer mehr die nationalistische extase zur schau getragen, es erfolgen immer öfter angriffe auf ausländerInnen, lesben, schwule, linke und frauen insgesamt und die faschistische ideologie wird in dieser gesellschaft immer salonfähiger. die situation wird immer unerträglicher!
deshalb ist es an der zeit, daß die unabhängigen antifas sich zusammentun. wir haben uns überlegt, daß wir unabhängigen antifas ein plenum brauchen. dieses UNABHÄNGIGE ANTIFA-PLENUM stellen wir uns so vor:
*austausch von informationen
*gemeinsame vor- und nachbereitung von aktionen
*diskussionen untereinander
*berlinweite organisierung
damit keine mißverständnisse entstehen, wollen wir von anfang an klarstellen, auf welche gruppierungen wir keine böcke haben: auf parteien undderen funktionärInnen, parteiennahestehende gruppen, kirchliche und davon abhängige gruppen und auf stalinistInnen.um uns vor ungebetenen gästen (fascho- ua. spitzel) zu schützen, wollen wir das plenum nicht öffentlich bekanntgeben und bitten euch, uns anzuschreiben.
schreibt an: JAN (UAP), c/o Lunte, Weisestr. 53, 1 Berlin 44
wir wollen diese ideen zur diskussion stellen!

die vorbereitungsgruppe (vg)



# VORSICHT SEKTEN CAMP

Sie inserieren in der tageszeitung, sie plakatieren in Szenekneipen, sie sind aktive MauerläuferInnen, sie organisieren Veranstaltungen für alle - Sinnliche(re)s steht in ihrer Werbung. Richtig aufgefallen sind sie erst vor kurzem, als die Stadt mit Zehntausenden von Aufklebern, Flugblättern, Plakaten und Broschüren von Sexpeace, Projekt Meiga, Aktion Perestroika, ZEGG, Galerie RODA, HOT e.V. und Jetzt e.V. (Friedelstr.27 und Silbersteinstr.149) überschwemmt wurde.

Alle Namen meinen dasselbe: Nämlich die Sekte, die über Nacht auftauchte und zur Zeit am cleversten und kostspieligsten für sich wirbt. Indem sie alle zeitgemäßen Themen aufgreift und nie eindeutig Stellung bezieht, können sich alle Menschen angesprochen fühlen...
Sexpeace stützt sich auf die Thesen ihres Gurus Dieter Duhm, einem 1942 geborenen Soziologen, der - von der 68er Bewegung enttäuscht - auszog, um eine neue "Lebenskultur" zu schaffen und damit an Geld zu kommen. Er schaute sich im Bagwahn-Sumpf um und lernte beim "Aktionskünstler" Otto Muehl (geboren 1929). Von diesem Guru der AAO (Aktionsanalytischen Organisation) war er so angetan, daß er dessen Methoden in sein Konzept aufnahm. Bei seinen Studien kam Duhm zu dem Ergebnis: Bagwahn sei der stärkere Führer, aber Muehl habe das erfolgreichere Führungskonzept, weil er seinen AnhängerInnen hierarchische Strukturen noch besser aufdrücken könne (Duhm, Aufbruch, 1981 Kösel-Vlg, S.100). Computer-Ficklisten planen in der Muehl-Sekte alle sexuellen Kontakte und überwachen die Planerfüllung. Andere Leistungen, wie etwa Finanzmakler-Geschäfte durch die Muehl-AnhängerInnen für Muehl-eigene Firmen, werden ebenso vermerkt. Diese Listen bestimmen Auf- und Abwertungen in der Hierarchie ("Struktur"), die unter anderem festlegt, wer beim Essen am Tisch des Meisters sitzen darf. Zweierbeziehungen sind verboten. Muehl: "Ich habe das Recht der ersten Nacht" - und zwar auch bei in der Sekte lebenden Mädchen, sobald sie über 12 Jahre alt geworden sind... Zur von Muehl selbst so genannten und durchgeplanten "Kinderproduktion" stellt er die Paare zusammen. (Stern Nr.37/88, Spiegel 8.5.89)
Die Verwirklichung seiner Konzepte versuchte Duhm 1978 in der **Bauhütte e.V.** im Schwarzwald zu bewerkstelligen. Bis zu 40 Menschen lebten dort, um eine andere Gesellschaftsform zu entwickeln und sie der Öffentlichkeit über kostspielige Seminare zu vermitteln (bis zu 1000 DM). Hier sollten die Teilnehmenden über sexuelle Riten der Sekte zugeführt werden. Auf persönliche Art wurden sie abhängig gemacht und standen psychisch unter Druck. Es gab auch Thesen für diejenigen, die sich von den Duhm-typischen Spielarten des Sadismus-Masochismus-Sex nicht ankochen ließen, um ihr Geld zu geben:

> Neue ökologische Gesamtkonzepte, Charisma statt Demokratie, Gleichberechtigung, aber innerhalb der Hierarchie, Heilung aller Krankheiten durch sich selbst, antijudaistische Bibelinterpretationen, Anlehnung an Bagwahn/Poona, Muehl/AAO u.a., die sog. Gewaltlosigkeit und anderes mehr

Die Bauhütte existiert nicht mehr, weil ihre Methoden bekannt wurden. Zeitungsberichte aus dem Juli 1985 sprechen von: "Sex-Klinik", Orgienpflicht, S/M-Praktiken, Prostitutionsverdacht, einer vermeintlich "selbst-geheilte" Tripper-Epidemie, usw. An ihre Stelle tritt seit 1988 das **Projekt Meiga**, welches sich ebenfalls auf Duhm beruft und Muehl als Vorläufer ansieht. Dieses Projekt macht seine Arbeit im Hinblick auf die Summen, die aus den Sommercamp-Einnahmen winken. Die Teilnahme kostet 400 bis 990 DM. Der neueste Sexpeace-Ableger ist **Aktion Perestroika**, die angeblich für irgendwelche Organisationen in der UdSSR Geld sammeln soll, über die auf Nachfragen keine weiteren Auskünfte gegeben werden. Die Werbekampagnen des Projekts Meiga sind gut organisiert über die Bühne gelaufen. Die Kosten dafür sind immens. Sicher ist die Verbindung zur Bagwahn-Sekte, mit der Duhm schon früh in Verbindung trat. Das Bagwahn-Café Voltaire am Stuttgarter Platz diente Sexpeace als Ausstellungsräumlichkeit und Treffpunkt. Dort können auch Geldquellen für Sexpeace vermutet werden. Weitere Einahmen werden aus dem Verkauf sexistischer Meiga-Bücher und -Bildbände erzielt.
Von einem Sexpeace-Auftritt in Ostberlin bekam eine DDR-Journalistin die folgenden Eindrücke: "Jede soll nun jedem und jeder jeder zwischen die Schenkel greifen dürfen." Auch Aids könne selbst geheilt werden, denn es sei eine "psychische (Krankheit), resultierend aus den überholten Moralvorstellungen". "Um unser frisches Ostfleisch wurde geworben, da die Fänger bei den mit derartigen Geschwätz überfluteten BRD-Bürgern nicht mehr erfolgreich sind." (taz 22.2.90)
Das vom 8. bis 22. August geplante Meiga-Sommercamp soll in Vethem bei Walsrode stattfinden - einem beschaulichen Plätzchen in Niedersachsen, an dem die Intentionen der Sekte auf möglichst geringen Widerstand stoßen sollen. Eingeladen ist Greenpeace, dessen Name von Sexpeace popularitätswirksam mißbraucht wird. Gewaltlosigkeit wird von Sexpeace propagiert, aber nicht gelebt. Neben ihrer alltäglichen psychischen Gewalt kam es bereits zu Übergriffen auf GegnerInnen der Sekte.
Verhindern wir die Ausbreitung der Sekte! Greifen wir zu ungewöhnlichen Maßnahmen!

**Kampf der Sexindustrie, auch wenn sie als Sekte auftritt!**



ViSdP.: Sekten-AG beim AStA-FU, Kiebitzweg 23, 1/33

## In einem besetzten Haus sammeln sich Ost-Berlins Rechtsradikale

# Eine Festung der Gewalt

*Von Hans Duisberg*

Die linke Sau Diestel will uns raushaben, das ist wie unter Honecker. Aber wir bleiben hier drin." Sven, „deutschnational", wie er sagt, Skinhead in szenetypischer Militärkluft und mit einem 30 Zentimeter langen Messer im Gürtel, gibt sich bestimmt. Die „Hafenstraße der Rechten" will er nicht aufgeben, schon gar nicht, wenn es der DDR-Innenminister so will. Hier, in dem von rund 30 rechtsradikalen Jugendlichen besetzten Haus Weitlingstraße 122 in Ost-Berlin-Lichtenberg, findet Sven politischen Halt in einer für so viele unüberschaubar durcheinandergeworfenen DDR-Gesellschaft.

Das Haus ist zu einer Festung ausgebaut: Die Fenster der unteren zwei Stockwerke sind mit Holzbrettern verbarrikadiert; zum unübersichtlichen Hinterhof verstärkt Stacheldraht die Sicherungen. Vom dritten Stock aus suchen die Besetzer die Nachbarschaft nach potentiellen Angreifern ab. Im Versammlungsraum unter dem Dach: [illegible], [illegible] mit Pflastersteinen sowie die Reichskriegsflagge, die bei Feindalarm am Dachfenster flattert. Überall im Haus stolpert man über Kampfutensilien wie Gasmasken, Schlaginstrumente, Messer und CS-Gas-Ampullen.

Laut DDR-Kripo ist die Weitlingstraße 122 „Leitstelle für militante Aktionen. Die Insassen, überwiegend Mitglieder oder Sympathisanten der ‚Nationalen Alternative', sind zum Teil verwickelt in Straftaten wie den Überfall auf das Ausländerwohnheim am Prenzlauer Berg", erklärt Kriminaloberrat Bernd Wagner, Leiter der Innenminister Peter-Michael Diestel unterstellten „Abteilung Extremismus". Dieser Behörde sind etwa 1500 rechtsradikale Verbrecher bekannt. Aber mit Militanz will die „Nationale Alternative" (NA) vorderhand nichts zu tun haben. So empfahl sie die Aufgabe des Hauses, zumal die Stadtverwaltung anderen Wohnraum anbietet. Auszug oder nicht – an dieser Frage spalten sich die Besetzer in zwei Lager.

Die Stimmung in der Weitlingstraße 122 ist gereizt. Offiziell muß man der Gewalt abschwören, doch im tiefsten Herzen denken die meisten hier anders. Der 25jährige Robby, arbeitsloser Maler mit sieben Jahren Knast auf dem Buckel, NA-Mitglied: „Gegen die anderen muß man offensiv vorgehen, politisch und – das ist jetzt mal meine Privatmeinung – auch gewalttätig, auch als Partei."

Seit dem Frühjahr hat die „Bürgerinitiative Wohnungssanierung" (WOSAN) einen Nutzungsvertrag für dieses Haus mit der „Kommunalen Wohnungsverwaltung" des Ostberliner Magistrats. Die WOSAN wurde am 1. Februar von demselben Personenkreis ins Leben gerufen, der eine Woche später die neofaschistische „Nationale Alternative" für das Gebiet der DDR gründete. Die ständigen negativen Schlagzeilen über rechtsradikale Gewalt, die von der Weitlingstraße ausgeht, haben aber am offiziell angestrebten Image einer „demokratischen" und „nationalen" Partei schon kräftig genagt.

„Durch solche Sachen sind wir in ein sehr schlechtes Licht geraten und haben den Ruf einer nationalsozialistischen Partei erhalten, den wir nur schwer wieder loswerden", erläutert NA-Mitbegründer und Pressesprecher André Riechert. Die Organisation hat daher ihr in der Weitlingstraße 122 eingerichtetes Hauptquartier abgezogen und will sich jetzt im Villen- und Regattaviertel Grünau niederlassen. Den Parteimitgliedern im besetzten Haus wurde der „Auszug" befohlen, interessanterweise von Oliver Schweigert. Und der ist – zumindest im Westteil der Stadt – kein Unbekannter: Schweigert, der unter anderem wegen Körperverletzung bei Überfällen auf Antifaschisten vor Gericht stand, gehört zum aktiven Kern der neofaschistischen „Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP) und wurde zu Jahresbeginn von FAP-Chef Michael Kühnen zum „Reichsleiter Ost" ernannt.

An der NA zeigt sich ein alarmierendes Phänomen der deutschen Einigung: Im Westen „wiederholt straffällig gewordene Rechtsradikale wechseln in den Osten über", um dort ein Zentrum der Bewegung aufzubauen – das bestätigen die Erkenntnisse des beim Westberliner Staatsschutz für diesen Bereich zuständigen Kriminaloberrats Peter Preibsch. Ein gleicher Trend zeichnet sich beim Fußvolk des ultrarechten Lagers ab: Mit dem Fall der Mauer zog es rechtslastige Skins und Hooligans zu Hunderten nach Ost-Berlin.

„Die Nationale Alternative ist dabei der Kreuzungspunkt der verschiedenen Gruppierungen", resümiert DDR-Kriminalist Wagner. „Es gibt jetzt sicher Differenzierungsprozesse. Die NA ist bemüht die Kontakte mit Kühnen nicht sichtbar werden zu lassen, weil sie im Parteienspektrum der DDR erhalten bleiben will."

Doch über den Namen Kühnen stolpert man fast täglich im Zusammenhang mit der NA und der Weitlingstraße 122. Zur Parteigründung am 8. Februar in West-Berlin war, so Peter Preibsch vom West-Staatsschutz, Kühnen mit 100 Mann dabei. Beim Aufbau half nach Erkenntnissen der Ostberliner Kripo die „Volkstreue Außerparlamentarische Opposition" (VAPO), zur Jahreswende 1984/85 von Kühnen und der Wiking-Jugend gegründet. Ebenfalls praktische Hilfe leisteten die ansonsten über Kreuz liegenden Hamburger Kühnen-Adjutanten Thomas „Steiner" Wulff und Christian Worch. Aus Nordrhein-Westfalen reiste wiederholt der dortige FAP-Chef Thomas Hainke mit zwei bis drei Dutzend Mann zu Aktionen an. Aus dem Westberliner Kühnen-Fahrwasser darf man neben Schweigert den in den 80er Jahren durch Terroranschläge bekannt gewordenen Ekkehard Weil nicht vergessen. Nach Kripo-Erkenntnissen wohnte er eine Zeitlang unter dem Pseudonym Hans Weber in der Weitlingstraße.

All diese Verbindungen dementiert die NA nur halbherzig. Pressesprecher Riechert: „Man kennt sich, trifft sich, unterhält sich. Wir distanzieren uns nicht von den Personen, sondern von Gewalt. Aber normalerweise haben wir uns von der Politik Michael Kühnens abgegrenzt."

Diese Gratwanderung zwischen Distanzierung von Gewalt und gewaltbereitem Anhang geht auch die NA um Leute wie Riechert, der 1986 zu den Mitbegründern der rechten, ausländerfeindlichen Schlägertruppe „Lichtenberger Front" zählte und unter Honecker zwei Jahre wegen „Rowdytum mit Körperverletzung" saß. Noch Anfang Juli holte sich die Berliner NA-Creme in Cottbus bei Michael Kühnen Instruktionen ab. Danach war die öffentliche Trennung vom harten Kern in der Weitlingstraße endgültig beschlossene Sache.

Doch unterderhand werden die Absprachen mit Informationsschleppern zwischen den verschiedenen Gruppen weiterlaufen. Denn der Schoß ist fruchtbar noch: Allein in Ost-Berlin tendieren nach Untersuchungen von Jugendforschern sechs Prozent der Jugendlichen nach rechtsaußen, in der ganzen DDR sollen es Zehntausende sein.

# BERLINER ST.PAULI-FANS

9.August 1990: Hertha BSC - FC ST. pauli
- mehr als ein Fußballspiel !!! -

Am 9.August ist zum Auftakt der neuen Bundesligasaison der FC ST. Paul i hier im westberliner Olympiastadion bei Hertha BSC zu Gast.Für uns mehr als ein Fußballspiel,zu dem man/frau hingeht oder nicht.Dazu gäbe es einiges zu sagen;zur Situation während/ nach Fußballspielen in letzter Zeit hier und in Berlin/Hauptstadt,zu den berliner Fascho-hool-Gruppen,wie die "Herthafrösche" und "Eisern Union" (DDR),und auch zur Arbeit der Fans vom FC ST. Pauli/Hamburg.
Wir,das sind ein paar Leute,die früher selbst Fußball gespielt haben;heute noch ab und an an "Freizeitspieltunieren" teilnehmen oder einfach nur so kicken;die früher auch öfters mal zu einem Spiel gingen (aber irgendwann von Reichsmarinefahnengeweddel,von "Sieg Heil" etc.-Rufen die Schnauze voll hatten) und Leute,die sich halt für Fußball interessieren.In den letzten Monaten/Jahren haben wir uns dann mehr und mehr für den FC ST. Pauli, für das,was dort abläuft (im und ums Stadion) und für das Fanprojekt (ST. Pauli Fans gegen Rechts) interessiert. Wir meinen damit das,daß sich die Fans das Stadion wieder zurückerobert haben,der Spaß und der Volksfestcharakter während der Spiele,Diskussionsansätze wie "Frauen erobern die Stadie: gegen das patriarchal/sexistische Gehabbe von Typen im Stadion,offene Brief und Flugblattaktionen von Fans und Spielern gegen Rassismus und Nazis in den Stadien,das Fanzine "Millerntor Roar" mit seinen Diskussionsansätzen über Fußball hinaus,zu AusländerInnengesetz,Antifa,Viertel (Kiez) uvm.
Aus der Auseinandersetzung damit und der Lust mal wieder zu 'nem Spiel zu gehen,enstand die Idee,das zusammen mit den ST. Pauli Fans am 9.August zu machen.
Aber es steckt einfach mehr dahinter!






Nach den Letzten Spielen von Hertha gab es immer wieder Angriffe von "Fröschen" in der Innenstadt auf AusländerInnen,Punks und AntifaschistInnen. Bei einer solchen Auseinandersetzung fuhr dann auch Marco für zweieinhalb Jahre ein."Herthafrösche" lieferten sich Schlägereien "mit Tischen und Stühlen" und griffen auf dem Breitscheidplatz eine Gruppe von AntifaschistInnen an.Auch ein Trupp Zivilbullen,angeblich durch gelbe Armbinden gekennzeichnezt,lief auf die Gruppe zu. Einer der Zivilbullen,wurde durch eine geworfene Flasche verletzt.Marco wurde festgenommen und ist seitdem im knast.Zweieinhalb Jahre soll er sitzen und noch 3o.000DM Schmerzensgeld zahlen.(Antifa Info Nr.11)
"Sieg Heil" Rufe,"Neger oder Jude raus" Reichskriegsflaggen gehören zum gängigen Reportoire der "Frösche".Zugespitzt hat sich die Situation nach dem 9.November (Maueröffnung).Gerade nach Spielen vom FC Union in Berlin/Hauptstadt.Angriffe auf besetzte Häuser, Infocafes,Schwulenkneipen etc.Die NA'ler aus der Weitlingstraße waren immer dicke dabei.
Wie es aussieht,wenn die BRD Fußballweltmeister wird,können sich sicher alle ausmalen (Angriffe auf polnische Reisebuse nach dem CSFR Spiel,geplanter Angriff auf den Hafen nach dem England Spiel).
Wir wollen hier aber auch klarsteller daß diese Angriffe von Gruppen von Hools und Naszis laufen und nicht von Gro der Fans getragen werden.
Nicht alle Fans sind Hools und Nazis und auch nicht alle Hools Nazis!
Wenn z.B.,wie in Kreuzberg gelaufen, wahllos Union's nur weil sie 'nen rotweißen Schal anhaben,als Nazis angepöbelt werden und das noch kurz nachdem sie zum Teil interessiert Flugies zu Kurdistan und Antifa von uns nahmen,ist das nur noch platt und panne. Differenziertes Rangehen fändern wir Spitze!!!



Angetörnt,von dem wie es in Hamburg läuft gibt es von uns die Idee eines "antifaschistischen Fanprojektes" hier in Berlin.Weitere interessierte Menschen sind absolut willkommen.
Keinen Millimeter den Nazis auch nicht in den Stadien!!!
Zum Spiel am 9.August wollen wir also gemeinsam mit dem ST. Pauli Fanclub und seinen Fans.Wir werden sie abholen und mit ihnen ins Stadion gehen.Dort wollen wir viel Spaß haben,den Verein anfeuern und mit unseren antifaschistischen Parolen und Liedern unüberhörbar sein.Trotz oder gerade wegen der Hetze der Presse und des DFB.Um eine Schlägerei mit den Hools und Nazis und den Bullen geht es uns dabei nicht,auf dieses Mackergeprügele haben wir keine Böcke.Trotzdem wissen wir nur zu gut, wie die Frösche und die Berliner Bullen drauf sind...
Deshalb am 9.August 17 Uhr pünktlich KOTTI neben dem U-Bahnhof!!!
DEN FASCHISTEN KEINE CHANCE,EROBERN WIR DIE STADIEN!!!

**GEGEN RECHTS!**

ANTIFA INFO

EXTRA AUSGABE

Göttingen Juli 90

# DAS NESTBESCHMUTZ

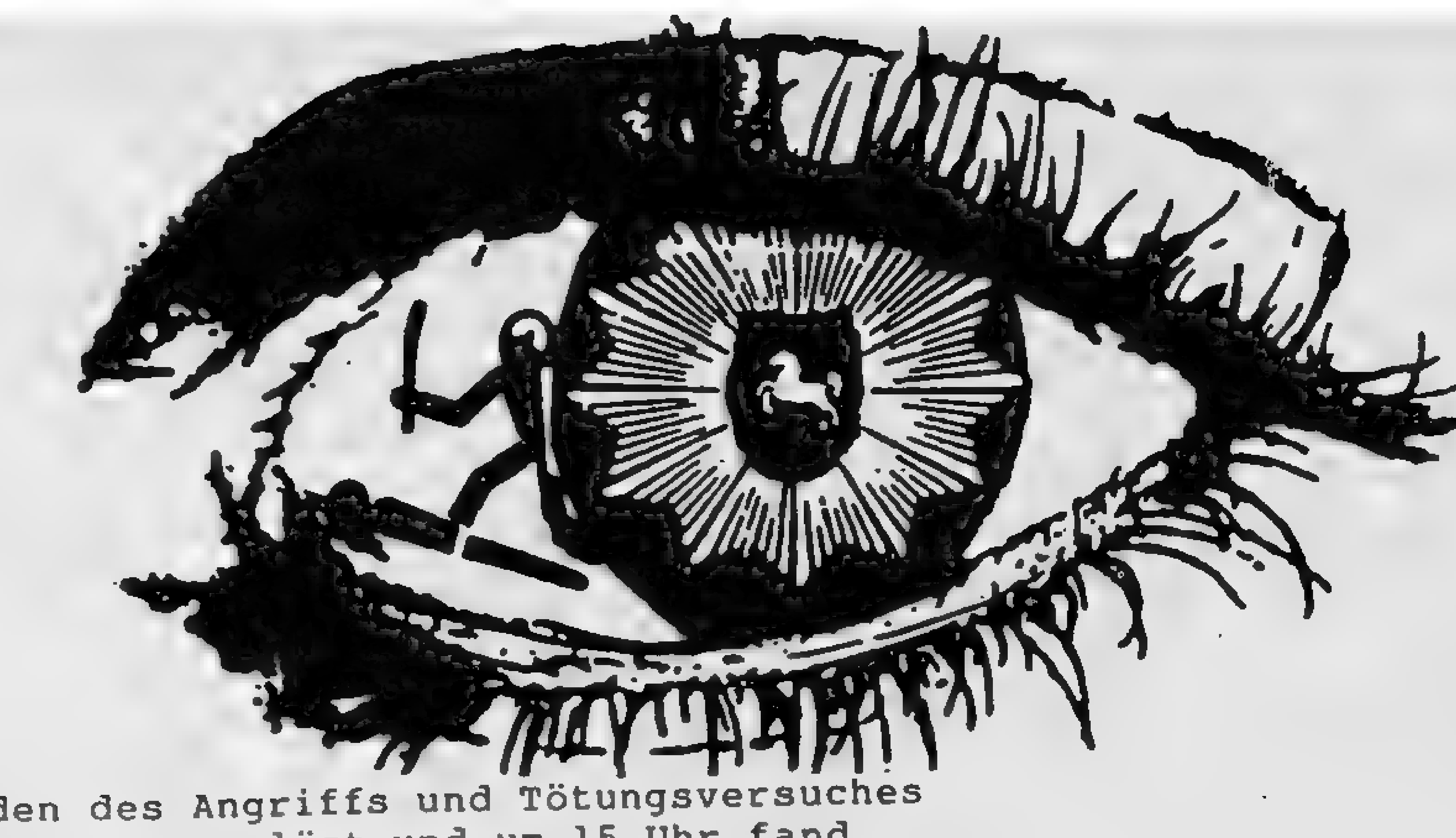
Am 7.Juli fand unter Leitung von Karl Polacek ein FAP Treffen statt,bei dem sich ca. 40 Faschisten in Mackenrode trafen,um dann gemeinsam in einem Konvoi nach Breitenberg zum "Forsthaus Hübental" zu fahren Es wurde vermutet,daß es sich hierbei um ein Vorbereitungstreffen für den 14.Juli handelte.Für diesen Tag hatte die FAP ihre Mitglieder in einem Flugblatt zu einem Landesparteitag eingeladen.Der Ort für den vermeintlichen Parteitag wurde nicht genannt. Das ANTIFA-Plenum beschloss diesen Parteitag öffentlich zu machen und eventuell mit einer mobilen Demo darauf zu reagieren.Um den Tagungsort ausfindig zu machen,fuhren einige Frauen am 14.Juli nach Mackenrode,um eventuelle Bewegungen der Faschisten zu beobachten.Zu dem Überfall und Angriff kam es dann folgendermaßen:

## FASCHISTISCHE ÜBERGRIFFE 14.07-17.07

An einer Bushaltestelle mitten im Dorf,hielten sich drei der Frauen auf und unterhielten sich.So gegen 13:30 bemerkten sie plötzlich den zitronengelben Opel des FAP Funktionärs Karl Polacek,der in Begleitung des Faschoskins Oliver Simon,langsam an ihnen vorbei fuhr.Die Faschos setzten ihren Streifzug durch das Dorf fort und kamen kurze Zeit später wieder zu der Bushaltestelle zurück und hielten kurz vor der Kreuzung.Eine 4. Frau,die an der Hauptstraße steht und den Faschowagen zunächst nicht bemerkt,muß Polaceks Wagen an der Beifahrerseite passieren um zu den anderen zu gelangen.Dabei bespuckt sie Oliver Simon durch das geöffnete Fenster.Gerade als sie die anderen Frauen erreicht,springt Oliver Simon aus dem Auto beschimpft die Frauen als "Huren" und "Schlampen" und fängt sofort an mit Leuchtmunition gezielt auf sie zu schießen.Eine Frau wird durch einen Streifschuß am Arm leicht verletzt.Die 4 Frauen versuchen zu flüchten,was vorerst nur 2 von ihnen gelingt.Die anderen beiden versuchen,hinter einem geparkten Auto Schutz vor den Schüßen zu finden.Der bewaffnete Simon verfolgt sie um das Auto herum.Jetzt steigt auch Polacek aus seinem Wagen und läuft mit einer Axt bewaffnet und unter Beschimpfungen auf die Frauen zu,die so in die Enge getrieben werden,da der Fluchtweg nach hinten durch eine Scheune versperrt ist.Eine Frau kann sich noch auf einen naheliegenden Hof retten. Der anderen bleibt nur die Flucht nach vorn.Sie versucht an Polacek vorbei zu kommen,worauf dieser sie durch einen gezielten Schlag mit der Axt am Kopf trifft.Sie kann den Schlag mit ihrem Arm soweit abwehabschwächen,daß sie relativ leicht an der Stirn verletzt wird und sich in ein anliegendes Haus retten kann.Polacek und Simon steigen in ihr Auto und fahren in den Siedlungsweg,wo beide wohnen.Später wird Polacek durch einen Haftbefehl unter dem Verdacht des versuchten Totschlags festgenommen,dem Haftrichter vorgeführt und am 16.07. unter Auflagen und gegen Kaution wieder entlassen.

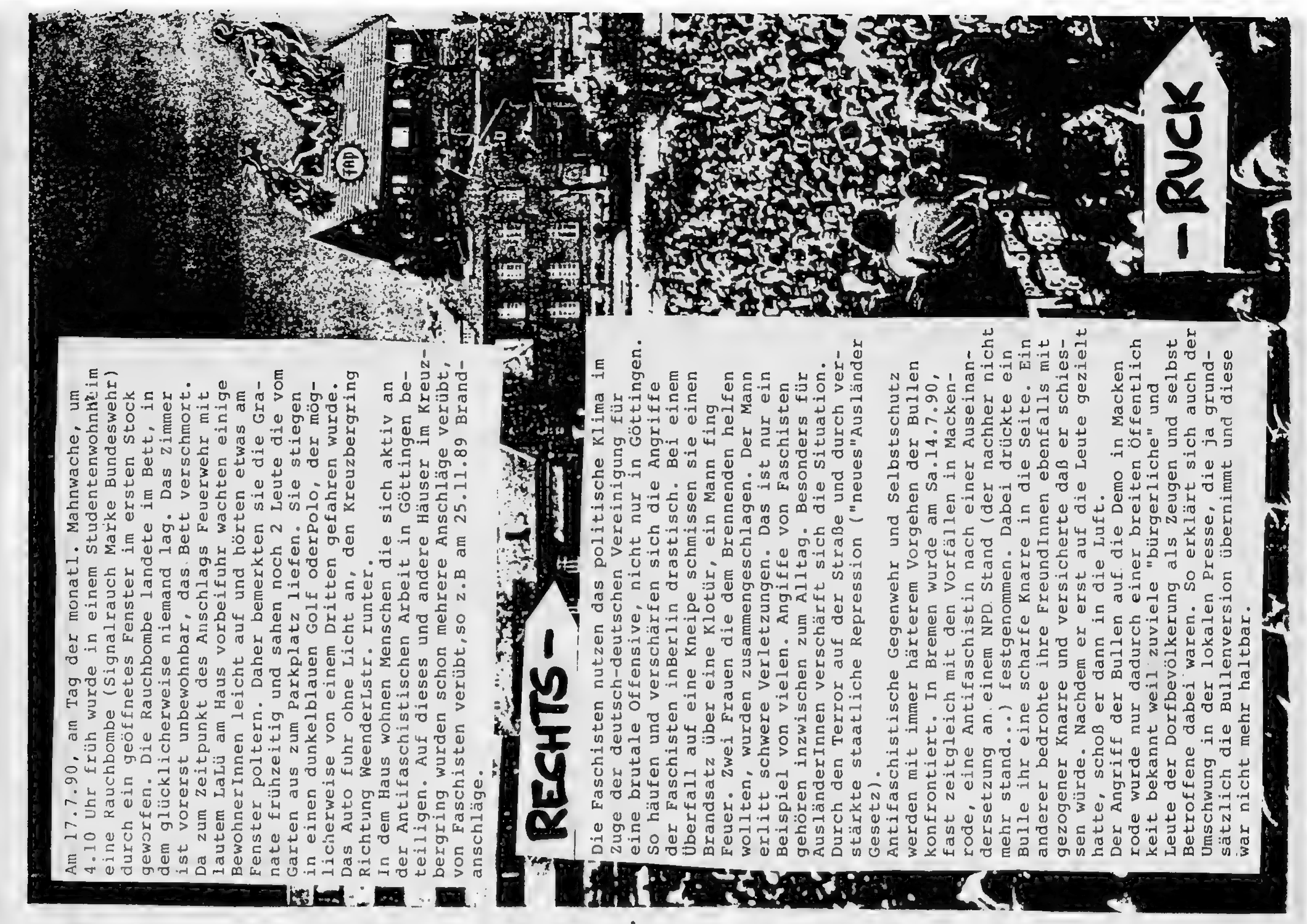
Oliver Simon

## INFOS AUS GÖTTINGEN



Nach Bekanntwerden des Angriffs und Tötungsversuches wurde die Alarmkette ausgelöst und um 15 Uhr fand im JUZI ein Plenum statt,auf dem mehrere verschiedene Gruppen vertreten waren.Nach Einschätzung der Situation wurde beschlossen eine breite,offene Demo in Mackenrode zu machen.Um 16:30 setzte sich der Autokonvoi nach Mackenrode in Bewegung.Die Polizei reagierte auf den Tötungsversuch mit der Postierung des Zivilenstreifenkommandos vor dem JUZI,dessen Einsatzgruppen die Besucherinnen fotografiert.An allen Zufahrtswegen nach Mackenrode standen Streifenwagen.Als die Demo gegen 17 Uhr in Mackenrode ankam,waren weiterhin einige Uniformierte an und um Polaceks Haus postiert. Die Demo führte durch den Ort,es wurden Flugblätter ("Einblicke") verteilt und auf einer kurzen Kundgebung wurde über die bisherigen Vorgänge informiert.Danach sollte die Demo an Polaceks Haus,im Siedlungsweg vorbeigehen.Vor dem Haus versperrten etwa 20 mit Helmen und Schildern ausgerüstete Uniformierte die Straße.Als sich die Demo bis auf etwa 50m genähert hatte,schoßen die Bullen ohne Anlaß und Vorwarnung CS-Gas-Granaten vor und in die Demo,die daraufhin panikartig zurückwich.Die Gasschwaden zogen durch die Häuser die Straße hinab.Die Anwohner wurden von der Demo aufgefordert die Kinder ins Haus zu schicken. Vielen Menschen mußten die Augen ausgespült werden. Anwohner leisteten Erste Hilfe und brachten Eimer mit Wasser.Die Demo blieb stehen und einige Teilnehmer wollten versuchen trotz des Gases auf Polaceks Haus zuzugehen.Es kam zu einem zweiten Gaseinsatz der Bullen.Nun flogen Steine und Signalmunition wurde abgeschossen.Inzwischen waren massive Einsatzkräfte aus Goslar und weiteren Polizeistützpunkten auf dem Weg von Waake nach Mackenrode.Die Demo formierte sich und ging geschlossen zu den Autos zurück.Der Konvoi traf gegen 19 Uhr wieder in Göttingen beim JUZI ein,wo wiederum mehrere Trupps des ZSK postiert waren und wiederholt alle beobachteten und fotografierten.

Samstag Nacht kam es zu einem weiteren Übergriff von Nazi Skins. Ca. gegen 24h griff mindestens ein Auto voll Skins eine Gruppe Jugendliche in Nikolausberg an. Dabei schossen sie mit Leucht spur und zerdängelten ein Auto. Es gab mehrere Verletzte. Daß ganze spielte sich auf einem Platz vor der Kirche ab, dem örtlichen Jugendtreff. Hier war es auch in der Vergangenheit zu Auseinandersetzungen mit Faschisten gekommen.




Am 17.7.90, am Tag der monatl. Mahnwache, um 4.10 Uhr früh wurde in einem Studentenwohnheim eine Rauchbombe (Signalrauch Marke Bundeswehr) durch ein geöffnetes Fenster im ersten Stock geworfen. Die Rauchbombe landete im Bett, in dem glücklicherweise niemand lag. Das Zimmer ist vorerst unbewohnbar, das Bett verschmort. Da zum Zeitpunkt des Anschlags Feuerwehr mit lautem LaLü am Haus vorbeifuhr wachten einige BewohnerInnen leicht auf und hörten etwas am Fenster poltern. Daher bemerkten sie die Granate frühzeitig und sahen noch 2 Leute die vom Garten aus zum Parkplatz liefen. Sie stiegen in einen dunkelblauen Golf oderPolo, der möglicherweise von einem Dritten gefahren wurde. Das Auto fuhr ohne Licht an, den Kreuzbergring Richtung WeenderLstr. runter.
In dem Haus wohnen Menschen die sich aktiv an der Antifaschistischen Arbeit in Göttingen beteiligen. Auf dieses und andere Häuser im Kreuzbergring wurden schon mehrere Anschläge verübt, von Faschisten verübt,so z.B am 25.11.89 Brandanschläge.

Die Faschisten nutzen das politische Klima im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung für eine brutale Offensive, nicht nur in Göttingen. So häufen und verschärfen sich die Angriffe der Faschisten inBerlin drastisch. Bei einem Überfall auf eine Kneipe schmissen sie einen Brandsatz über eine Klotür, ein Mann fing Feuer. Zwei Frauen die dem Brennenden helfen wollten, wurden zusammengeschlagen. Der Mann erlitt schwere Verletzungen. Das ist nur ein Beispiel von vielen. Angiffe von Faschisten gehören inzwischen zum Alltag. Besonders für AusländerInnen verschärft sich die Situation. Durch den Terror auf der Straße und durch verstärkte staatliche Repression ("neues"Ausländer Gesetz).
Antifaschistische Gegenwehr und Selbstschutz werden mit immer härterem Vorgehen der Bullen konfrontiert. In Bremen wurde am Sa.14.7.90, fast zeitgleich mit den Vorfällen in Mackenrode, eine Antifaschistin nach einer Auseinandersetzung an einem NPD Stand (der nachher nicht mehr stand...) festgenommen. Dabei drückte ein Bulle ihr eine scharfe Knarre in die Seite. Ein anderer bedrohte ihre FreundInnen ebenfalls mit gezogener Knarre und versicherte daß er schiessen würde. Nachdem er erst auf die Leute gezielt hatte, schoß er dann in die Luft.
Der Angriff der Bullen auf die Demo in Mackenrode wurde nur dadurch einer breiten Öffentlichkeit bekannt weil zuviele "bürgerliche" und Leute der Dorfbevölkerung als Zeugen und selbst Betroffene dabei waren. So erklärt sich auch der Umschwung in der lokalen Presse, die ja grundsätzlich die Bullenversion übernimmt und diese war nicht mehr haltbar.

# Wohnraum für alle - solange der Leerstand reicht!!

Am 30.07., 2.00 Uhr, räumte die VOPO das gerade besetzte Haus Oranienburger Str. 68 (Bezirk Mitte). Im Laufe des folgenden Tages kam es zu gewaltätigen Übergriffen und Festnahmen gegen UnterstützerInnen - teilweise unter Androhung von Schußwaffengebrauch ! -
Seit dem 30.07., 3.45 Uhr verkünden Presse und Magistrat stolz: Die berüchtigte "Berliner Linie" hat begonnen, von nun an werde geräumt. Die Verhandlungskommissaion des Magistrats lehnte noch am gleichtn Tag das bestehende Verhandlungsangebot der rund 110 Häuser bereits besetzen Häuser ab.

Wir, die wir bereits seit Monaten in den Häusern wohnen, sehen dies als Eskalationsversuch des Magistrats, als Aufkündigung der bisherigen Gesprächsbereitschaft. Es liegt nun an uns, und vor allem aber auch an den mit uns bisher nur verbal sympatisierenden West- und Ostberliner Gruppen, dem Magistrat die passende Antwort zu geben:

Wenn wir diese "Berliner Linie" nicht anerkennen wollen, müssen wir unseren Widerstand jetzt auch gemeinsam auf der Straße demonstrieren.

Dazu gehört Neubesetzungen massiv zu unterstützen, (Präsenz von allen BesetzerInnengruppen vor/nach der Räumung), sowie geschlossen und unterstützt von allen SympatisantInnengruppen an die Öffentlichkeit zu treten.

AUFRUF!!

Zur ERSTEN großen BESETZERINNEN-DEMO der 90er JAHRE!! - AM SAMSTAG 04.08.90 um 13.00 Uhr

FRANKFURTER TOR!!!

# Presseerklärung der **Öffentlichkeits AG Friedrichshain**

Anläßlich der Äußerungen der Stadträte Krüger (Inneres) und Thurmann (bau- und Stadtentwicklung) vom 23.7.

- bei Hausbesetzungen künftig die sog. (West-)Berliner Linie durchzusetzen,

sowie ihrer Unterstellung, bei den BewohnerInnen der Mainzer Str. handele es sich um "Pseudolinke und Desperados, West-Berliner und internationale Besetzergruppen" erklären wir:

1. Solange der Magistrat nicht in der Lage ist, Leerstand organisatorisch zu verhindern Wohnraum bedarfsorientiert zu verteilen und notwendige Rek onstruktion zu finanzieren bleiben Instandbesetzungen ein wichtiges Mittel zur Wohnraumbeschaffung und Sicherung. Dies gilt umso mehr angesichts der spätesten zum 1.1.91 angekündigten Mietpreissteigerungen. Die Mietpreisfreigabe für Neubau und die 11%ige Umlage von Mod/Inst-maßnahmen sind Beispiele für eine Wohnungspolitik zu Lasten von MieterInnen, Obdachlosen und "Sozial Schwachen". Es ist das gemeinsame Interesse von MieterInnen und BesetzerInnen der Wohnraumspekulation entgegenzutreten und das Grundrecht auf Wohnen zu verwirklichen.

2. Die verbalen Angriffe der Stadträte auf die BewohnerInnen der Mainzer Str. 2-11 sind der Versuch einen Keil in die Gruppe der mehr als 80 Häuser zu treiben, die sich <u>geschlossen</u> in Vertragsverhandlungen mit demMagistrat befinden. Dies geschieht nach dem Motto: "Teile und Herrsche!" und entspricht in keinster Weise den Gepflogenheiten unter Verhandlungspartnern. Es scheint, daß Teile des Magistrats versuchen, durch verbalen Radikalismus von den eigentlichen sozialen Problemen abzulenken. Wer sich Mitteln wie Polemik und Aufbau von Feindbildern bedient, verleugnet seine eigenen Ansprüche aus der Zeit des Umbruchs.

Wir bleiben dennoch gesprächsbereit.

Öffentlichkeits-AG der besetzten Häuser Friedrichshain

WICHTIGER HINWEIS für PRESSEVERTRETERINNEN:
Um Irritationen zu vermeiden wenden Sie sich bei Interesse an weiteren Informationen, Berichterstattung etc. bitte an das

Info-Café, Mainzer Str. 5, tgl. geöffnet von 15-21 Uhr

Von dort können eventuelle GesprächspartnerInnen vermittelt werden.

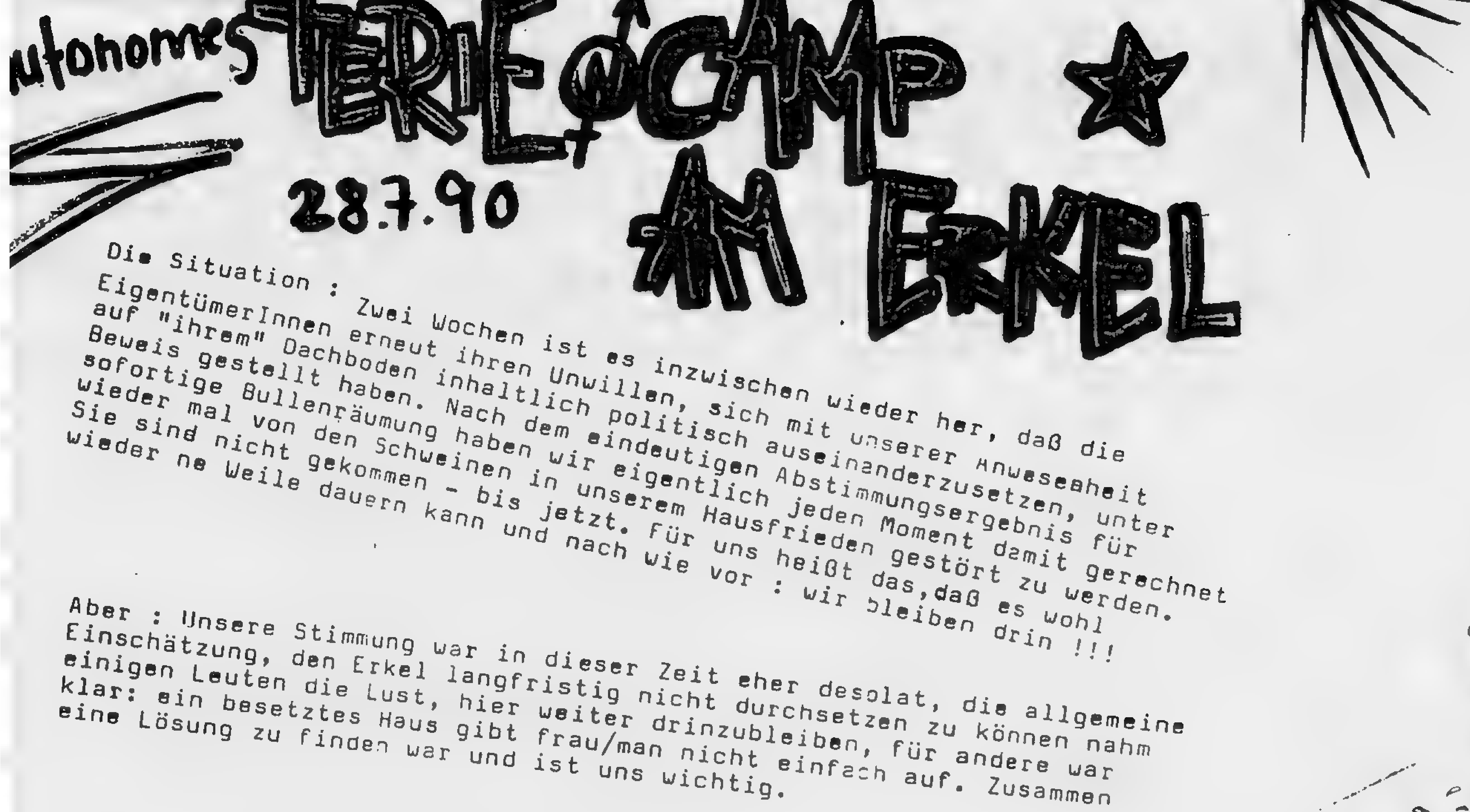
# offener Brief an die **Wassertor-Besitzer**

Auch wir haben euren Konflikt mitbekommen, nicht zuletzt dadurch, daß wir als Projekte aus dem mehringhof von den Besetzern und Besetzerinnen angesprochen wurden, ihre Plakataktion zu unterstützen.
Auf einer Mieter- und Mieterinnenversammlung konnten wir allerdings keinen gemeinsamen Konsens zum Inhalt des Plakates finden und entschlossen uns deshalb zu einem Brief an Euch.
Einigkeit herrschte aber an dem Punkt, daß alle Projekte die Räumung und die Strafanträge auf's schärfste ablehnen. Es kann nicht angehen, daß ihr als Besitzer und Besitzerinnen des Wassertorplatzes keine andere Lösung zulaßt, als zur Beseitung des 'Übels' Strafanträge gegen die Besetzer und Besetzerinnen zu stellen und die Bullen zu holen.

Wir schreiben euch diesen Brief ja quasi von Hauseigentümer zu Hauseigentümerin, zweier niemals besetzt gewesener und (mehr oder weniger) selbst ausgebauter Gebäude.
Wir wissen, daß über die Investition von eigener Arbeit und auch Geld eine Beziehung zu einer Sache, auch zu einem Haus entstehen kann. Den Anspruch, daß es aber dadurch zu einem Besitz wird bei dem von außen keine Kritik mehr möglich ist und auch nicht mehr zugelassen wird, halten wir für falsch.
Gerade in eurem Fall haben doch auch immense staatliche Investitionen zu dem Besitz beigetragen, denn nicht alle Leute hatten die Möglichkeiten und Privilegien in einem selbstverwalteten Hausprojekt kollektiv leben und wohnen zu können. Ein solches Vorzeigemodell wie ihr es seid, sollte nicht nur in seinen technischen Neuerungen fortschrittlich sein.
Auseinandersetzungen über die Staatsmacht zu führen, ist fast schon mittelalterlich und bringt euch nicht zu einer Lösung der Konflikte.
Es zeugt von Unvermögen und spiegelt eure Entwicklung zur Hausbesizermentalität wider. Nicht eure Inhalte sollen die Hausbetzer und Hausbsetzerinnen überzeugen, sondern die staatliche Repression bei Verstößen gegen Eigentumsverhältnisse.
Warum traut ihr euch selber nicht, wenn euer Konzept für euer Haus und die Nutzung des Dachbodens einsichtig ist oder wäre.
Warum mit Geldstrafen und Gummiknüppeln. Zum anderen müßtet ihr dieselbe Offenheit auch gegenüber den Konzepten der Besetzer und Besetzerinnen aufbringen, was sie planen ist politisch nicht falsch. Oder was ist an den Ideen der Besetzer und Besetzerinnen, kollektiv wohnen und leben zu wollen und die Problematik von selbstberwaltetem Leerstand öffentlich zu machen, so verkehrt ?
Wir sind für eine weitere Auseinandersetzung zwischen den Besitzern, Besitzerinnen und Besetzern und Besetzerinnen.
Gut wäre, wenn sich noch mehr Projekte beteiligen würden und nochmal eine Diskussion zustande käme.

Berlin, 26.7.90

Die Mehringhofprojekte



# Autonomes FERIEN♀CAMP ★ 28.7.90 AM ERKEL

Die Situation : Zwei Wochen ist es inzwischen wieder her, daß die EigentümerInnen erneut ihren Unwillen, sich mit unserer Anwesenheit auf "ihrem" Dachboden inhaltlich politisch auseinanderzusetzen, unter Beweis gestellt haben. Nach dem eindeutigen Abstimmungsergebnis für sofortige Bullenräumung haben wir eigentlich jeden Moment damit gerechnet wieder mal von den Schweinen in unserem Hausfrieden gestört zu werden. Sie sind nicht gekommen - bis jetzt. Für uns heißt das,daß es wohl wieder ne Weile dauern kann und nach wie vor : wir bleiben drin !!!

Aber : Unsere Stimmung war in dieser Zeit eher desolat, die allgemeine Einschätzung, den Erkel langfristig nicht durchsetzen zu können nahm einigen Leuten die Lust, hier weiter drinzubleiben, für andere war klar: ein besetztes Haus gibt frau/man nicht einfach auf. Zusammen eine Lösung zu finden war und ist uns wichtig.

Esfanden zwei UntersützerInnentreffen statt, die von der Stimmung her, aber auch aufgrund unserer unklaren Gruppensituation eher schlapp waren : es gab keine zündende Idee, den Druck noch so zu verschärfen, daß der Erkel langfristig durchzusetzen wäre.

Da es vor allem die Frauen aus dem Frauenbereich waren, die sich trotz der widrigen Umstände für ihre Gruppe(und andere Frauen/Lesben) eine Perspektive vorstellen konnten, wurde zs. mit anderen Frauen/Lesben die Idee entwickelt, eine ♀+⚢- Besetzung zu machenhier oben und so dem ganzen eine neue Qualität und neue Power zu geben. Trotz Mobilisierung Schien diese Idee erstmal keinen großen Widerhall in der Frauen- und Lesben-scene zu finden und wir haben das jetzt vorerst nicht gemacht.

Es drängte sich die Frag: auf : WO ISSN HIER DER WURM DRIN ??

Auf der Terasse liegen, das Wasser in Reichweite, die Kippe in der Fluppe, fiel es uns die Schnuppen von den Augen : das SOMMERLOCH ist da...(..neiiin.... nicht schon wiieder...)



WAS TUN WENN'S NIRGENDS BRÄNNT ? -----na klaa

Nutzt die Räume (und die Terassen) kommt in Massen wann immer ihr wollt - bringt zu fressen und zu saufen und zu kiffen un. überhaupt !

Feuerspucken und in die Sterne gucken.

nonstopsommerpartyaufmdach

Freizeit fatal aufm Dach...draußen schlafen,sekt trinken,Fische grillen, Leute treffen,quatschen...offen sein für Alles,was da kommen mag...

Wir haben nicht vergessen (ihr hoffentlich auch nicht) : das sind auch eure Räume für eure Ideen!

Weiterhin:
· mittwoch : 20⁰⁰ VoKü
· donnerstach : ab 17⁰⁰ ♀+⚢-Café

⚢ Frauen ! Die geilste Terasse gibts überhaupt in unserer Frauenetage - mal sehen was sich da alles reißen läßt mit uns und euch...!!!

Erkel bleibt..Lübbi,March sowieso...Werra kommt, aber hallo!

# Recherchen zur Leerstandsliste

1. Reichenberger Straße 13o
   Der leerstehende Wohnraum wurde schon vor längerer Zeit unbewohnbar gemacht. Die Decken wurden durchgebrochen.Das Haus wurde versteigert.Die neuen Besitzer wollen instandsetzen und zwar ab Herbst.
2. Boppstraße 6
   Die Baumaßnahmen sind bewilligt,bzw.hat die Bauphase schon begonnen.
3. Pückler Straße 28
   Die leerstehenden W E´s im Seitenflügel wurden unbewohnbar gemacht.Antrag auf Mod-Inst ist gestellt.Trotzdem besteht die Gefahr von Privat-Mod.
3. Reichenberger Straße 72
   Reichenber Straße 72a
   Hausverwaltung Immoplan/Reobau/Bellevue;Zwangsverwaltung Herzog Pariser Straße
   Baubeginn geplant für Herbst.
   Besitzer Kühnel .Der materielle Aufwand zur Bewohnbarmachung erscheint recht groß.Trotzdem wäre dies ein lohnenswertes Objekt unserer Begierde.
4. Reichenberger Straße 133
   Data-Domizil!!!
   Die Bewilligung zum Baubeginn liegt für Ende Januar vor.
5. Reichenberger Straße 73
   im Bau
6. Dieffenbach Sträße 33
   11 leere Wohnungen.Neuer Besitzer will über Privat-Mod.sanieren.Leerstand seit 1,5 Jahren.Hierbei handelt es sich um ein höchstlohnendes Objekt.Vorderhaus, Hinterhaus,zwei Seitenflügel,Fabriketagen,Zustand hervorragend.
7. Cuvry Straße 16
   Gewerbegelände einer ehemaligen Seifenfabrik.Steht unter Denkmalschutz und ist aus Immissionstechnischen Gründen zur gewerblichen Nutzung untersagt.Es bestünde die Möglichkeit dort ein Selbsthilfeprojekt anzuvisieren.Diesbezüglich gab es schon einige Vorstöße.
8. Eisenbahnstraße 10
   Ist in der Förderung.unbewohnbar Gefahr der Privat.Mod.
9. Eisenbahn Straße 13 Privat-Mod angestrebt,Seitenflügel.Ein Aussiedlerprojekt war geplant und ist untersagt worden.Ein Bauantrag ist Anfang letztes Jahr gestellt worden.Besitzer:Jürgen Quiotek/Georgije Kommenics Paralellstraße 5a 1/45,Hausverwaltung:Gisela Heckerl Ahrweiler Straße 17 1/33 und Harald Wolter
10. Görlitzer Straße 71
    Besitzer Eberhard Langner ehemals betrügerischer Konkurs,Versteigerung zum
11. Wiener Straße 62 Besitzer Heinz Kuckert.Herr Kuckert ist einer der ersten und ältesten Pensionshaie.Näheres wäre noch zu klären.Im Haus stehen mehrere Wohnungen leer.

Angaben über den baulichen Zustand müssen immer überprüft werden!

Viel Spaß

PS.Wichtig erscheint uns auch,daß weder Umsatzverfahren,noch Baumaßnahmen,die bewilligt und terminiert sind,nicht verzögert oder behindert werden.

Nachtrag:Anbei Pressmitteilung zum Haus Lausitzer Platz 10
In der Sorauer Straße 28stehen mehrere Hinterhäser leer.Gute Substanz
Hausbesitzer Weber.Ein Bauwagen wurde zum Schein vor das Haus gestellt.

# Infoladen Subito in Freiburg durchsucht

Unter dem Schutz von uniformierten Polizisten durchsuchten am Montag, den 23.Juli, Zivilbeamte von Bundes- und Landeskriminalamt, unterstützt von hiesigen Beamten des Staatsschutzes den Infoladen "Subito" in Freiburg. Gleichzeitig wurde die Wohnung einer Privatperson durchsucht, auf deren Name das Infoladentelefon angemeldet ist.
Nach dem Gesinnungsparagraphen 129a (siehe Anlage) ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft gegen die in Freiburg erscheinende linke Zeitung "Ausbruch" - gegen "Verfasser, Hersteller und Verteiler", wie es im Beschluß des Oberlandesgerichts Stuttgart heißt.

Als Gründe für die Durchsuchung werden folgende, in der Zeitung "Ausbruch" erschienene Artikel genannt:
- "In Gefahr und größter Not, bringt der Mittelweg den Tod" aus der "Ausbruch" Nr. 6. (ein Diskussionspapier).
- Die Dokumentation von Bekennerschreiben zu Anschlägen der "Revolutionären Viren" und zweier "kämpfenden Einheiten" aus der Ausbruch Nr. 7.

Beschlagnahmt wurden unter anderem Exemplare dieser Zeitung und Teile der Buchführung des Infoladens. Ohne ersichtlichen Grund wurden die Personalien aller im Laden befindlichen Personen und BesucherInnen aufgenommen.
Wir sehen dies als den üblichen Versuch des Staates an, linksradikale Kommunikationsstrukturen anzugreifen, um darüber eine Diskussion mit interessierten Menschen im Ansatz zu verhindern. Somit richtet sich diese Kriminalisierung nicht nur gegen die Zeitung "Ausbruch" und den Infoladen "Subito", sondern ist auch die Antwort des Staates auf jegliche außerparlamentarische Opposition.

Die "Ausbruch" ist eine Zeitung, in der Artikel zum Internationalismus, zum Frauenwiderstand, zu regionalen Diskussionen und Aktivitäten und vieles mehr veröffentlicht werden. Sie soll Forum sein für die Auseinandersetzung mit den sog. sozialen und politischen Gefangenen, und für Diskussionen von unterschiedlichen Widerstandsformen. Es war dabei immer wichtig, allen interesierten Menschen das Lesen der Zeitung zu ermöglichen.
Im Infoladen werden weiterhin Zeitungen aus der Region, aus anderen Städten, Dokumentationen radikaler Opposition und Widerstand ausliegen, um dem vereinzelt Ausgeliefertsein, z.B. gegenüber Faschisten oder staatlicher Repression, entgegenzuwirken.

- Einstellung der Ermittlungsverfahren!
- Abschaffung des §129a und aller sonstigen Gesinnungsparagraphen!
- Keine Kriminalisierung von Infoladen und 'Ausbruch'!

Nutzerinnen und Nutzer des Infoladens
Freiburg, 26.Juli 1990

Infoladen "Subito"
Klarastr. 73
7800 Freiburg i. Br.
Tel. 0761/278322
Mo/Di/Do 17-20 Uhr

"Ausbruch"
c/o BWK - Büro
Wilhelmstr. 15
7800 Freiburg i. Br.

# Keine erneute Inhaftierung von Andreas Semisch



Wenn es nach dem Willen von Staatsschutzjustiz und Polizei geht, soll Andreas Semisch, autonomer Gefangener aus der Startbahnbewegung, so schnell wie möglich wieder in den Knast. Andreas Semisch, erst seit Ende Februar wieder in Freiheit, bekam jetzt den Beschluß des Amtsgerichtes Wiesbaden, in dem seine Bewährung ( 1 Jahr auf 3 Jahre ) widerrufen wird:durch das Urteil des OLG Ffm im Startbahnverfahren dieses Jahres ( 2 Jahre ohne Bewährung wegen Waffenbesitz/Hehlerei), sei die Bewährungsauflage innerhalb der 3-jährigen Frist verletzt worden. Somit sei dem Antrag der Staatsanwaltschaft Bonn stattgegeben.

Der Hintergrund für die Bewährungsstrafe ist folgender: im Mai 1985 fand in Bonn eine Großdemonstration gegen den dort tagenden Weltwirtschaftsgipfel des sieben führenden Industrieländer statt. Die Demonstration, getragen von einem breiten Bündnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Initiativen, war von Anfang an massiven Polizeiprovokationen ausgesetzt, die dann *auf dem Bonner Münsterplatz* eskalierten. Gegen die Knüppeleinsätze, insbesondere des SEK, begannen sich die DemonstrantInnen durch Steine- und Flaschenwürfe zu wehren.

In dieser Situation wurde Andreas Semisch festgenommen.

Die Anklage lautete auf schweren Landfriedensbruch und Körperverletzung; das Urteil beinhaltete die schon oben genannte Bewährungssstrafe. Neu an dieser Situation jetzt ist, daß der Bewährungswiderruf innerhalb der Revisionsfrist des Startbahnverfahrens durchgezogen werden soll. Damit soll ein Widerruf durchgesetzt werden, obwohl das andere Urteil noch nicht rechtskräftig ist. Folgerichtig hat der Anwalt von Andreas Semisch darauf, wie auch auf die Unschuldsvermutung, in seiner sofortigen Beschwerde (was im übrigen als letztes Rechtsmittel gilt) hingewiesen. In einem ähnlichen Fall hatte die Beschwerde eines Betroffenen vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte dahingehend Erfolg, daß zwischenzeitlich die Justizverwaltungen der Brd darauf hingewiesen wurde, daß bei der künftigen Anwendung des 56f, Abs.1, Nr.1 StGB (Bewährungswiderruf) die Unschuldsvermutung gemäß Art.6, Abs.2 der Konvention zu beachten ist. Dieser Hinweis ist deutlich. Trotzdem muß dazu gesagt werden, daß auch der Europäische Gerichtshof keine Weisungsbefugnis auf die BRD-Justiz hat.

Die Eile, mit der Andreas Semisch wieder in den Knast geschickt werden soll, drängt den Verdacht auf, daß hinter diesem Bewährungswiderruf das Kalkül der Bundesanwaltschaft (BAW) steckt.

Das Startbahnverfahren ist noch nicht abgeschlossen, der 129a ist nicht mit der Freilassung/Aburteilung von Andreas, Ina und Reiner plötzlich weggefallen.

Abgesehen davon, daß die BAW in Revision gegangen ist, hat auch der Strafsenat in seiner Begründung des Urteils festgestellt, daß es die angebliche "terroristische Vereinigung" 1987 gegeben hat, da ja schließlich die Aktionen gelaufen seien und dies auch noch mit der Bezeichnung "Revolutionäre Zellen" (RZ). Durch das 129-Urteil (Kriminelle Vereinigung) gegen Ina und Reiner wurde die Folgekonstruktion des 129a der BAW juristisch zementiert. Im Falle des Andreas Semisch ging der Staatsschutzsenat nicht etwa von dessen Unschuld aus, sondern davon, daß mit den vorhandenen Beweismitteln der Nachweis einer mitgliedschaftlichen Betätigung im Sinne des 129a nicht zu erbringen sei. Zwar ist die Revisionsbegründung der BAW noch nicht bekannt, die Tendenz jedoch wurde in ihrem Abschlußplädoyer ersichtlich: wenn schon nicht bewiesen werden kann, daß die Angeklagten im Organisationsverband der RZ waren, so soll doch wenigstens die Mitgliedschaft in einer "Resonanzgruppe der RZ" - und wenn das nicht geht - hilfsweise die "Unterstützung der RZ" verurteilt werden.

Die erneut drohende Inhaftierung von Andreas Semisch ist perfide und einfach zugleich. Von ihrer Staatsschutzlogik ausgehend dürfen Leute wie er nicht länger in Freiheit sein. Sein Verhalten im Prozeß so wie seine Teilnahme am Hungerstreik 89, seine Briefe und veröffentlichten Artikel sind dem Staatsschutz schon lange ein Dorn im Auge.Nicht umsonst hatten sie mit ihrer unsäglichen Konstruktion der sogenannten "Rädelsführerschaft", mit Begriffen wie "politischer Kopf", "geistiger Drahtzieher", "der Mann im Hintergrund" vor, seine konsequente Haltung abzuurteilen. Eine Tendenz, die jetzt, nach dem neuen BGH-Beschluß zum Urteil gegen Ingrid Strobl, in welchem die "geistige Nähe" zum Gedankengut einer angeblichen terroristischen Vereinigung als Straftatsbestand aufgenommen werden soll, eine neue Dimension bekommen könnte und auch wird.

Die allgemeine Erleichterung darüber, daß mit der Haftentlassung von Ingrid Strobl und Thomas Kilpper die Justiz anscheinend die exzessive Anwendung des 129a zurücknimmt, können wir nicht teilen. Ein Blick auf das z.Zt. stattfindende Verfahren gegen Luitgard Hornstein in Stammheim belehrt uns eines Besseren: Luiti, die seit vier Jahren wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF (tatsächlich handelt es sich um die BAW-Konstruktion einer zweiten Ebene der RAF) sitzt, soll nun auf weitere Jahre weggeschlossen werden, da sie angeblich an einem militanten Angriff auf die Rüstungsfirma Dornier beteiligt war. Tatnachweise gibt es keine. (Die Ermittlungen wegen Dornier gegen Unbekannt waren bereits im April 1987 eingestellt worden.) Was jetzt dazu gemacht wird, wie z.B. die Schriftgutachten



Bewußtsein in Praxis. Das kann eine Veranstaltung sein, ein Artikel, das Konzipieren und Drucken einer Zeitung, oder ganz konkrete militante Aktionen. Verurteilt werden soll die Wechselbeziehung zwischen politischer Haltung und konkretem Handeln - egal auf welcher Ebene. Unserer Einschätzung nach wird die BAW im Revisionsverfahren gegen Andreas wiederholt versuchen, die sogenannte "geistige Nähe" zu dem Gedankengut einer "terroristischen Vereinigung" - in diesem Fall zur RZ - als Beweis schlechthin zu interpretieren. Der Grundstein dafür ist durch den schon genannten BGH-Beschluß gelegt worden. Wie wir aus dem Startbahnverfahren wissen, wurde von der BAW längst eingeräumt, daß Andreas nicht unbedingt an Aktionen beteiligt gewesen sein muß. Stattdessen wurde er als Verfasser der RZ-Erklärungen aufgebaut. Als "Beweis" hierfür sollten seitenweise Vergleiche seiner Briefe und anderer schriftlicher Äußerungen - wie z.B. auch die Prozeßerklärung - mit den Erklärungen zu diesen Aktionen dienen.

- Durch die glatte, formaljuristische Begründung eines Bewährungswiderrufes in anderer Sache soll die politische Dimension und der Zusammenhang mit dem Startbahn-/129a-Verfahren weggenommen werden. Aber ihre Eile hat sie verraten. Es muß berücksichtigt werden, daß solch eine permanente Bedrohung mit Knast die politische wie menschliche Identität zerstören soll. Genau wie das Isolations- und Vernichtungsprogramm in den Knästen ist diese Verfahrensweise, mit der jemand laufend reingeholt, wieder rausgelassen, wieder reingeholt wird, Kalkül.

Keine Orientierung, kein Aufbau von Freundschaften und Beziehungen, keine Kontinuität in den Auseinandersetzungen soll mehr möglich sein, alles das, was notwendig ist, um politisch-menschliches Handeln zu bestimmen. Man soll Objekt werden, immer verfügbar und ohne eigene Identität. Darauf zielt es ab, es ist nur eine Variante ihrer Vernichtungsstrategie gegen den Widerstand und jegliches opponente Verhalten. Es ist klar, daß wir uns nur gemeinsam gegen ihre Angriffe wehren können.

Der erste Schritt ist, diese Machenschaften öffentlich zu machen, zu informieren.

Ockelmanns, wurde bereits in anderen Verfahren diskreditiert. Auch in Stammheim erwies sich durch die Aussagen der BKA-Schriftgutachterin Wagner die Unbrauchbarkeit solcher Gutachter. Um so mehr müssen nun die Gesinnung - "geistige Nähe", "Kontakte", "Lebenstatsachen" - zur Verurteilung herhalten. Was bei Luiti durchgezogen werden soll, die Verurteilung ohne konkrete Beweise, konnte bei Ingrid Strobl vorerst gestoppt werden. Doch ist dies kein Zeichen für eine veränderte Praxis, sondern eine politische Entscheidung der Staatsschutzjustiz angesichts der breiten Mobilisierung zum Prozeß Ingrid Strobls. Die zunehmende Kritik immer breiterer Kreise am 129a im Zusammenhang mit Ingrids Verfahren galt es zu stoppen. Ingrid ist vorerst frei, für einige linksliberale JournalistInnen der Exzess gebremst; in Stammheim aber kann nun mit weniger prominenten Angeklagten die gehabte Willkür fortgesetzt werden. Gleichzeitig schuf der BGH mit seinem Beschluß zum Urteil gegen Ingrid Strobl ein Instrumentarium, um Menschen, die sich, in welcher Form auch immer, gegen imperialistische Interessen organisieren, noch unkomplizierter aburteilen zu können. So heißt es in dem Beschluß:

"Ein tragfähiges Indiz wäre es beipielsweise gewesen, wenn Beziehungen der Angeklagten zu Mitgliedern der terroristischen Vereinigung oder wenigstens eine geistige Nähe der Angeklagten zu deren terroristischen Gedanken hätte festgestellt werden können."

Ingrids Anwältin Edith Lunnebach interpretiert dies so: "Der BGH sagt also: in diesem Fall hat es so nicht ausgereicht. Wenn ihr verurteilen wollt, dann müßt ihr zu dem Bereich "geistige Nähe" ein bißchen mehr ins Urteil schreiben."

Mit diesem Beschluß von höchster Instanz besteht nun erstmals die Möglichkeit, den 129a tatsächlich zur Aburteilung einer Gesinnung anzuwenden. Wir glauben trotzdem, daß dies im wesentlichen nur eine juristische Lücke ausfüllt, d.h., jener Beschluß beinhaltet mitnichten eine völlig neue Qualität der politischen Justiz. Aus der Vergangenheit diverser 129a-Urteile wissen wir, daß es nie ausschließlich um Aburteilung von politischer Gesinnung ging, sondern immer auch um die Zerschlagung revolutionärer Organisationsansätze - ob präventiv oder direkt. Es geht also um die Umsetzung von

**Aus diesem Grund findet ein Treffen statt:**

## am 29.7.90 um 18.00 Uhr

**im Zentrum, Hinter der schönen Aussicht 11a Frankfurt.**

**Am 18.8.90 findet in Frankfurt eine Veranstaltung zum 129a und Staatsschutzjustiz statt.**

## Uni-Frankfurt H VI um 17.00 Uhr

Eingeladen sind: Andreas Semisch, Ingrid Strobl, Thomas Kilpper (Alles Ex-Gefangene), RechtsanwältInnen aus dem Prozeß zur Börse und aus dem Prozeß in Stammheim, sowie ein Rechtsanwalt aus der DDR oder eine Vertreterin eines DDR-Bürgerforums.

## FREILASSUNG von Norbert Hofmeier, Bärbel Perau und Thomas Thoene aus Duisburg

Im Herbst des Jahres wird vor dem OLG Düsseldorf der Revisionsprozeß gegen Norbert Hofmeier, Bärbel Perau und Thomas Thoene aus Duisburg stattfinden. Laut Beschluß des Bundesgerichtshofes wurde der von den Anwälten beantragten Revision gegen die Verurteilung mit folgender Begründung stattgegeben: »(...) zu beanstanden ist das Urteil insoweit, als das OLG die »propagandistische Erklärung« in der Hauptverhandlung im Jahre 1988 (...) als »mitgliedchaftliche Beteiligung im Sinne des § 129 a StGB (neue Fassung vom 01.01.1987)« zu bewerten hat.«
In dem nun aufgehobenen Urteil hatte das OLG Düsseldorf seinerzeit die Verteidigung der Angeklagten, ihre politische Erklärung während des Prozesses als »Beweis« für eine angeblich nach ihrer Festnahme weiterbestehenden Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« gewertet. Nicht die Kriminalisierung von Verteidigung wurde vom BGH zurückgewiesen, sondern es erging eine Aufforderung an das OLG, genauer zu begründen, warum diese Verteidigung den Straftatbestand der § 129 a erfülle. Im August 1986 wurden Norbert Hofmeier, Bärbel Perau und Thomas Thoene in ihren Wohnungen in Duisburg verhaftet. Seitdem sitzen sie unter verschärften Haftbedingungen in Untersuchungshaft. Thomas Richter in Zusammenhang mit dem Verfahren gegen die drei am 11.03.1987 verhaftet, ist nach zweijähriger Inhaftierung inzwischen wieder frei

### Vorgeschichte

1986 war das Jahr der Super-GAU-Katastrophe im Atomreaktor von Tschernobyl. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Atompolitik war zutiefst erschüttert. Die Anti-AKW-Bewegung wuchs sprunghaft zu einer Massenbewegung.
Autonome Politik und militante Widerstandsformen wurden von großen Teilen der Bevölkerung toleriert, begrüßt oder mitgetragen.
In dieser Situation allgemeinen Aufbegehrens gegen den Atomstaat nahmen brutale polizeiliche Einsätze wie in Wackersdorf, Kleve, Hamburg(er Kessel) und verschärfte Kriminalisierung wie Massenverhaftungen, Präventivhaft, Hausdurchsuchungen zu. Die Bewegung sollte zerschlagen und eingeschüchtert werden.
Parallell dazu wurde ein Gesetzespaket ausgearbeitet, das u.a. die Ausweitung des § 129 a StGB beinhaltete.
»Am 13. August 1986 werden in Quisbug von mehreren Einsatzhundertschaften in Kampfanzügen vier Wohnungen und ein besetzes Haus durchsucht. Begründung: Ermittlung wegen eines Brandanschalgs auf eine RWE-Beratungsstelle vom 09.07.1986 (...) Zwei Leute (Norbert Hofmeier und Bärbel Perau) werden verhaftet, bei einer neuerlichen Durchsuchung durch BKA-Beamte noch ein dritter, Thomas Thoene)
Dabei wird auch die Fotokopie eines Bekennerschreibens zu einem Anschlag auf eine BGS-Einrichtung in Bonn beschlagnahmt. Die drei Verhafteten kommen in Untersuchungshaft, aus dem Vorwurf des Brandanschlages auf die RWE ist inzwischen u.a. der Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung sowie der Vorbereitung und Durchführung von Sprengstoffverbrechen geworden.« (aus: Staatsgewalt, hrsg. 1988)
Mit juristischen Mitteln des § 129 a StGB wurden also vier Menschen, die in Duisburg lebten und arbeiteten, zu einer »terroristischen« Vereinigung bzw. als Mitglieder der RAF hochstilisiert und ohne Haftgründe wie Flucht oder Verdunkelungsgefahr in Isolationshaft gehalten.
Ziel der Isolationshaft ist das Brechen der Identität und bedeutet so die Vernichtung der Gefangenen. Norbert, Bärbel und Thomas haben sich deshalb am letzten Hungerstreik für Zusammenlegung beteiligt.
Gefangenenkollektive sind im Knast die einzige Möglichkeit, sich an gesellschaftlichen Diskussionen zu beteiligen und der Repression etwas entgegenzusetzen
Von Bedeutung ist auch die Tatsache, daß alle Menschen, die den nach § 129 a Verhafteten schreiben oder sie besuchen, ebenfalls die Aufmerksamkeit der Staatsschutzorgane auf sich ziehen. Sie laufen Gefahr, selbst mit § 129 a-Konstrukten kriminalisiert zu werden

### Erste Einschätzungen

Die Verhaftung von Norbert, Bärbel und Thomas wurden in erster Linie als Einschüchertung eines Widerstands begriffen, der sich bis 1986 in Duisburg entwickelt hatte.
Diese Einschätzung bestätigte sich insoweit, als die Bundesanwaltschaft in den folgenden Monaten gegen eine »terroristische Vereinigung, bestehend aus den drei Verhafteten und weiteren Personen« ermittelte, Hausdurchsuchungen durchführte und u.a. am 11.03.1987 Thomas Richter verhaftete.
Darüber hinaus sollten Ansätze antiimperialistischer Politik kriminalisiert werden. Eine zentrale Bedeutung in den Diskussionen hatte die Tatsache, daß Bärbel Perau und Thomas Thoene sich vor ihrer Verhaftung mit den Haftbedingungen politischer Gefangener auseinandergesetzt und der RAF-Gefangenen Sieglinde Hofmann geschrieben und sie besucht hatten
In der Solidaritätsbewegung in Duisburg setzte sich die Einschätzung durch, daß mit den Verhaftungen im Besonderen die Auseinandersetzung mit politischen Gefangenen verhindert werden sollte und daß es daher wichtig sei, in der Mobilisierung zum Prozeß die Forderung nach Zusammenlegung der Politischen Gefangenen bezogen auf die Verhafteten aufzugreifen. Inzwischen hat sich zwar auch diese zweite Einschätzung als richtig erwiesen (siehe Prozeß), doch wurden mit dem Vernachlässigen der Forderung nach sofortiger Freilassung von Norbert, Bärbel, Thomas T. und Thomas R. zahlreiche Möglichkeiten verspielt, die Haltlosigkeit der Anklagevorwürfe öffentlich zu machen.

### Der Prozeß

Die Anklageschrift, die den Gefangenen erst nach zehnmonatiger Untersuchungshaft zugestellt wurde, umfaßt folgende Anschuldigungen:
1. die vier Angeklagten sollen Mitglieder der RAF sein.
2. Als der RAF zugehörige (!), eigenständige Kämpfende Einheit sollen sie einen Anschlag auf eine BGS Kaserne in Swistal-Heimerzheim verübt haben.
3. Thomas Richter und Thomas Thoene sollen die Lebensumstände des Leiters des Frauenhofer Instituts für Lasertechnik in Aachen »ausgespäht« haben.
Daß es während des gesamten Prozesses zu keiner Zeit darum ging, den Angeklagten die ihnen vorgeworfenen »Taten« nachzuweidsen, zeigte sich in der Vorgehensweise des 5. Strafsenats vor dem OLG Düsseldorf deutlich. Die Unglaubwürdigkeit oder Widersprüchlichkeiten von »Belastungszeugen« wurden ignoriert oder vom Vorsitzenden des Gerichts passend zurechtinterpretiert. Dafür wurden alle Fakten zur Entlastung der Angeschuldigten umbewertet.
Was durch das Vorlesen zahlreicher Zitate aus bei den Hausdurchsuchungen beschlagnahmten Materialien während der Hauptverhandlung herausgestellt und später auch verurteilt werden sollte, war die »politische Gesinnung« der vier Angeklagten.
Bezugnehmend auf die – nach Meinung des Gerichts – fehlende Distanzierung von militanter Politik in den Prozeßerklärungen der Angeschuldigten wurde mit der Verurteilung folgender »Straftatbestand« konstruiert: Obwohl Norbert, Bärbel und Thomas T. durch den Zeitpunkt ihrer Festnahme unter die alte Fassung des § 129 a StGB (Höchststrafe bis zu 5 Jahren) gefallen wären, konstruiert sich das OLG die Möglichkeit, die Neufassung des § 129 a (Höchststrafe bis zu 10 Jahren) anzuwenden. Die »ungebrochene Haltung und das fortgesetzte Bekenntnis zu ihrer Politik« wurden als »Beweis« der fortgesetzten Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« in der Haft gewertet. Norbert wurde zu zehn Jahren Bärbel und Thomas wurden zu je neun Jahren Haft verurteilt.
Diese unerwartet hohen Strafen wurden in der Revisionsentscheidung des BGH nicht infrage gestellt. Wir fordern daher die Wiederaufnahme des Verfahrens und die sofortige Freilassung von Norbert, Bärbel und Thomas und allen nach § 129 a Verhafteten.

**Aufhebung aller Haftbefehle**

**Streichung des Gesinnungsparagraphen § 129 a**

**Keine Kriminalisierung von Widerstand!**

## Zum Verfahren gegen Luitgard Hornstein

**Veranstaltung:**

STAMMHEIM – UNS REICHT'S!
**am Freitag, 31. August ab 17 Uhr im DGE -Haus**

Ingrid Strobl und andere Betroffene haben ihr Kommen zugesagt. Klaus der Geiger ist angefragt. Schreibt uns, wenn ihr Info–Tische machen oder einen anderen Beitrag leisten wollt. Schreibt uns, wenn ihr die Veranstaltung unterstützen wollt. Ihr kommt dann mit auf's Veranstaltungsplakat:
Bunte Hilfe, c/o Infoladen, Mörikestr. 69, 7000 Stgt. 1.




FREILASSUNG VON
CHRISTIAN KLUTH, ANDREA SIEVERING UND RICO PRAUSS!

## FREILASSUNG VON LUITGARD HORNSTEIN!




**Die Prozesstermine:** Di, 14.8.; Do, 16.8.; Di, 21.8.; Do, 23.8.; Di 28.8.; Do, 30.8.; danach weiterhin immer dienstags und donnerstags; jeweils ab 9 Uhr.
Bei zwei wöchentlichen Terminen sind die Prozesstage kaum zu verarbeiten. Das können alle bestätigen, die die Verhandlung regelmäßig besuchen. Für Luiti, die bereits seit vier Jahren isoliert sitzt, gilt dies verstärkt . Sie hat deshalb verlangt, daß weiterhin nur einmal wöchentlich verhandelt wird. Berroth nahm dies als "Anregung" entgegen.

**Prozessgruppe Düsseldorf:** c/o Infoladen, Kiefernstr. 15, 4000 Düsseldorf. In unserem Prozessinfo 8 sind die Aussagen von Chris und Rico wiedergegeben. Außerdem haben wir weiteres Hintergrundmaterial. Zu Veranstaltungen kommen wir weiterhin gern in eure Städte. Organisiert welche!

**Prozessgruppe Stuttgart:** c/o Infoladen, Mörikestr. 69, 7000 Stuttgart 1. Bei uns könnt ihr unsre Flugblätter bestellen. Am Abend eines jeden Verhandlungstages treffen wir uns gegen 19 Uhr öffentlich im Ritterstüble, Ritterstraße, Stuttgart–Heslach.

**Konten:** Bunte Hilfe Stuttgart, Postgiroamt Stuttgart, BLZ 600 100 70, Kto.–Nr.: 372 42–702.
Rechtshilfe Düsseldorf, Wüstenrot Bank AG, BLZ 604 200 00, Kto.–Nr.: 960 007 4706.

---

# aufruf zu einer zentralen VERANSTALTUNG gegen § 129a und STAATSSCHUTZJUSTIZ !

In § 129a Verfahren sind in den vergangenen Jahren insgesamt über 100 Jahre Knast von deutschen Staatsschutzsenaten verhängt worden!

Am 18.August '90 findet in Frankfurt/M. eine Veranstaltung zu § 129a und Staatsschutzjustiz statt.
Eingeladen sind:

Drei ehemalige Gefangene wegen § 129a:
Andreas Semisch aus der Startbahnbewegung
Thomas Kilpper aus der Düsseldorfer Kiefernstraße
Ingrid Strobl aus dem Frauenwiderstand

RechtsanwältInnen aus dem "Börsen-Prozeß", der seit dem 16. Februar vor dem Oberlandesgericht Frankfurt gegen **Gabi Hanka, Sven Schmid, Sigrid Happe** und **Stephan Feifel** läuft

und aus dem Prozeß gegen **Luitgard Hornstein**, der seit dem 8.Mai vor dem Oberlandesgericht Stuttgart in Stammheim stattfindet

Ein **Rechtsanwalt** aus der DDR oder ein/e **Vertreter/in** eines DDR-Bürgerforums

ABLAUF:

Am Donnerstag, den 16.8.90 ist ab 21.00h Volksküche In der Au 14_16 ( besetztes Haus). Dort werden Pennplätze vermittelt.
Am Freitag, den 17.8.90 rufen wir zu einem G E M E I N S A M E N P R O Z E S S B E S U C H auf. Er beginnt um 9.30h. Beim Frankfurter Oberlandesgericht werden keine Ausweise verlangt, allerdings werden alle BesucherInnen durchsucht.
Das Prozeßcafe wird den ganzen Tag über auf sein, auch dort besteht die Möglichkeit, Schlafplätze zu erfragen.
Bis jetzt stellen wir uns vor:
Freitag Abend Volksküche mit einer Lesung und Diskussion an einem Text von Ingrid Strobl.

Gleichzeitig wollen wir an diesem Abend mit allen, die zu Prozessen arbeiten, ein Treffen machen. Uns ist die gemeinsame Diskussion an den jeweiligen Erfahrungen wichtig.
Eventuell wird auch Freitag Abend ein Antifa-Cafe stattfinden, mit einer Ausstellung über kriminalisierte Plakate, sowie Informationen zum bevorstehenden Prozeß gegen Burkhard und Renate ( aus der hamburger Antifa, angeklagt wegen Überfall auf einen bekannten hamburger Faschisten).
Am Samstag, den 18.8.90 gibt es ein gemeinsames Frühstück.
Ab Mittag wird eine Gruppe von HolländerInnen über die Ergeinisse in Groningen erzählen. ( Dort wurde über die Räumung eines besetzten Hauses die holländische Entsprechung des § 129a gegen mehr als 100 Leute angewandt, und sie wurden bis zu sechs Wochen im Knast festgehalten. Zwei von ihnen sitzen immer noch!)

AM SAMSTAG, 18.8.90 BEGINNT DIE VERANSTALTUNG UM 17.00 UHR!

# Volxsport in Freiburg

IHR SAGT STEINE SIND KEINE ARGUMENTE
DOCH IHR SCHLAGT MIT KNÜPPELN,
VERGIFTET MIT ATOM UND CHEMIE,
MORDET DURCH HUNGER UND
FOLTERT DURCH ISOLATIONSHAFT!
IHR HABT RECHT! STEINE SIND KEINE ARGUMENTE
STEINE SIND NUR DER ZAGHAFTE VERSUCH,
UNS ZU ÄUSSERN
IN DER EINZIGEN SPRACHE DIE IHR VERSTEHT!

WIR HABEN VERSUCHT UNS HEUTE ETWAS LAUTER GEHÖR ZU VERSCHAFFEN!
Deshalb haben wir bei Seat-in Achern ein bißchen gezündelt. Falls es den VAG-händler nebenan gleich miterwischt hat, ist uns das nur recht. Seat ist größter autohersteller spaniens, aber zu 100% in der hand von vw. Das ist ein beispiel, wie sich das deutsche kapital in ganz europa breit macht.
DAMIT BRINGEN WIR AUCH UNSERE WUT UND UNSERE TRAUER ZUM AUSDRUCK, ÜBER DIE ERMORDUNG UNDERER BEIDEN BASKISCHEN GENOSSINNEN SUSANNA ARREGI UND JUAN MARI LIZZARALDE UND DIE SCHWEREN VERLETZUNGEN VON GERMAN RUBENNACH!
Alle drei sollen nach einer schießerei mit der guardia civil Selbstmord, bzw. selbstmordversuch begangen haben. Alle sollen mitglieder der eta sein. Susanna hatte allerdings nicht wie behauptet ein, sondern zwei geschosse im Kopf, juan wurde wahrscheinlich ertränkt. Wieder einmal versuchen sie mit einen selbstmordkonstrukt, wie damals die morde in stammheim und schon oft davor, ihre hinrichtungen zu verschleiern. Selbstmord nannten sie es schon oft. Was sie vorhaben ist die vernichtung jeder radikalen kritik, dieses versuchen sie mit allen mitteln durchzuziehen. Ein teil davon ist die flächendeckende einführung der isolationshaft in ganz europa gegen die gefangenen kämpferinnen und kämpfer. Wie die gezielten todesschüsse an denen, derer sie habhaft werden können, wie schon oft an den kämpferinnen der ira.
In spanien zeigt sich das jetzt neu in der harten haltung gegen den hungerstreik der spanischen genossinnen, die sich gegen die isolation und ür ihre wiederzusammenlegung seit nunmehr mehr als 220 tagen im hungerstreik befinden. Nach 177 tagen starb jose manuel sevillano martin, Alle gefangenen befinden sich in sehr schlechtem zustand und werden zeitweise zwangsernährt.
Die zweite ebene ist die gezielte hinrichtung der militanten im baskenland jetzt. Gerade der baskische, nordirische und kurdische befreiungskampf werden versucht möglichst schnell zu vernichten, da sie dem EG 92-modell, wie sie es sich erträumen, ein dorn im auge sind. Als beispiel lassen sich da auch die prozesse gegen die kurdische arbeiterpartei pkk nennen, wie auch den anstehenden prozeß gegen die beiden iren, denen mitgliedschaft in der ira vorgeworfen wird, sowie mehrere sprengstoffanschläge in der brd.
Gleichzeitig gehen sie massiv gegen die bevölkerung der EG vor. Masiver arbeitsplatzabbau, zerstörung ganzer städte und stadtteile, vertreibung der dort angestammten bevölkerung, abschottung der grenzen gegen flüchtlinge und vieles mehr. Alles zielt auf einen großen selbstmord hin; selbstmord der militanten, selbstmord der arbeiterinnen und arbeiter, selbstmord der arbeitslosen, selbstmord der politischen und kulturellen identität ganzer völker. Dazu benutzen sie alles. Weltausstellung, olympiade, feiern zur 500jährigen entdeckung amerikas. In diesem rahmen versuchen sie den menschen die augenzu vernebeln, das was sie tatsächlich vorhaben zu verschleiern.
Es wird notwendig sein, ihnen da eine breite massive gegenwehr entgegenzuhalten! Auf allen ebenen, mit allen mitteln. Dazu ist viel notwendig. Aber die ersten schritte werden schon getan.
Liebe und kraft den hungerstreikenden gefangenen von grapo und pce/r in spanien.
Liebe und kraft auch den gefangenen hier, für die kämpfe um zusammenlegung und freilassung der haftunfähigen, bernd rössner, claudia wannersdorfer, ali jannsen und günter sonnenberg. Und natürlich an alle kämpfenden genossinnen drinnen und draußen in ihren kämpfen um selbstbestimmung und freiheit-

EIN PAAR KRITISCHE ANMERKUNGEN ZUR AKTUELLEN MOBILISIERUNG ZUM HUNGERSTREIK DER GEFANGENEN AUS GRAPO UND PCE/r IN SPANIEN!

Sechs monate hungerstreik in spanien – kein verhalten bis dahin.Nach einigen flammenden grüßen auf die seat-vertretung in freiburg machen sich leute gedanken,wie sie in die öffentlichkeit gehen können,wie sie etwas dazu beitragen können.Es entsteht ein plenum,dann gibt es ein mobilisierungsflugblatt und am 19.7.90 eine demonstration.
Erstmal ist es ja nicht schlecht,wenn sich durch eine aktion menschen angesprochen fühlen,sich zu verhalten.Die art wie das dann geschieht gibt uns allerdings zu denken,macht zum teil einfach wütend.
Wir werden versuchen,das an dem flugi lang zu erklären,weil es sich da sehr deutlich ausdrückt.
Erstmal wird in dem flugblatt versucht,eine inhaltlich politische argumentation zusammenzuschustern für die demo;kein wort dazu,warum sechs monate lang nichts passiert ist.Versuchtes objektives beschreiben der situation der gefangenen,allgemeines zum mittel hungerstreik, zustandsbeschreibungen der gefangenen,haftbedingungen,verbindungen zur brd,schweinereien der technokraten.
tausendmal geschrieben,tausendmal gelesen.
Es gibt kein wort über den letzten hungerstreik hier in der brd, es wird nichts reflektiert,was im letzten hungerstreik hier gelaufen ist, keine aufarbeitung davon,kein ansatz dazu,wie es möglich wäre langfristig an die forderungen ranzukommen.
Sondern es gibt ein mobilisierungsflugblatt zu spanien,das sich geschichts- und bezugslos einreiht,in schon viele kurzfristig hochgezogenen mobilisierungen.Wie weit weg ist das von den leuten,die das geschrieben haben?Oder wie nah ist es ihnen?Aber von nähe zu den gefangenen genossinnen in spanien drückt sich für uns da nichts aus.
Kein wort zu den erschossenen genossinnen im baskenland und von dem schwerverletzten.Kein wort der trauer und der wut.
Kalte fakten und formulierungen.
Was drückt sich darin aus?Kann frau/man sich erst zu den kämpfen verhalten,wenn sie sich innerhalb von knastmauern abspielen?Das ganze flugblatt ist aufgehängt an der repression.Wo kommen die inhalte und das wofür die genossinnen stehen vor?Wo kommen die eigenen inhalte und vorstellungen vor?Immer nur das abarbeiten an den schweinen.
Nichts von einer möglichen perspektive hier,wie mensch sich den widerstand hier vorstellen kann,wo der widerstand langgehen müßte,etc.
Daß dieses flugi total ungenau ist,und in der kürze der zeit wahrscheinlich nur mit erheblichem aufwand für die einzelnen richtig diskutiert hätte werden können,ist klar,aber keine entschuldigung.Das ist eins von den sachen,die wir geglaubt haben,schon mal imletzten hungerstreik hier gehört zu haben.Dann kommen auch so sachen vor in dem flugblatt, daß von einem angriff auf seat in freiburg geschrieben wird.In der Erklärung zu der seat-aktion kommt der begriff aber nicht vor; oder wie das bild in der zeitung "ausbruch" mit "zusammen kämpfen" drauf was im original nicht der fall ist! Ist das zufall oder liegt das vielleicht daran,daß bewußt auf diese "plattheiten",die nämlich erstmal von einer linken gefüllt werden müßten,verzichtet wurde.Das umdichten in eine sprache von angriff,front,krieg,kampf,strategie,usw. ist ausdruck von einer militärisch-patriarchalen sprache und denkweise.die sagt nicht nur nicht viel aus,nein sie verschleiert zusätzlich noch in welcher situation die linke sich hier im moment befindet.
Weiter nochmal zu dem forderungsstakkato unter dem flugi.Da taucht ein satz aus der seat-erklärung "Isabell jakob und angelika goder bleiben draußen" plötzlich als forderung unter dem flugi auf.Nur weil es in der erklärung am ende steht ist es doch noch nicht als forderung zu begreifen.Außerdem dachten wir,daß forderungen,bevor sie aufgestellt werden breit diskutiert werden,ob sie von vielen getragen werden können,vor allem auch,wie wir sie durchsetzen können.Das scheint aber sowieso nicht mehr der fall zu sein.Denn im moment tauchen überall sachen auf mit freilassung von dem,wiederaufnahmeverfahren für die und so weiter.Alles losgelöst von einander.Unserer meinung nach können wir so gar nichts durchsetzen.Ein wichtiger punkt im forderungskatalog,der sich selbst schon lügen straft ist,daß für die genossinnen aus der raf,die in der ddr festgenommen wurden,keine ausweisung gefordert wird.Da zeigt sich dieses nicht-diskutieren und ungenau arbeiten am deutlichsten.Denn da wurde was gefordert,was einige von den leuten für sich selbst nicht fordern und wie erklärt,sich freiwillig überstellen lassen.
soweit so schlecht!
Was wir damit sagen wollen ist,daß es wieder mal eine verpaßte chance war,offen und ehrlich was zu sagen,warum nach 6 monaten was passiert in einer stadt,warum die ganze zeit vorher eben nix war,wo die schwierigkeiten liegen etc. Wir denken es würde vielleicht dann zu einer diskussion kommen,die klärt,wenn eben auch widersprüchlichkeiten, unklarheiten,eigene schwierigkeiten mit in die auseinandersetzung einfließen.So werden letztlich immer wieder menschen in den spontanmobilisierungen verheizt,sind von den scene-strukturen abgeschreckt, bleiben weg.Auch drückt sich da in der form demo,kaum mehr was aus. ein schielen auf die massen.Immer alles abhängig machen,ob auch andere etwas tun;das erklärt dann auch das 6-monatige nichts-tun,dann plenen, die schneller gehen als sie kommen,da in ihnen keine perspektive liegt, sondern hilflosigkeit,ratlosigkeit,noch was tun zu müssen,anspruchspolitik,weg von den eigenen bedürfnissen,den eigenen vorstellungen.
Mit militanter politik hat das nichts zu tun.Allerdings verstehen wir militanz nicht in der gleichsetzung von gewalt,sondern als konsequent vorgetragene linksradikale politik.Die form für die sich die einzelnen entscheiden,ist dabei egal,darin gibt es dann auch keine hierarchie.
Alles im allem ist für uns klar, daß wir so eine demo nicht unterstützen könnten,wie viele andere menschen wahrscheinlich auch nicht.
Wir haben das am beispiel freiburg aufgezeigt,weil es sich da sehr exemplarisch für weiteste teile der brd erklären läßt,nicht um den freiburgerinnen speziell was reinzudrücken.Die diskussion ist für eine linke allgemein existentiell.

Eine anregung noch zum schluß,wenn sich menschen von einer aktion angesprochen fühlen,wie der auf seat,was ja im flugi rauskommt,warum dokumentiert frau/man dann nicht die erklärung,macht sie zugänglich für breitere teile der bevölkerung hier.Nachrichtensperre gibt es ja nicht nur am punkt hungerstreik in spanien.

# KEIN AUSLÄNDERGESETZ! GRENZEN AUF FÜR ALLE!!

Im Eilverfahren wird zur Zeit das neue Ausländergesetz durchgedrückt. Es ist ein Sondergesetz gegen Menschen aus Nicht-EG-Ländern.
Den Vorstellungen der Wirtschaft wurde entsprochen, befristet Arbeitskräfte hereinzuholen, um diese nach Belieben wieder auszuweisen. Oppositionelle politische Betätigung der hier lebenden MigrantInnen wird unter Androhung der Ausweisung stark beschränkt.
Den Frauen bringt das Gesetz noch besondere Benachteiligungen. So sind sie z.B. hauptsächlich von der Regelung betroffen, daß der Bezug von Sozialhilfe als Ausweisungsgrund gilt.
Die Macher des Gesetzes erfüllen sich ihre eigene Forderung nach Abschottung der Grenzen selber.
Ausweisungsgrund kann all das werden, was "den Interessen der BRD" zuwiderläuft. Dazu gehört selbst das mehrmalige Begehen von Ordnungswidrigkeiten. Durch die vielen Kann- und Soll-Bestimmungen wird der Ermessensspielraum der Ausländerbehörden erheblich ausgeweitet. Die Rechte, auf die sich hier lebende MigrantInnen berufen können, werden beschnitten.
Gerade zur Zeit werden die Emotionen geschürt für ein Großdeutschland. Ein Fremdenhaß, Rassismus entwickelt sich und das quer durch die Bevölkerung. Die Angst der hier Lebenden etwas verlieren zu müssen, bestimmt zum Teil das Bewußtsein. In einem solchen fremdenfeindlichen Klima fällt es dem Staat leicht, dieses Gesetz durchzusetzen. Es wird die Grundlage sein für neue, entfesselte Formen gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus der kommenden Jahre.
Wir sehen die Neuregelung auch im Zusammenhang mit der europäischen Vereinheitlichung. Während die Binnenmarktgrenzen für Kapital, Arbeitskräfte, Dienstleistungen und Waren fallen sollen, bauen die einzelnen Länder immer höhere Schutzwälle gegen die MigrantInnenfluten vor allem aus den Ländern des Trikonts, aber auch aus Osteuropa auf.
So beantwortet sich auch die Frage, warum so kurz vor der Schaffung des "europäischen Rechtsraumes" noch ein Gesetz von so großer Tragweite, wie das Ausländerrecht neugeregelt wird: als Vorbereitung für ein Europa, in dem der Zuzug der Nicht-EG-AsländerInnen streng unter Kontrolle gehalten werden soll.

## Abschottung gegen Nicht-EG-MigratInnen

Die Einreisebestimmungen gegenüber Nicht-EG-MigrantInnen werden im neuen Gesetz erheblich verschärft. Staatlich erklärtes Ziel ist es, Menschen erst gar nicht in die BRD gelangen zu lassen, die hier einen Asylantrag stellen könnten.
Der für alle Länder der "Dritten Welt" und Südosteuropa eingeführte Visumszwang soll dies bewirken (ausgenommen sind nur westeuropäische Länder, USA,Kanada, CSFR u.ä.).
Fluggesellschaften werden verpflichtet, Menschen nur noch mit gültigem Visum in die
BRD zu befördern. Die bundesdeutschen Botschaften schrauben die Kriterien zur Vergabe eines Visums immer höher. Einreisevisa werden u.a. nur noch erteilt, wenn entsprechende Einladungsschreiben von Verwandten oder Freunden aus der BRD vorliegen oder wenn eine genügende materielle Absicherung
nachgewiesen werden kann.
Doch trotz Visum wird die Einreise in die BRD weiter erschwert.So kann der BGS die Einreise verweigern, wenn der "Aufenthalt aus einem sonstigen Grunde die Interessen der BRD beeinträchtigt oder gefährdet". Was alles ein solcher Grund sein kann, bleibt der jeweiligen Willkür überlassen.
Die Einreise kann ebenfalls verwehrt werden, falls die Beamten den Eindruck haben, daß der Aufenthalt in der BRD einen anderen als dem angegebenen Zweck dient. So wird eine Praxis, die bisher von den Grenzbehörden illegal angewandt wurde, legalisiert. Flüchtlinge, die an der Grenze einen Asylantrag stellen, werden zurückgewiesen mit der Behauptung, ihr Antrag sei unbegründet, denn sie wollten sich ja doch nur einen Aufenthalt erschleichen.
Neu ist weiter, das der BGS zu erkennungsdienstlichen Maßnahmen gegenüber MigrantInnen berechtigt ist. Damit verschafft sich der Staat eine noch großerer Handhabe, Menschen aus anderen Ländern zu erfassen und zu kontrollieren.

## Zwang zur Arbeit, Sklavenarbeit

Trotz hoher Arbeitslosigkeit, trotz immer neuer Verordnungen zu Ausweitung des Arbeitszwangs beklagen die Unternehmer, daß es in bestimmten Bereichen, vor allem auch in Gastronomie, Landwirtschaft und im sog. Dienstleisungssektor zu wenig willige Arbeitskräfte gibt. Dem soll mit dem neue Gesetz abgeholfen werden.
Wenn der Bezug von Sozialhilfe zum Ausweisungsgrund wird, und längere Arbeitslosigkeit das Aufrücken in einen sichereren Aufenthaltsstatus verhindert, dann muß auch die schlechtest bezahlte und mieseste Arbeit angenommen werden,auch wenn es dafur weniger Geld gibt als Arbeitslosenhilfe.



*Der Marsch der Roma — am 9. Januar vor dem Verfassungsschutzgebäude in Köln*

Neu eingeführt wird auch das Rotationsprinzip. Damit können BRD-Kapitalisten ArbeiterInnen aus Nicht-EG-Landern für höchstens zwei Jahre anwerben, danach müssen sie je nach Bedarf wieder zurück oder eine Verlängerung wird beantragt.
Ebenso offen nur aufs Verwertungsinteresse ausgerichtet ist eine neue Bestimmung, mit der quasi Wanderarbeit gesetzlich geregelt wird. Die Bundesregierung verfugt, daß für bestimmte Branchen oder Saisonarbeiten (z.B. Erntearbeiten in der Landwirtschaft) ArbeiterInnen aus Nicht-EG-Ländern geholt werden können. Ihre Bewegungsfreiheit kann jeweils auf eine festgelegte Region beschränkt werden, genauso wie die Zeit, die sie bleiben sollen. Wenn ihr "Arbeitseinsatz" beendet ist, sollen die ArbeiterInnen wieder abgeschoben werden
"Um der echten privaten Barmherzigkeit keine unnötigen Schranken zu setzen", der "Allgemeinheit" jedoch keine zusätzlichen Kosten aufzuburden, können Dritte (also etwa Kirchen) eine achtjährige Bürgschaft übernehmen und müsen sich verpflichten, alle Kosten für den Lebensunterhalt einschließlich der Ausreisekosten zu übernehmen. Im ungunstigsten Fall kann ein Flüchtling an einen obskuren Bauunternehmer geraten, der ihn/sie als SklavIn behandelt und unter menschenunwürdigen Bedingungen ausbeutet.
Durch solche Regelungen, wonach ein Teil der ausländischen ArbeiterInnen ihre Arbeitskraft billig verkaufen müssen und nebenbei die Sozialleistungen eingespart werden, wird der Druck für alle anderen ArbeiterInnen ausgeweitet, sich auch schlechteren Arbeitsbedingungen zu unterwerfen.

## Die Sondergesetze gegen AusländerInnen sind sexistisch

Schon von ihrer ganzen Struktur spiegeln die Ausländer- und Asylgesetze den Sexismus ihrer Macher wider. Sie sind zugeschnitten auf den Mann, der als Arbeiter in die BRD gekommen ist oder als politisch Verfolgter hier Asyl beantragt hat.
Migrantinnen tauchen im Gesetz hauptsächlich als Ehefrauen und Familienangehörige auf - als Anhängsel der Männer. Die uberwiegende Mehrheit der ca. 2 Millionen Ausländerinnen sind auf dem Weg des sog. Familiennachzugs zu ihren Ehemännern in die BRD gekommen. Ihr Aufenthaltsrecht ist abhangig vom Mann. Erst nach vier Jahren Ehe in der BRD konnen sie ein eigenständiges Aufenthaltsrecht beantragen. Diese Abhängigkeit zwingt die Frauen dazu, sich ihren Ehemännern zu unterzuordnen, was diese als Druckmittel ausnutzen konnen.
Eine eigene Aufenthaltserlaubnis bekommt die Frau aber auch nur dann, wenn sie eine "gesicherte Existenz" nachweisen kann, also keine Gelder vom Staat bezieht. Wenn sie auch von sonst niemandem Geld erhält, braucht sie einen Arbeitsplatz und eine Arbeitserlaubnis. Aufgrund der Vorzugsregelung für Deutsche und EG-Menschen kriegen Frauen aus Nicht-EG-Ländern nur die allerletzten Arbeiten, die sonst niemand machen will. Fur viele Frauen heißt also die Alternative zu einer unertraglichen Ehe, in einer Putzkolonne oder an einem Fließband ausgebeutet zu werden

Mithilfe der Sondergesetze gegen AusländerInnen will der Staat die absolute Kontrolle über die nichtdeutsche Bevölkerung an sich ziehen.
In den 70er Jahren sind durch den massenhaften Nachzug von Kindern und Frauen ("Familiennachzug") feste Strukturen in den griechischen, türkischen oder kurdischen Gemein-

schaften entstanden. Der Familiennachzug ist sicher auch gewährt worden, um die Unzufriedenheit der Männer mit ihrer Lebenssituation, die sich u.a. in einer großen Kampfbereitschaft bei Streiks ausdrückte, zu dämpfen.
Aber die sich durch die nachziehenden Familien entwickelnden Gemeinschaftsstrukturen machten es dem Staat immer schwerer, nach Belieben MigrantInnen rauszuwerfen; sie sind mit der Rückhalt z.B. für Widerstand gegen faschistische Übergriffe.
Diese gefestigten Gemeinschaften sind entstanden und werden zusammengehalten durch die Frauen.
Will der Staat die weitere Verfestigung nichtdeutscher Menschen hier verhindern, muß er den Nachzug von Frauen und Kindern stoppen. Deswegen werden die Bedingungen für den Familiennachzug verschärft.
Nach dem Gesetz dürfen Familienangehörige nur in die BRD kommen, wenn "ausreichender Wohnraum" nachgewiesen werden kann, d.h. die Wohnung muß in ihrer Größe mindestens dem Standard einer Sozialwohnung entsprechen (z.B. für 2 Erwachsene und 3 Kinder: 85 qm). Außerdem muß nicht nur nachgewiesen werden, daß der Unterhalt der nachziehenden Kinder bzw. Frau gesichert ist, sondern daß auch kein anderes Familienmitglied auf öffentliche Gelder angewiesen ist.
AusländerInnen der "zweiten Generation" (so werden MigrantInnen bezeichnet, die bei der Ersteinreise nicht volljährig waren) dürfen ihre/n EhepartnerIn erst nachholen, wenn sie selbst mindestens acht Jahre in der BRD leben. Zusätzlich muß die Ehe schon ein Jahr bestanden haben, d.h. daß die Eheleute ihr erstes Ehejahr getrennt leben müssen (laut BRD-Recht ist ein Jahr Trennung Beweis für eine Scheinehe. Laut Scheidungsrecht gilt eine Ehe nach einjähriger Trennung als zerrüttet)



## ITALIEN

In Italien ist bereits seit Februar 1990 ein neues Immigrationsgesetz in Kraft: es verspricht den illegalen EinwandererInnen, die nachweisen können vor Dezember 1989 eingereist zu sein und wenn sie sich bereits Mitte März bei den Behörden gemeldet haben, eine Amnestie, zudem auch noch Pensions- und Krankenkassenansprüche, ja sogar die bevorzugte Zuweisung von Wohnungen.
Für viele schien es ein guter Weg, die nahezu 950.000 Illegalen vor der extremen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft in Steinbrüchen, auf den Feldern und Fischkuttern zu schützen. Doch sie übersahen, daß sich nur wenige auf den Amnestievorschlag melden würden, da sie dann Abgaben zahlen müßten; bei Tagelöhnen von oft weniger als 15 DM unmöglich (taz 23.2.90)
Doch die angebliche Bevorzugung rief bewaffnete faschistische
Burgerwehren auf den Plan. Unter dem Vorwand, daß die ImmigrantInnen mit Aids "durchseucht" oder angeblich DrogendealerInnen seien, machten sie Menschenjagd. Anfang März wurden in Florenz ambulante afrikanische Händler mit Stöcken und Messern angegriffen und mehrere schwer verletzt, unter dem Motto: "Kein Zimmer für Neger, solange nicht jeder Italiener ein Dach über dem Kopf hat!" (FR 6.3.90)
Während in der italienischen Öffentlichkeit helle Empörung über die "Lynch-"justizaktionen herrschte, sah sich nun die florentiner Stadtverwaltung genötigt "den Bürgern zu zeigen, daß wir das Phänomen Immigration im Griff haben".(Bürgermeister Morales, taz 19.3.90)
Nachdem Mitte März die Meldefrist abgelaufen war, durchkämmten die Bullen systematisch Viertel um Viertel nach illegalen ImmigrantInnen. Mehrere hundert Einlieferungen in Abschiebehaft verzeichneten die Behörden bereits nach weniger als einer Stunde Polizeiaktivität. Nun fühlten sich die Knüppel- und Dolchgruppen erst recht ermutigt, Schwarze anzugreifen.
Auf die Frage, warum sie die Schlägerbanden nicht stellen, antwortete ein Bullenoffizier: "Können wir derzeit nicht, weil wir alle im Einsatz bei Razzien gegen Farbige sind."(taz 19.3.90)
Gleichzeitig werden die Grenzen absolut abgeschottet.
Mittlerweile wurde in Italien sogar beschlossen, die Grenze mit Armee und Marine gegen Flüchtlinge zu "schützen", während Schwarze angebliche "Drogendealer" von einer Art "Todesschwadronen" ermordet werden.
Interessant ist an dem Gesetz, daß es mit Zustimmung von Christ- und Sozialdemokraten, Sozialisten und Liberalen, aber auch Grünen und Kommunisten verabschiedet wurde.
Und aus anderen EG-Ländern rufen die Behörden in Italien an, so ein Ordnungsbeamter, "und fragen nur, wie griffig unser neues Gesetz zum Abschieben ist".(taz 19.3.90)



### Kriminalisierung von Widerstand

Die politische Betätigung von MigrantInnen, besonders der radikaleren, soll mit dem neuen Ausländergesetz noch weiter eingeschränkt werden.
Sowohl politische Aktivitäten gegen die Unrechtsregime in den Herkunftsländern als auch Protest und Widerstand gegen die Situation hier können kriminalisiert werden, sofern sie "den Interessen der BRD" widersprechen. Das Gesetz gibt die Möglichkeit MigrantInnen abzuschieben, die gegen die äußerst weit und dehnbar gefaßten Verbotsvorschriften verstoßen haben sollen.
Das Gesetz "schützt den äußerst sensiblen Bereich der außenpolitischen Beziehungen der BRD. Dieser Bereich muß umfassend der Gefahr störender Einwirkungen durch Ausländer entzogen werden."(aus der Kommentierung zum Gesetz)
Das ist das faktische Verbot für AusländerInnen, gegen die Zustände in den Heimatländern zu demonstrieren, z.B. anläßlich des Besuchs ausländischer Politiker.
Wenn Generalbundesanwalt Rebmann fordert, in Zukunft sogenannte "terroristische Straftäter" nicht mehr in der BRD den Prozess zu machen, sondern sie sofort abzuschieben, dann gibt das neue Gesetz ihm jetzt die rechtliche Möglichkeit dazu. Das ist die Lehre daraus, daß sie im Verfahren gegen die 18 KurdInnen der PKK (Arbeiter- und Bauernpartei Kurdistans) kein Stück damit weitergekommen sind, nationale Befreiungskämpfe hier zu verurteilen.
Aber nicht nur Exilparteien und -organisationen sollen leichter kriminalisiert werden.
Den hier lebenden AusländerInnen wird generell die Verantwortung für das "friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern" auferlegt, obwohl sie es sind, die rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind. Das heißt, daß MigrantInnen, die sich gegen faschistische Angriffe zur Wehr setzen, nach dem Gesetz abgeschoben werden können.
Wir gehen davon aus, daß sich ein breiter Widerstand gegen dieses System nur mit AusländerInnen entwickeln kann, und die rassistischen Benachteiligungen nur durchbrochen werden können, wenn die AusländerInnen sich nicht mehr von ihren Fürsprechern vertreten lassen, sondern selbst auf die Straße gehen. Genau gegen eine solche Entwicklung richtet sich das Gesetz.

Hinzu kommt, daß auch AusländerInnen immer häufiger sich nicht mehr mit ihrer miserablen Situation abfinden. Sie werden genötigt zu klauen, hehlen, dealen und Frauen oft auch zur Prostitution. Und eine längere oder mehere Freiheitsstrafen und der Verkauf von illegalen Drogen auch kleinster Mengen (sogar von Haschisch oder Gras) sind Abschiebegründe. Von solchen Abschiebungen sind auch anerkannte Asylberechtigte betroffen, die selbst dann ins Heimatland abgeschoben werden können, wenn dort "sein LEBEN ...bedroht ist."

### Deutsche Kontinuität

Historisch gesehen ist die aktuelle Verschärfung der Sondergesetze die Fortschreibung der Fortschreibung der faschistischen Ausländerpolizeiverordnung von 1938.
Als konkrete Maßnahme im Zuge der Kriegsvorbereitung mußte die völlige Rechtlosigkeit von AusländerInnen geregelt werden, damit keine Probleme bei der Rekrutierung und Deportation zur Zwangsarbeit und bei der Erhaltung der inneren Sicherheit im Krieg auftraten. Die geringen Rechte, auf die sich Nichtdeutsche bis dahin berufen konnten, wurden auf diesem Wege völlig abgeschafft, fortan waren sie nur noch staatlicher Willkür ausgesetzt.
Vor allem wurden zahlreiche neue Ausweisungsgründe aufgeführt, kein einziger verlor bis heute sein Gültigkeit - einige wurden lediglich sprachlich verändert.
Deutsche Kontinuität heißt, daß diese faschistische Verordnung, die die völlige Entrechtung von AusländerInnen formal abgesichert hatte, mühelos mit der angeblich so freiheitlichen Rechtsordnung der BRD zu vereinbaren war und erst 1965 durch das bisher geltende Ausländerrecht ersetzt wurde.
Grund für die Überarbeitung 1965 war vor allem, daß die Verordnung in einem "Rechtsstaat" nicht mehr voll ausgeschöpft werden konnte. So mußten wieder Ausweisungsgründe neu hinzugefügt werden (z.B. Prostitution, Gefährdung der Sittlichkeit und Gesundheit ...) Außerdem sollte dem Gesetz der modrige NS-Geruch genommen werden, wegen dem bei einzelnen Sachbearbeitern gewisse innere Bedenken für eine "straffe Handhabung" bestanden.

### Fazit

Die Ursachen für die Flüchtlingsströme aus der sogenannten Dritten Welt und aus Süd- und Osteuropa liegen in den Metropolenländern. Die bis heute andauernde jahrhundertelange koloniale Ausbeutung, imperialistische Kriege, kapitalistische Durchdringung und patriarchale Strukturen haben alle eigenständigen Überlebensformen der Völker fast restlos zerstört.

IWF, Weltbank, NATO und andere Agenturen bestimmen die Lebensbedingungen, das Ausmaß an Ausbeutung und Verhungern in praktisch allen Ländern.
Dagegen der Widerstand der Frauen, Kinder und Männer, die sich nicht mit ihrer Rolle als Opfer begnügen, sondern sich auflehnen gegen die Alternative vernutzt oder vernichtet zu werden.
Die einen versuchen erneut ihr Überleben unter Bedingungen des Krieges zu organisieren, andere greifen zu Stein, Molli oder Waffe, andere machen sich auf, um an anderen als ihnen zugewiesenen Orten ihre Einkommensforderungen zu stellen.
Sie beanspruchen dort ein besseres Leben, wohin die ihnen geraubten Reichtümer geflossen sind und stellen sich damit bewußt oder unbewußt in Widerspruch zu den Interessen der HERRschenden.
Gegen diese Ansprüche werden die Inseln des Wohlstandes durch immer höhere Mauern geschützt, u.a. durch die Ausländergesetze.

Dichte Grenzen, die absolute Kontrolle darüber, wieviele und welche Menschen in die BRD kommen, sind eine unbedingte Voraussetzung für die herrschende "Sicherheit und Ordnung", für die rassistisch und sexistisch abgestufte Ausbeutung.
Offene Grenzen, das freie Hereinfluten der Menschen aus den Armutsregionen der Welt, die hier ihr Recht auf Existenz und menschenwürdiges Leben einfordern: das ist für die Machthaber eine unerträgliche Horrorvision, die Vorstellung von Zornesausbrüchen und plündernder Armutsbevölkerung. So, wie die von den Medien verschwiegenen Zusammenstöße und Aneignungsaktionen, wie sie fast täglich in den schwarzen Vorstädten Englands ablaufen.

Wir begreifen die Parole "Grenzen auf für alle" als politische Ausrichtung, die durchaus auf die Erschütterung des herrschenden Machtgefüges zielt.
Sie bedeutet heute, jegliche Selektion und Spaltung in berechtigte und unberechtigte Flüchtlinge zu bekämpfen. Aber auch, unseren Lebensstandard, der v.a. rassistisch begründet ist, nicht gegen Flüchtlinge oder AussiedlerInnen zu verteidigen, sondern die Möglichkeiten, die wir aufgrund unserer Lebensbedingungen haben, gegen die herrschende Politik der Spaltung einzusetzen.

Ein Beispiel, wo die rassistische Spaltung besonders greifen soll, ist die Wohnungsnot. Dabei sind die Aus- und ÜbersiedlerInnen und Flüchtlinge ja nicht schuld daran, daß in den 80er Jahren gezielt zu wenig Wohnungen gebaut wurden, in großem Stil billige wegsaniert wurden und heute tausende leerstehen. Die Wohnungsnot ist von Wohnungswirtschaft und Bundesregierung bewußt produziert worden, einerseits um die Mieten in die Höhe schnellen zu lassen, andererseits ist der Wohnungsneid ein wichtiges Mittel, arme Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen.

Das neue Ausländergesetz ist für diesen Staat ein weiteres Instrument, hierarchische Spaltungen weiter zu festigen: Männer gegen Frauen, Deutsche gegen AusländerInnen, und AusländerInnen die integriert werden sollen gegen die, die wieder rausfliegen oder gar nicht erst reinkommen.

Durchkreuzen wir ihre Politik der Überwachung und Abschiebung und das Funktionieren der Sondergesetze!
Treffen wir einen der zentralen Mechanismen von HERRschaft, indem wir eigene rassistische Schranken überwinden, staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus und die sexistische Unterdrückung der Migrantinnen bekämpfen!!

**DIE GRENZE VERLÄUFT NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN, SONDERN ZWISCHEN OBEN UND UNTEN!!**

**KEIN AUSLÄNDERGESETZ! GRENZEN AUF FÜR ALLE!!**

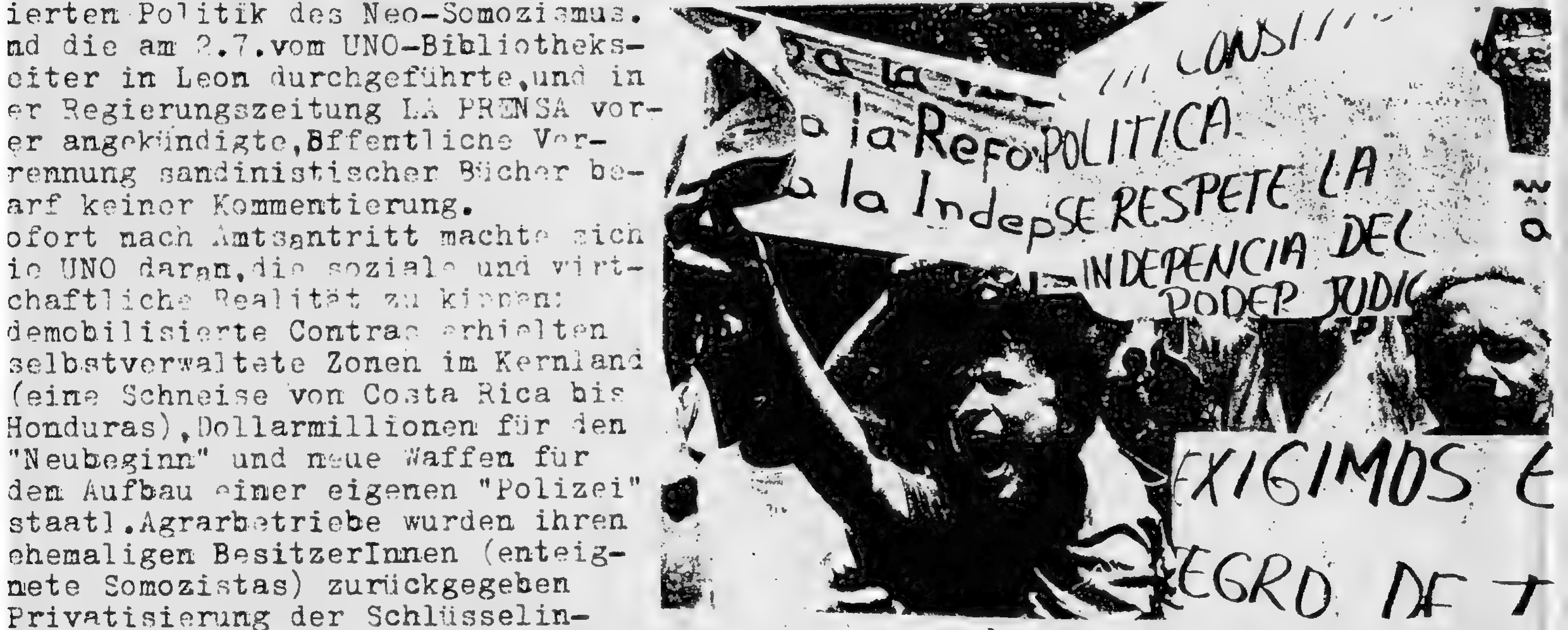


# Nicaragua - Generalstreik gegen Neo-Somozismus



NICARAGUA - GENERALSTREIK GEGEN NEO-SOMOZISMUS

Wenige Tage vor dem II.Jahrestag der Revolution ist Nicaragua Schauplatz der härtesten Arbeitskämpfe seit dem Sturz der Somoza-Diktatur.Der Versuch des seit dem 25.4.90 regierenden Rechtsbündnisses U.N.O., die Errungenschaften der Sandinistischen Revolution im Handstreich zu eliminieren,scheint vorerst verhindert.Gab sich Präsidentin Chamorro nach aussenhin moderat,so war und ist ~~xx~~ hier von der "Nationalen Versöhnung" nix zu spüren,im Gegenteil.Regierung, Katholische Kirche und die sofort von SandinistInnen "gesauberten" staatl.Radio-und TV-Stationen schüren durch permanente anti-sandinistische Hetze ein Klima von Hass und Aggression.So wurde die Zeremonie der Contra-Demobilisierung am 27.6.zur "Siegesfeier". Contraführer Galeano erklärte die "Mission" als erfüllt,Präsidentin Chamorro setzte seinen Militärhut auf und verzieh der FSLN die IO Jahre "Unfreiheit", Kardinal Obando y Bravo segnete die traute Gemeinschaft.Kein Wort fiel über die 70000 Kriegstoten. Einer Gruppe Frauen,die inmitten der Contra-und UNO-Angehörigen durchRufe und Plakate Aufklärung über das Schicksal der von dem US-Söldnern Verschleppten forderten (eine Heldinnenaktion),entgegnete die Präsidentin unter dem Hohngelächter der Anwesenden,das eben jeder mal sterbe und seinen Weg zu Gott finde.Dieser menschenverachtende Zynismus ist Ausdruck der praktizierten Politik des Neo-Somozismus.




nd die am 2.7.vom UNO-Bibliotheksleiter in Leon durchgeführte,und in er Regierungszeitung LA PRENSA vorer angekündigte,öffentliche Verbrennung sandinistischer Bücher bedarf keiner Kommentierung.
ofort nach Amtsantritt machte sich ie UNO daran,die soziale und wirtschaftliche Realität zu kippen:
demobilisierte Contras erhielten selbstverwaltete Zonen im Kernland (eine Schneise von Costa Rica bis Honduras),Dollarmillionen für den "Neubeginn" und neue Waffen für dem Aufbau einer eigenen "Polizei"
staatl.Agrarbetriebe wurden ihren ehemaligen BesitzerInnen (enteignete Somozistas) zurückgegeben
Privatisierung der Schlüsselindustrien zu Gunsten der alten Oligarchie (aus USA heimgekehrte Grossgrundbesitzer



-Öffnung des Landes für IWF und ~~fxxx~~ Transnat.Konzerne,zB STANDARD FRUIT
-Aufbau eines Geheimdienstes mithilfe des israelischen MOSSAD
-Reduzierung des Sandinist.Volksheeres EPS und Entwaffnung des Volkes
-Umstrukturierung der Justiz
-Verdoppelung des Polizeiapparates mit demobilisierten Contras
-Verbot des Tragens sandinistischer Symbole in Schulen
-Ersatz der nicaraguanischen Schulbücher durch US-Druckwerke
-...

Das Wirtschaftskonzept von Nationalbankpräsident Mayorga (orthodoxer IWF-Maßnahmenkatalog mit der Besonderheit, Anpassungspolitik mit Expansion verbinden zu wollen) stiess ziemlich schnell auf Ablehnung in der Bevölkerung. Angesichts der Beendigung des Krieges, der Aufhebung des Wirtschaftsembargos und der Dollarhilfen aus USA, Japan und Westeuropa ist die arme Bevölkerungsmehrheit nicht bereit die Kosten der kapitalistischen Umwalzung zu tragen. Denn daß die ökonomischen Maßnahmen nicht die vor den Wahlen versprocheme Anhebung des Lebensstandards hervorbringen, wurde zu einer bitteren Erfahrung:

- Preisanstiege bis 300 % bei Post, Strom, Wasser, Gas, Benzin und öffentl. Transporte
- Abwertung der Währung um 600 % in 2 Monaten
- fast tägliche Preisanstiege auch aller Grundnahrungsmittel
- Massenentlassungen staatlicher Angestellter
- Aufhebung der kostenlosen medizin. Versorgung in Krankenhäusern
- Drastische Kürzungen der Pensionen von Alten und Kriegsinvaliden


Los adoquines arrancados para construir barricadas, este lunes en la madrugada en Ciudad Sandino. (Foto Pablo E. Barreto).

In völliger Arroganz setzte sich die Regierung über die, mit den Gewerkschaften nach dem Maistreik ausgehandelten, Abmachungen hinweg. Vielmehr schuf sie durch weitere Massenentlassungen, Aufhebung der Busfreifahrten für Schüler und Studentinnen und gnadenloser Lohnpolitik im staatl. Agrarsektor (Löhne wurden nicht, oder mit I-2 monatiger Verspätung) neue Konfliktherde. Als Regierungsvertreter am 26.6. nicht zum vereinbarten Gesprächstermin erschienen, war die Geduld der Gewerkschaften zu Ende. Am 27.6. gab die Nationale Gewerkschaftsfront FNT den Beginn eines Generalstreiks bekannt.

Die Streikwelle griff innerhalb von IO Tagen auf alle grossen Städte und mehrere Regionen über, und bis zum 6.7. befanden sich folgende Bereiche im Ausstand:

- Schulen, Unis, Banken, Verwaltungen, Post, Elektrizitäts-und Wasserwerke
- Öffentlicher Busverkehr
- Internat. Flughafen A.C.SANDINO
- Internat. Seehafen Corinto
- Staatl. Fabriken und Brauereien
- Staatl. und Private Agrarbetriebe (ca. 40 % des Baumwollsektors)



Begleitet wurde der Streik durch Aktionen:

- tägliche Demos und Kundgebungen
- Besetzung der ZENTRALAM. UNI "UCA" und der staatl. TV-Station durch Studis (die Verlesung der Streikforderungen in den Abendnachrichten wurde durchgesetzt)
- Besetzungen der bestreikten Betriebe und Ministerien durch die Angest.
- Besetzungen von Kirchen
- Besetzungen der geräumten Ländereien durch die Campesinos/as
- Besetzung des P.J.CHAMORRO-PARKS und Errichtung eines Zeltlagers durch gekündigt Staatsangestellte

Die Regierung bezeichnete den Streik als "inexistent" und reagierte mit der Errichtung einer 200m-Bannmeile, der Entsendung von bewaffneten StreikbrecherInnen und dem Einsatz von SEK-Trupps. Da die POLICIA SANDINISTA bisher nicht als Repressionsorgan mißbraucht wurde, stellt sie für die Bevölkerung auch nicht den Handlanger des Klassenfeindes dar. Bezeichnend war ein Aufruf der sandinistischen Tageszeitung BARRICADA an die Polizisten, Volksfeindliche Befehle zu verweigern.

Statt Verhandlungen mit der FNT aufzunehmen, setzte die Regierung auf Kriminalisierung, und eskalierte die Situation durch die verfügte vorübergehende Festnahme 8 führender Gewerkschafter.

Am 7.7. wird der Verkehr in Managua durch Barrikaden und brennende Autoreifen zum Erliegen gebracht.

7.7.90 DIE REGIERUNG VERSCHÄRFT DEN KONFRONTATIONSKURS

Sie lehnt gespräche mit der FNT weiterhin ab und erklärt den Streik als "inexistent,illegal und ungesetzlich". Für Montag,9.7., kündigt sie die Entlassung Streikender und die Räumung der Barris und besetzten Gebäude an. Durch pausenlose Hetze im Radio und TV (im 5-min.Takt werden Einblendungen im TV durchgejagt, die den Streik als "Sabotageakt sandinistischer Subversiver" denunzieren und die Bevölkerung einschüchtern sollen) versucht die UNO die Bewegung zu schwächen. Ausgelöst durch die Regierungshaltung und die Ermordung zweier Streikender durch UNO-Aktivisten in Managua und Matagalpa, kündigt die FNT eine Verstärkung der Streikaktionen an und ruft die BewohnerInnen der Stadtteile zu Soli-Aktionen auf.

8.7.90

Auf allen Strassen im Stadtzentrum und in den Stadtteilen werden meterhohe Barrikaden errichtet. Überall brennen Autoreifen, und Menschenmassen schichten immer neue Strassensperren auf. (es war einfach unglaublich prima)

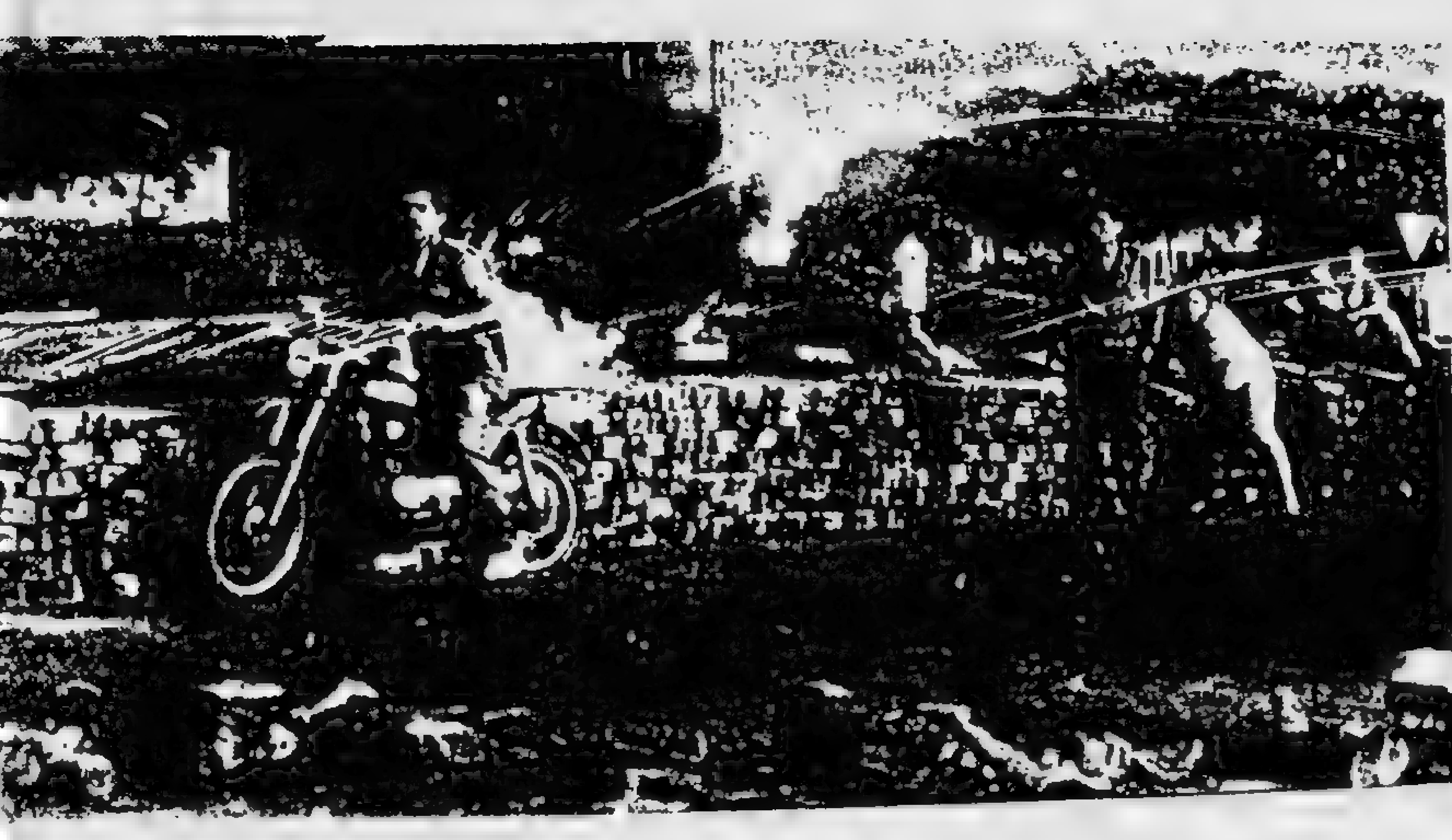
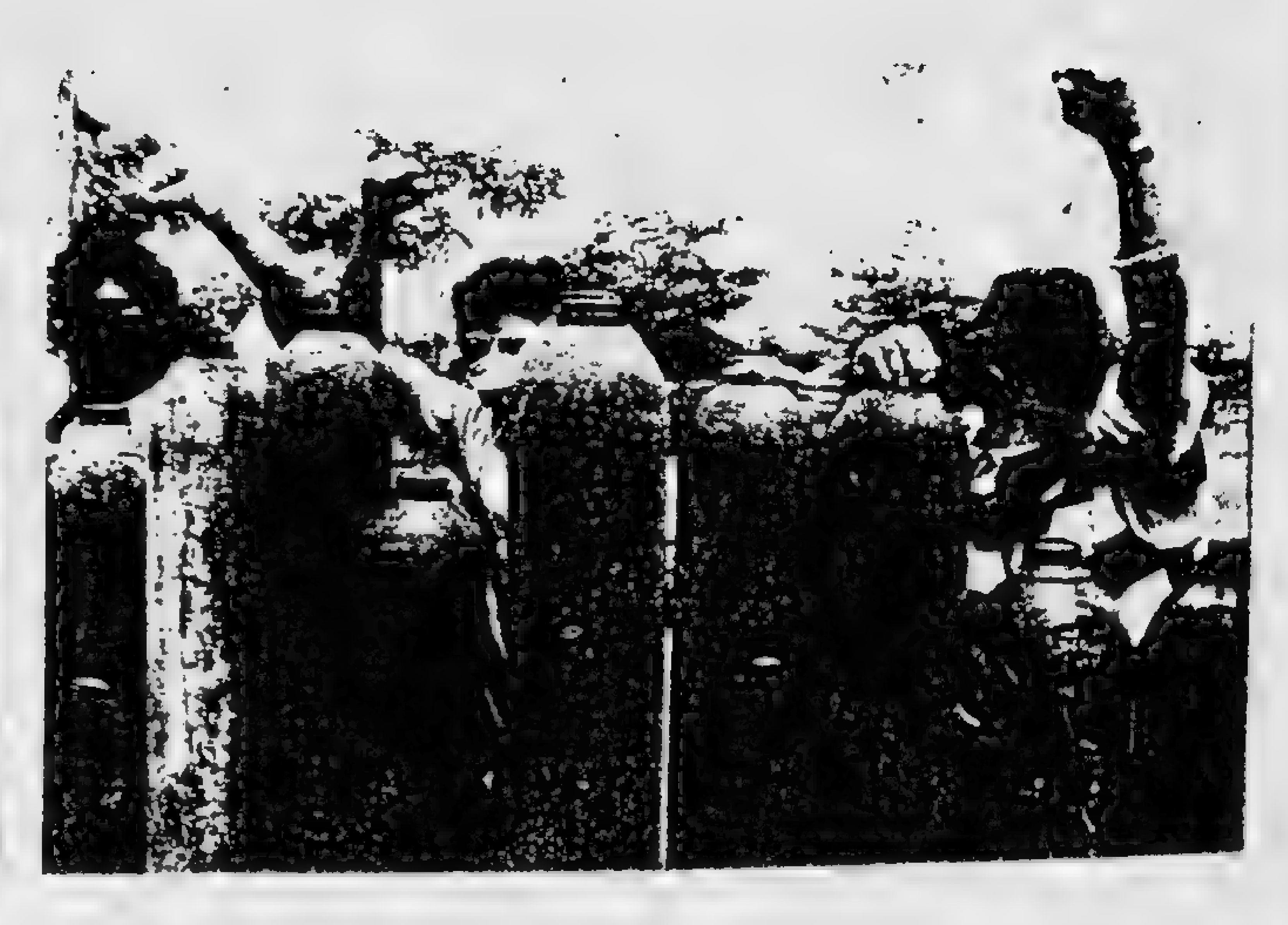
9.7.90

Präsidentin Chamorro verweigert Gespräche mit der FNT, feiert stattdessen die Grundsteinlegung des 3 Mio.Dollar-Kirchenbaus. Inzwischen haben sich Geschäfte, Supermärkte, Markthallen, Gesundheitszentren und über I500 Agrarbetriebe (fast der gesamte Cafe-Anbau) dem Streik angeschlossen. Der Streik ist jetzt landesweit, auch die Landstrassen sind nicht mehr befahrbar, die Grenzen nach Costa Rica und Honduras dicht. In Managua werden die von der Polizei abgebauten Barris sofort wieder aufgebaut, ohne daß gegen Streikende vorgegangen wird. In einzelnen Stadtteilen werden Streikende von UNO-Trupps mit Steinen, Schusswaffen und (vereinzelt) Handgranaten angegriffen, es gibt Schwerverletzte und einen Toten. Um die staatl. Hetze zu beenden, werden TV-und Radiosender von den Belegschaften besetzt und bringen Streikinfos.
Nach der Räumung der Sender kündigt Präsidentin Chamorro den Einsatz von Polizei und Militär an. Weiterhin macht sie die FSLN für den "Tod Unschuldiger" verantwortlich. Wie in allen Nächten vorher, werden bis zum Morgen alle Barris aufgebaut.

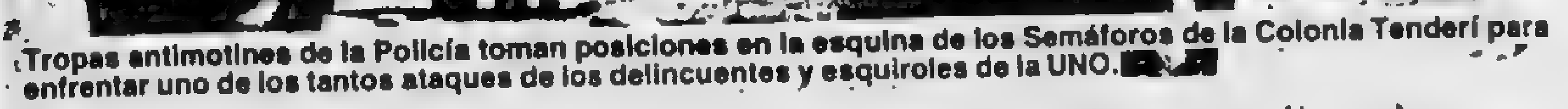
IO.7.90

Während der pazifistisch geführte Streik ungebrochen wietergeht, beginnen rechtsextreme Kreise mit dem Aufbau einer "inneren Front". Vizepräsident Godoy gründet mit Vertretern des Unternehmerverbandes COSEP eine "KOMMISSion ZUR NATIONALEN RETTUNG", und der von Contras geleitete Sender CORPORACION gibt den Aufbau bewaffneter "BRIGADEN ZUR NAT.RETTUNG", sogenannter Todesschwadrone, bekannt. Es wird bekannt, daß sich Contrachef Galeano mit Gefolge nahe Managua aufhält, und Contras in der Stadt sind. In mehreren Stadtteilen werden Streikende beschossen, das Barrio CIUDAD JARDIN ist von Rechtsextremisten besetzt. Unter der Führung von Somoza-Offizieren und Contras haben sich 200 Faschos rund um den Sender CORPORACION verschanzt, Häuser und Autos überfallen und Gefangene gefoltert. Nach Feuergefechten zieht sich die Polizei zurück, BewohnerInnen fliehen. Durch Verhandlungen erreichen die Contras freien Abzug, die Polizei kann mehrere Gewehre, ua. amerikan. FAL, sicherstellen. In der Nacht kommt es zu einzelnen Schiessereien zwischen EPS und Heckenschützen. Inzwischen befinden sich die staatl. Sende-Anlagen wieder in der Hand der Belegschaften.



II.7.90 Die FNT lehnt ein Regierungsangebot,Gespräche nach Abbau der Barris zu führen ab. In den Abendstunden gibt die UNO nach und verhandelt mit der FNT. Als wichtigste Ergebnisse sind anzusehen:-keine weiteren Rückgaben von Ländereien an Somozistas,-Keine weiteren Kündigungen,-keine Repression gegen Streikende, -Angleichung der Löhne an die Inflationsrate,-Beteiligung der FNT in die Wirtschaftsplanung...ZUgleich wurden verschiedene Tatsachen offenbart:I.Die Massenorganisationen der Gewerkschaften und der FSLN sind kampfstark und in der Bevölkerung verankert.2.Die Extreme Rechte (UNO-Kreise um Godoy,Kath.Kirche)sind die Protagonisten des Revanchismus und erhalten Unterstützung durch "demob.Contras" und den US-Botschafter Slaudeman.3.Polizei und Militär sind keine Repressionsorgane(General Ortega erklärte,daß sich das EPS nie gegen das Volk stellen werde)



Tropas antimotines de la Policía toman posiciones en la esquina de los Semáforos de la Colonia Tenderí para enfrentar uno de los tantos ataques de los delincuentes y esquiroles de la UNO.



"NI UN PASO ATRAS"(KEIN SCHRITT ZURÜCK),mit dieser Parole wurde die Regierung zu Verhandlungen gezwungen.Und nur durch permanente Wachsamkeit und Kampfbereitschaft werden die Sozialen Errungenschaften verteidigt werden können."Die einzigen Garanten für die Erfüllung der Abmachungen sind die Stärke der Gewerkschaften,des Volkes,sowie täglicher Kampf".So formulierte es Lucio Jimenez,Koordinator der FNT. Bereits am näxten Tag deuteten Entlassungen (über 200) an,daß bestimmte UNO-kreise zu keinerlei Kompromissen bereit sind.
Diese Kompromisse haben mindestens 6 Arbeitern das Leben gekostet,über I00 Schwerverletzte wurden in Hospitäler gebracht.
Es ist bekannt,daß Contras in Autos der VEREINTEN NATIONEN und der US-Botschaft transportiert wurden.
In der Nacht zum I2.7, wurde der Hetzsender CORPORACION in die Luft gejagt (bumm)
Es bleibt also spannend.
SCHWARZ-ROTE GRÜSSE AN ALLE BESETZER,PYROMANINNEN,GEFANGENEN,ANTIFAS...
HASTA LA VICTORIA SIEMPRE (IMMER BIS ZUM SIEG),MANAGUA I5.7.90,



# FSLN

# Wer aus der Geschichte nichts lernt,

# ist dazu verdammt,

# sie zu wiederholen.

## versuch, unsere Erfahrungen bei KoMet aufzuarbeiten und zu vermitteln.

KoMet (Kollektiv Metall) wurde 1979 gegrundet. Auf ihrer 1-Jahres-Fete formulierten die damaligen KoMeten die Ziele:
"wir wollen zeigen und verbreiten,
-daß es moglich ist. freie menschliche Formen des Arbeitens zu verwirklichen,
-daß Chefs, vorgesetzte, Aufpasser, Antreiber, und untergebene uberflussig und schadlich sind,
-daß wir mit der plotzlichen ungewonten Freiheit und der Notwendigkeit, selbstzu entscheiden umgehen konnen.
Anders ausgedruckt: wir wollen ein paar Bruchstucke von dem zeigen und leben, was wir diesem menschenfeindlichen Staat entgegensetzen, was wir eine freie Gesellschaft nennen, wir sind uns dabei bewußt, daß es mehr Bedarf als in Kollektiven zu arbeiten, um diese Gesellschaft insgesamt zu verandern.
2. Ausbildung
wir wollen unsere Qualifikation weitergeben, deshalb wollen wir langfristig Lehrlinge ausbilden....
3. Eigennutz
nicht zuletzt wollen wir auch selber etwas besser leben-nicht ganz so weit weg von unseren Traumen."

1990 wurde KoMet dicht gemacht, denn es hatte sich herausgestellt, daß KoMet zwar existieren konnte, aber nur als Selbstzweck und nicht als politisches Projekt, das auch nach außen wirkt. (entgegen anders lautenden Geruchten war KoMet nicht pleite). Dazwischen lagen 10Jahre Kampf - für den Erhalt gleichberechtigter Strukturen - dagegen, daß nachdem sich bei einigen die Traume geandert hatten in Richtung mehr Geld, mehr Macht, etc, der "Eigennutz" der einzige Inhalt von KoMet wurde. Bereits kurz nach der 1-Jahres-Fete stieg der erste aus unter Mitnahme eines Teils des Betriebes um sich als Kleinunternehmer selbststandig zu machen. Andere machten den Meister und folgten auf ähnliche Weise. Diese Kette setzte sich bis zum Sommer 89 fort. Gerade die am meisten Qualifizierten waren anscheinend am anfälligsten dafür, trotz aller gemeinsam gefaßten Beschlüsse und Vereinbarungen.

Wir sollten an dieser Stelle vielleicht kurz anreißen, was wir unter "Kollektiv" in Abgrenzung zu "selbstverwaltetem Betrieb" verstehen. Kollektiv heißt für uns:

1. Gleichberechtigte Strukturen, keine Angestellten, gemeinsame Entscheidungen aller in allen Fallen
2. Kein Privatbesitz an Produktionsmitteln oder Teilen des Betriebes, weitestmogliche Enteignung
3. bedurfnisorientierter Einheitslohn mit garantierter festgelegter Untergrenze, festgelegte Obergrenze der Arbeitszeit, soziale Absicherung. Das alles auch in Situationen, wenn es dem Betrieb dreckig geht. Kein Unterlaufen erkämpfter ArbeitnehmerInnenrechte
4. Politische Arbeit mit dem Betrieb, den Betrieb zum Bestandteil gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Kämpfe machen.

(Wir beziehen uns dabei auf das Papier "Der lange Weg zum Kollektiv" und enthalten uns einer Stellungnahme, wo die Grenze verläuft zwischen noch ganz korrekten selbstverwalteten Betrieben und finsterster Alternativmafia.) Wir selber haben die aufgeführten Punkte nur teilweise erreicht. Doch zurück:

Es scheint, daß gerade qualifizierte Facharbeiter aufgrund der Privilegien, die sie in der normalen Wirtschaft geniessen würden (gute Bezahlung, Anerkennung,...), aufgrund des bei ihnen stärker ausgeprägten Macker-/Macher-verhaltens und des bei ihnen häufiger auftauchenden Workoholismus wesentlich größere Schwierigkeiten haben, sich in ein Kollektiv einzufugen, als andere. Gerade männliche Facharbeiter tendieren dazu, sich über ihre Arbeit zu definieren und ihren Lebensmittelpunkt in solch einer Art und Weise in den Betrieb zu legen, daß es zu Konflikten mit KollektivistInnen kommen muß, die ihre Schwerpunkte anders setzen. Wir beschlossen deshalb bei KoMet u.a. die Einführung der 35 Std./Woche verbunden mit der Pflicht, Überstunden abzubummeln, was alleine die Unterschiedlichkeiten naturlich nicht auflösen kann.



Ein Betrieb wie KoMet kann auf das Engagement aller nicht verzichten. Er ist auf FacharbeiterInnen schon wegen ihrer Fachkenntnisse angewiesen. Während aber die vollständige Einarbeitung einer ausgebildeten Person bei KoMet zwei Jahre dauerte verliessen viele den Betrieb nach drei bis vier Jahren. Und immer wieder eigneten sich besonders höher Qualifizierte einen Teil dessen an, was von alleb gemeinsam erarbeitet worden war, um damit ihr eigenes Unternehmen aufzumachen. Soetwas bewirkte zwangsläufig harte interne Auseinandersetzungen und schwere finanzielle Rückschläge. Zwar gelang es den KoMetInnen jedesmal wieder den Karren aus dem Dreck zu ziehen, der Preis war allerdings, daß alle Energien in den Erhalt des Betriebes gesteckt wurden. Der Schub in Richtung Kollektivität und Aktivität nach draußen, der oftmals in den Konflikten entstanden war, verebbte wieder. Der ungenaue Umgang miteinander führte dazu, daß über kurz oder lang der Kreislauf von vorne begann.

Dieses Phänomen ist ähnlich auch in anderen selbstverwalteten Betrieben zu beobachten. Es gibt Phasen, wo irgendetwas knallt, wo Teile der Gruppe sich auf ihre politischen Wurzeln zurückbesinnen, sich gewissermaßen repolitisieren. Dann ist die Krise gelöst, der Betrieb muß wieder in Schwung gebracht werden, die Politik wird zurückgedrängt, die Phase der Entpolitisierung setzt ein.

Fakt ist, daß es zwar einigen selbstverwalteten Betrieben (zumindest zeitweilig) gelingt, den innerbetrieblichen Chef abzuschaffen. Er wird dann aber ersetzt, durch die nach wie vor existierenden Notwendigkeiten und Gesetzmäßigkeiten des Marktes. Dieses Ersetzen des einzelnen, persönlich greifbaren Kapitalisten durch einen nicht mehr greifbaren, ideellen Kapitalisten namens "Sachzwang" verschleiert in nicht zu unterschätzender Weise die herrschenden Machtverhältnisse. Es ist ein wichtiger Faktor bei der Beantwortung der Frage, wie werden aus "Kollektivisten" Unternehmer. Marx hat nicht umsonst festgestellt, daß Sozialismus nur die positive Aufhebung des Marktes, d.h. der Ware-Geld-Beziehung sein kann. In anderen Worten: Nur wenn es uns gelingt, die kapitalistischen Beziehungen (sowohl Handelsbeziehungen als auch zwischenmenschliche) inclusive Geld etc. abzuschaffen, ohne dabei zu vorkapitalistischen Modellen wie z.B. Tauschwirtschaft zurückzukehren, sind wir auf dem Weg in Richtung bedürfnisorientierte Produktion und freie Gesellschaft.

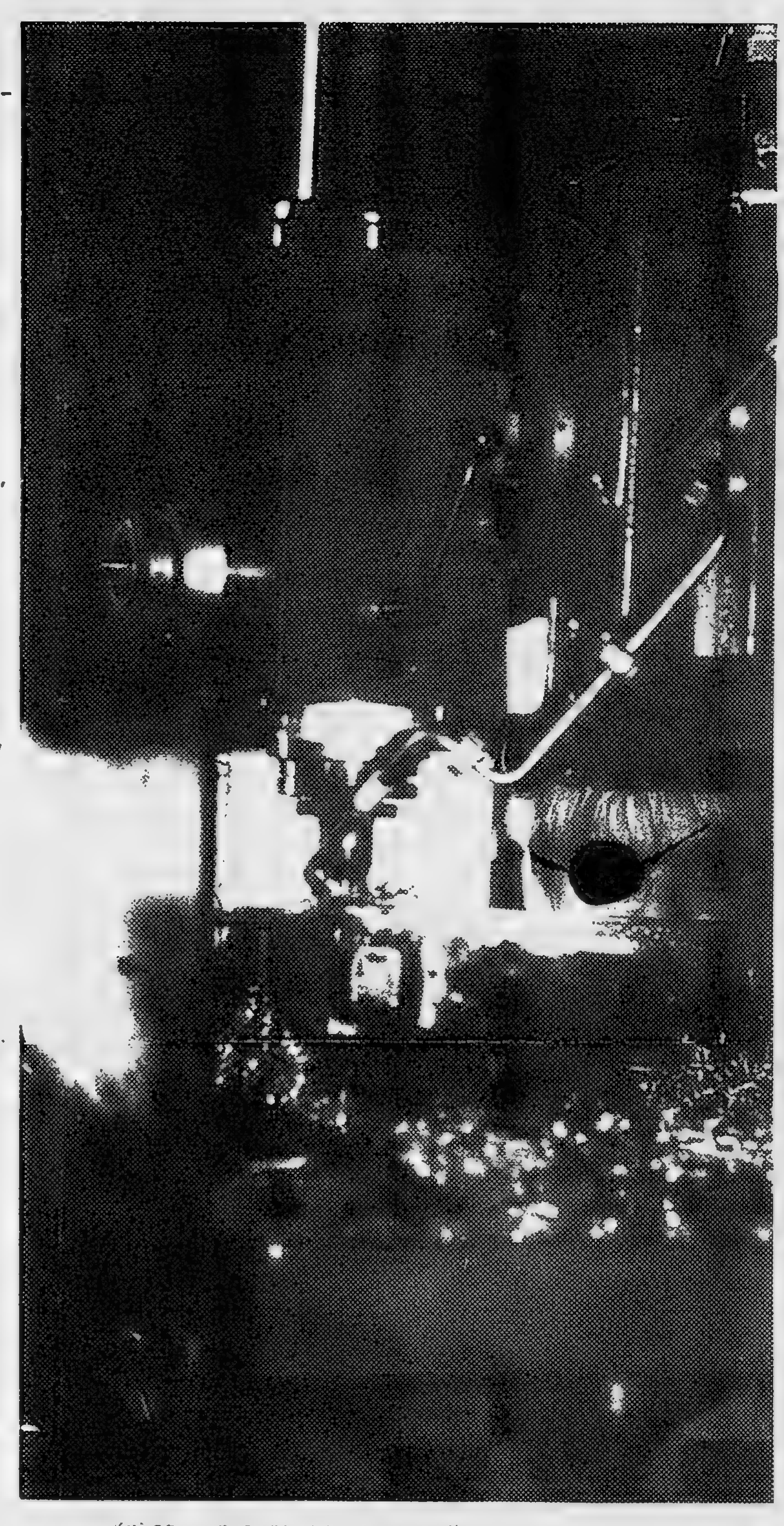
Dies ist bei Kollektiven und selbstverwalteten Betrieben nicht der Fall, kann es auch gar nicht sein, da sie nicht losgelöst vom sie umgebenden Kapitalismus sind. Und da nach wie vor das Sein das Bewußtsein bestimmt, gibt es die breite Tendenz in Richtung alternative Geschäftsführer und Unternehmen.

Wir haben bei KoMet am Schluß daraus gefolgert, daß u.a. nur wenn wir den Betrieb als Mittel der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen benutzen, eine innerbetriebliche gleichberechtigte Struktur sich festigen kann. Es sollte also nicht der Betrieb mit seinen tagtäglichen Problemchen und Sachzwängen das bestimmende sein, sondern die permanente Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität um uns rum und der Versuch daran etwas zu verändern. Wir wollten von einem ArbeiterInnen-Standpunkt (nicht Unternehmer oder Arbeitnehmer) ausgehend Kontakte in normale Betriebe knüpfen, um in Kämpfe eingreifen zu können - sowohl von außen, unterstützend, als auch als Beteiligte, wenn wir z.B. an einer Automationsstrasse mitbauen, die die Arbeitsbedingungen erheblich verändert und einiges an Arbeitskraft einspart. Dies sollte auch dazu führen, daß mehr Leute sich bei KoMet einmischen und so die Enteignung der Produktionsmittel Hand und Fuß bekommt. (KoMet war am Schluß nicht im Besitz von einzelnen, sondern gehörte einem Verein, in dem neben der Belegschaft auch Leute von außen gleichberechtigt mitreden sollten.) Die Umsetzung dieser Ansätze ist über gelegentliche Betriebsführungen nicht hinausgekommen.

Gleichberechtigte Struktur beinhaltet darüberhinaus, daß Verantwortungen gleichmäßig verteilt sind. Wir haben in den letzten zwei Jahren versucht, das so zu lösen, daß wir sämtliche Zahlen, sowohl die Kosten, als auch die Produktivität des Gesamtbetriebes und der einzelnen betreffend offen gelegt und diskutiert haben. Nach anfänglichen, wohl verständlichen Schwierigkeiten führte dies dazu daß trotz einer Arbeitsteilung Büro - Werkstatt alle durchblickten und die Verantwortung gleichmäßig verteilt war. Der Raum für oftmals auftretendes Mißtrauen und für unterschwellige Anpisse war beschnitten. Es entstand allerdings auch eine Belastung für jedeN, die für einzelne erheblich war. Es war allen jetzt klar, daß zur Aufrechterhaltung des Betriebes 50,- DM netto pro Stunde reingearbeitet werden mußten.

Der Konflikt zwischen sozialen Kontakten und politischer Arbeit außerhalb von KoMet und den Notwendigkeiten des Betriebes andererseits wurde erheblich massiver. Es stellte sich endgültig heraus, daß ein Kollektiv keineswegs mehr Raum bietet für Aktivitäten außerhalb, als die Arbeit in einem normalen Betrieb für eineN engagierteN LinkeN. Die gelben Zettel fallen weg, dafür läßt sich die Arbeitszeit flexibler gestalten und unter der KollegInnen besser hin und her schieben.

Dies gilt wie das meiste bisher gesagte in erster Linie für Betriebe, die im normalen kapitalistischen Markt operieren. In "Nischen" stellen sich einzelne Punkte unter Umständen etwas anders dar.



KoMet war aber in gewißem Sinn eine stinknormale Klitsche und Zulieferbetrieb für die Industrie. An der Tatsache, daß Klitschen Teil der Kapitalstrategie zur Schwächung der Position der ArbeiterInnen in den Großbetrieben sind (Japanisierung der Produktion, diffuse Fabrik) ändert sich erstmal nichts dadurch, daß eine Klitsche selbstverwaltet ist. Solange sie nicht Vorreiterfunktion im Punkto Lohndrückerei und Flexibilisierung der Arbeitszeit einnimmt ist sie weder besser noch schlechter als andere. Ein Kollektiv kann natürlich versuchen, durch Zusammenarbeit mit den Belegschaften der Großbetriebe diese Rolle zu durchbrechen, das Verhältnis Großbetriebe zu Klitschen wird allerdings nicht individuell geknackt.

Das sind jetzt ziemlich grundsätzliche Überlegungen, die wir uns so auch teilweise erst nach der Auflösung des Betriebes erarbeitet haben. Konkreter Auslöser für uns als Kollektiv den Betrieb KoMet nicht mehr weiter machen zu wollen, war die Erkenntnis, daß eine sich abzeichnende ökonomische Krise wieder einmal nur darüber zu lösen gewesen wäre, daß wir alles außer KoMet hintenan stellen. Gleichzeitig hätten vier neue Leute einsteigen müssen. Bei den meißten war keine Bereitschaft mehr vorhanden, sich aus soetwas einzulassen.

Wir haben ausgehend von unserer Entscheidung auf einem breiteren Treffen die Frage aufgeworfen, was mit dem Betrieb KoMet weiter geschehen solle. Da es keine Gruppe gab, die den Betrieb übernehmen wollte und auch dazu schnell genug in der Lage gewesen wäre, fiel die Entscheidung, soweit zur Deckung der Verbindlichkeiten nötig ein paar Maschinen zu verkaufen und den Großteil nach Nicaragua an die Frente zu spenden. (Das war vor der Wahl.)

Wir haben bewußt versucht, KoMet als Arbeitskollektiv anzugehen. Wir wissen von daher nicht, was aus KoMet geworden wäre, wenn der Betrieb von einer Gruppe gemacht worden wäre, die das Konzept "zusammen leben, zusammen arbeiten, zusammen kämpfen" gehabt hätte.

KoMet bot für uns einen halbwegs korrekten Lohn bei halbwegs korrekter Arbeitszeit und angenehmeren Arbeitsbedingungen als anderswo. Gerade die KoMetinnen werden wohl nie wieder einen vergleichbaren Arbeitsplatz finden.

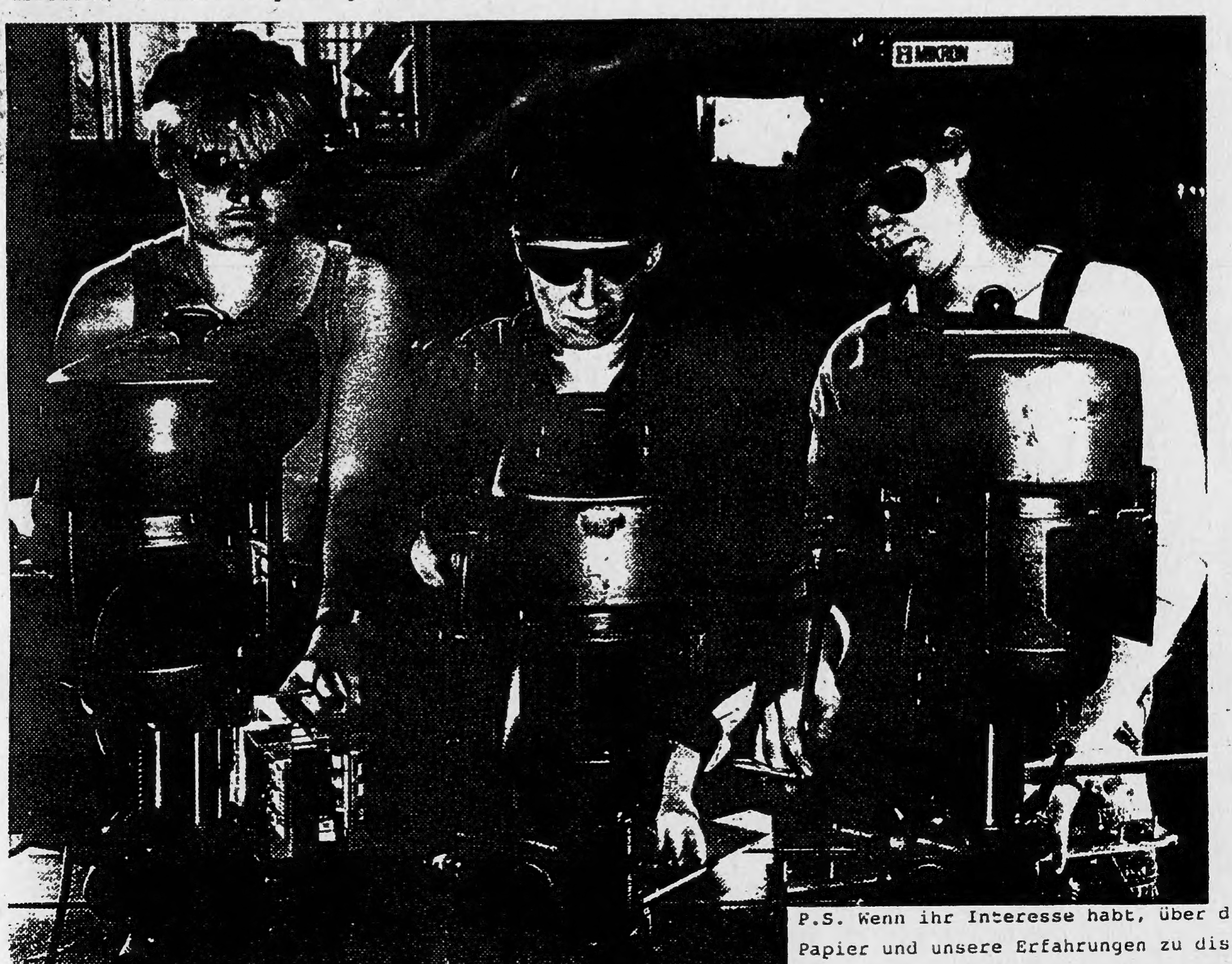
Wir haben bei KoMet einiges gelernt, sowohl im Zusammenarbeiten als auch im fachlichen (mehr in die Breite, in verschiedene Bereiche, als in die Tiefe, in Spezialisierung) als auch darüber hinaus.

Gleichzeitig bedeutet KoMet für uns eine Reihe von persönlichen Enttäuschungen und Frusts im Bezug auf einige, mit denen wir zusammengearbeitet haben.

Der Versuch KoMet hat für uns zusammengefasst gezeigt, daß es (außer in "Nischen") nicht möglich ist, Kollektive als Ausgangsbasis, gleichsam als befreites Gebiet für den gesamtgesellschaftlichen Befreiungsprozess zu nutzen. Es kostet mehr Energie, aus dem Betrieb ein Kollektiv zu machen, und es am Leben zu erhalten, als daß es Power gibt. Wir halten den politischen Stellenwert dieser Arbeit für beschränkt.

Berlin, Juli 1990

Die KoMetInnen




P.S. Wenn ihr Interesse habt, über dies Papier und unsere Erfahrungen zu diskutieren meldet euch ruhig. Wenn es ein paar mehr werden organisieren wir ein Treffen.

**BUNDESWEITE DEMONSTRATION GEGEN NATIONALE EUPHORIE**

Das Bündnis "Radikale Linke", das schon die Demonstration "Nie wieder Deutschland" am 12.Mai in Frankfurt organisiert hat, hat auf seinem Kongreß Anfang Juni in Köln beschlossen, zu einer Großdemonstration um den 9. November 1990 herum aufzurufen. Als möglicher Ort ist Berlin im Gespräch. Auf Einladung der Radikalen Linken Berlin haben sich am 13.7. bis zu 80 Leute getroffen und das Demo-Projekt grundsätzlich befürwortet. Anwesend waren Menschen aus folgenden Spektren: Noch-Grüne, Schon-nicht-mehr-Grüne (ÖkosozialistInnen), VSP, KB, PDS, VL, Unabhängiger Frauenverband, PDS-Ini (WB) und zahlreiche Unorganisierte.
In der Diskussion wurden folgende inhaltliche Schwerpunkte für die Demonstration benannt:

- Bezug zum 9. November 1938, an dem der NS-Staat zu seinem mörderischen Angriff auf die jüdische Bevölkerung ansetzte.
- Benennen der faschistischen Kontinuitäten in der BRD (Politik, Justiz, Medizin ... und der Verdrängungsleistung der deutschen Bevölkerung, die ihre Beteiligung am faschistischen Geschehen geleugnet hat und leugnet, und die die Zerschlagung der nationalsozialistischen Herrschaft bis heute als Niederlage begreift. Die daraus resultierende Teilung Deutschlands wurde stets als ungerechte Bestrafung aufgefaßt.
- Der 9. November 1989 wird nun als Tag der Befreiung gefeiert werden und die NS-Geschichte soll endgültig entsorgt werden.
- Der deutsche Imperialismus ist auf allen Ebenen in der Offensive : Zerschlagung und Annektion der DDR, Eroberung der osteuropäischen Märkte, Erringung der Hegemonie innerhalb der EG.
- Verdrängen aller kritischen und linken Ansätze ins gesellschaftliche Abseits als Folge des Zusammenbruchs des realen Sozialismus.
- Antisemitismus ist wieder salonfähig, Rassismus ist integraler Bestandteil deutscher Herrschaft : tägliche physische Angriffe auf ImmigrantInnen oder schwarze Deutsche, das neue "Ausländergesetz", das auf konsequente Ausweisung zielt, Abschottung eines weißen Europas gegen jede Immigration.

Wir laden euch zum ersten TrägerInnentreffen für die Demonstration ein :

am: Montag, 6.8.90
um: 19.30 Uhr

im: Türkenzentrum
Schinkestr. 8-9, 1/44
U-Bhf. Kottbusser Damm

Neben organisatorischen Fragen soll über oben angerissene Inhalte diskutiert werden. Angesichts der Lage in dieser Stadt erscheint uns über die Demo hinaus eine Aktionswoche/Kampagne nötig, die möglichst breit getragen ist und sich massiv deutschem Nationalismus und Rassismus entgegenstellt. Im Zentrum müsste auch eine Mobilisierung gegen das "Ausländergesetz" stehen.

il proletariato non ha nazione - internationalismo - rivoluzione

# AUSSCHNITTE ★

*Materialien zur internationalen Diskussion:*
*Italien*

**Italien...**
Die italienische Geschichte, die Kämpfe um ArbeiterInnenautonomie, das Niveau der theoretischen Analyse und Diskussion, das Niveau des alltäglichen sozialen Widerstands, der Massenmilitanz und der Guerillaformationen, ist lange Zeit Bezugs- und Orientierungspunkt auch für uns hier gewesen.
Nirgends sonst in **Westeuropa**, hier in der **Metropole**, im Herzen der Bestie, war die Chance zum **revolutionären Bruch** so nahe...
Das konterrevolutionäre Rollback ab 1979 (Einkreisung und Massenabräume der autonomen Bewegung), bzw. 1980 (Niederlage der Arbeiterautonomie bei FIAT und damit überhaupt in Italien) hat das alles sehr weitgehend zerstört und z.T. traumatische Folgen in der italienischen autonomen Bewegung hinterlassen.

**Wie sieht es heute - zum Ende der 80er Jahre - in Italien aus ???**

Die vorliegende Textsammlung aus Italien, die ***Ausschnitte*** aus der dortigen Diskussion, versucht, einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage zu leisten...
Im Mittelpunkt dieser Sammlung stehen Texte der Frauengruppe Collettivo Donne T.N.T. aus Neapel und Teile der zweiten Nummer der neuen italienischen Zeitung **CONTROinformazione Internazionale**: zur Umstrukturierung in den italienischen Städten und zu besetzten Zentren, sowie zur letzten Repressionswelle.

Bestellungen gegen Vorkasse
(Scheine, Rest in Briefmarken) an:

Buchladen Schwarze Risse
Gneisenaustr.2a
1000 Berlin 61

1 Exemplar DM 7.-
ab 10 DM 5.50
**und für Gefangene kostets nix**

# TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

**So jetzt haben wir unsere Drohung wahr gemacht; alle ständigen Termine, die sich nicht gemeldet haben sind rausgeflogen. Bis zur nächsten Nummer mit selbigen ist ja noch ein bißchen Zeit, genauer bis zum 10. September. Vielleicht sind es dann ja wieder ein paar mehr, die wir veröffentlichen können. t.**

### *jeden Tag*

**15.00 - 4.00 Schwule Wut, Schwules Überfalltelefon 216 33 36**

**6. 8. - 19. 8.: Der Papiertiger hat zu**

**ab 14. 8. jeden Di. und Do. um 9.00 Prozess gegen Luitgard Hornstein in Stammheim**

## *Donnerstag, 2.8 .*

**18.30 Veranstaltung mit Gregor Gysi.** Thema: **Steht was zur Wahl?!** In der TU, Audimax

### *jeden Donnerstag*

17 Uhr♀ und ♀♀ Cafe im Wassertorplatz

19.30 Treffen von Act UP Berlin in der Motzstr.5

## *Freitag, 3. 8.*

**20.00 Offenes Redaktionstreffen der neuen Gesamt-Berliner Häuserkampfzeitung** in der Mainzer Str. 5, Friedrichshain

**21.00 Feté für eine Urlaubsvertretung von Neusels Chauffeur.** Im Rat und Tat, Liebenwalder Str.16

**18 Uhr offenes Redaktionstreffen und Abgabeschluß für die 2. Nullnummer der BesetzerInnen Zeitung** Mainzerstr.5 im Info Cafe U Samariterstr.

### *jeden Freitag*

**15.00 - 20.00 Infoladen Lunte,** Weisestr. 53 geöffnet

## *Samstag, 4. 8.*

**13.00 Demo gegen Häuserräumungen.** Treffpunkt Frankfurter Tor, Friedrichshain (Siehe Flugi im Heft.)

### *jeden Samstag*

**16.00 Frauencafé im Kiez** mit Kinderbetreung im Stadtteilladen Lunte, Weisestr. 53

**16.00 - 19.00 Antifa-Info-Telefon (Ost) 229 29 12**

**16.00 - 20.00 Antifa-Info-Telefon (West) 692 15 99.** Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

## *Sonntag, 5. 8.*

**20.00 "Behind the mask"** Interviews mit GenossInnen aus der IRA. Es werden auch Leute anwesend sein, die was zur aktuellen Situation in Nordirland und den bevorstehenden Prozessen sagen können. Im Ex, Mehringhof.

### *jeden Sonntag*

**13.00 Treffen für Neuköllner Frauen/Lesben** gegen Anmache, Angriffe, Vergewaltigung... Nur jeden ersten Sonntag im Monat. Im August auf den 19. 8. verschoben In der Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61

**14.00 Neuköllner Kiezküche.** Im Syndikat, Weisestr. 56

**20.00 Film** im Ex, Mehringhof

## *Montag, 6. 8.*

**19.30** Vorbereitungstreffen für eine bundesweite Demonstration **gegen nationale Euphorie** in Westberlin um den 9. November herum. Im Türkenzentrum, Schinkestr. 8/9. (Siehe Flugi im Heft.)

### *jeden Montag*

**Redaktionschluß für den Terminkalender.** Ausnahmen nur in ausführlichst und gut begründeten Einzelfällen (nix mit Briefkasten nicht gefunden u. ä.)

**15.00 - 20.00 Infoladen Lunte,** Weisestr. 53 geöffnet

**18.00 - 20.00 Antifajugendcafé** im Infoladen Lunte.

**20.00 - 22.00 Infotelefon** bei faschistischen, rassistichen oder sexistichen Überfällen auf Frauen, Lesben und Mädchen **65 20 74**

## *Dienstag, 7. 8.*

**20.05 RoZ, Radio ohne Zensur,** Thema: Expo 2000 in Hannover, Expo '92 in Sevilla und Expo '95 in Wien/Budapest. Dazu noch was über Umstrukturierung auf 103,4 MHz

### *jeden Dienstag*

**18.00 - 20.00 Antifa-Info-Telefon (Ost) 229 29 12** Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

**20.00 - 22.00 Ermittlungsausschuß (EA)** Tel.: **692 22 22** im Mehringhof

**20.05 RoZ, Radio ohne Zensur,** alle 14 Tage auf 103,4 MHz

## *Mittwoch, 8. 8.*

### *jeden Mittwoch*

**15.00 - 20.00 Infoladen Lunte** geöffnet

**16.00 - 19.00 MieterInnencafé** in der Lunte, Weisestr. 53

**20 Uhr Volxküche im Wassertorplatz**

## *Donnerstag, 9. 8.*

17 Uhr Treffen am Kotti für Menschen ,die zum Fußballspiel ST.Pauli gegen Hertha gehen wollen

## *Freitag, 10. 8.*

**19.00 Treffen der "Radikalen Linken"** Thema: Steht was zur Wahl - Linkes Wahlbündnis in Westberlin?! Im Blauen Salon, Mehringhof

ab 10.8. jeden Freitag 18 Uhr Treffen für Leute, die an der Vorbereitung des Straßenfestes in der Mainzerstr. am 8.9. mitmachen wollen.Ort:Infoladen Mainzer 5

## *Sonntag, 12. 8.*

**20.00 "Mother Ireland"** Frauen und Frauenbild in Irland. Im Ex, Mehringhof

## *Dienstag, 14. 8.*

**20.05** Radio 100 000 und RoZ zusammen zum Thema **Umstrukturierung, Sanierung, und Neubauten als "Wohnknäste"** in Berlin. Dazu auch noch was über "behutsame Stadterneuerung"... auf 103,4 MHz

## *Mittwoch, 15. 8.*

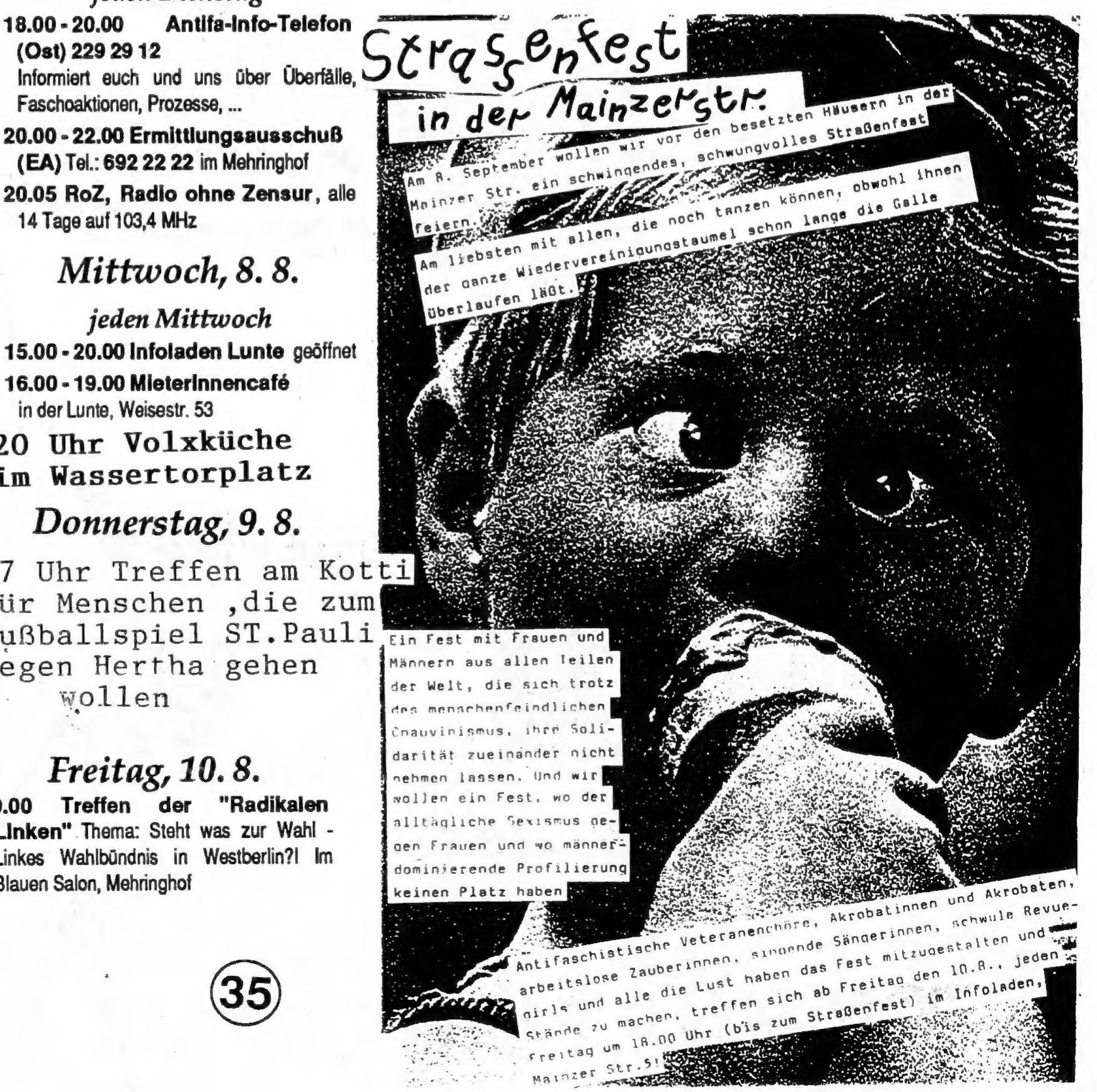
**Blockade in Auschwitz, damit Le Pen nicht in das ehemalige KZ kommt.**


## *Donnerstag, 16. 8.*

**Prozessbeginn gegen die beiden irischen Gefangenen in der BRD. In Düsseldorf**

## *Samstag, 18. 8.*

**13.30 Antifa-Demo** gegen den Faschoaufmarsch zum 3. Todestag von Rudolf Hess in **Wundsiedel.** (Siehe Flugi im Heft.)




DEMO
4.8.90
SAMSTAG
12
WOHNRAUM für ALLE
solange der LEERSTAND reicht
FRANKFURTER TOR (ostbärlin)